

Protokoll der

1. ordentlichen Gemeindeversammlung

vom 20. Februar 2008

im OZL

Anwesend	107 Stimmberechtigte
Mitglieder Gemeinderat	Lajos Kovacs, Gemeindepräsident Dominique Bischoff Adrian Busslinger Hans Peter Isenschmid François Sandoz
Protokoll	Yvonne Kilcher
Gäste	Regula Steccanella, Gemeindeverwalterin Nicole Künzi, Auszubildende Max Auer, techn. Dienst Daniel Dallio, techn. Dienst Herr Paul Schönenberger Herr Hans Vorburger, Ingenieurbüro Vorburger
Presse	Frau Regina Erb, Basellandschaftliche Zeitung Herr Peter Walther, BaZ
Abwesend	
Dauer	19.30 Uhr – 23.45 Uhr

Traktanden

1. Wahl der Stimmzähler/Innen
2. Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 12. Dezember 2007
3. Kündigung des Vertrages über die gemeinsame Bauverwaltung Hofstetten – Bättwil
4. Genehmigung der Revision „Regulativ Gemeindebeiträge an die Schulzahnpflege“
5. Teilrevision DGO (Dienst- und Gehaltsordnung)
6. Orientierung betreffend Zukunft Feuerwehr Bättwil
7. Liegenschaft Krone, Ausschreibung und Verkauf

8. Finanzplan

9. Genehmigung folgender Investitionskredite:

9.1 Einbau Microbelag Kirchgasse	Fr. 27'500.--
9.2 Ersatz Wasserleitung Witterswilerstrasse	Fr. 220'000.--
9.3 Sanierung Bushaltestelle Flüh	Fr. 30'000.--

10. Festsetzen der Steuern und Gebühren

11. Genehmigung des Voranschlags für die Laufende Rechnung und die Investitionsrechnung 2008

12. Verschiedenes

**1 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
Wahl der Stimmzähler**

Lajos Kovacs eröffnet die Versammlung und begrüsst die Anwesenden zur ersten ordentlichen Gemeindeversammlung 2008. Er stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig erfolgt sei.

An dieser Stelle ruft Walter Brunner in die Versammlung, die Publikation sei nicht rechtzeitig erfolgt und bezichtigt den Gemeindepräsidenten der Lüge.

Lajos Kovacs wiederholt, dass die Publikation rechtzeitig erfolgt sei, bittet um einen adäquaten Umgangston und hält fest, die Gemeindeversammlung könne andernfalls auch abgebrochen werden.

Lajos Kovacs begrüsst Frau Erb von der BZ und Herrn Walthard von der Basler Zeitung, Herrn Paul Schönenberger, Finanzberater der Gemeinde, sowie Herrn Hans Vorburger, der allfällige Fragen zum Investitionskredit Ersatz Wasserleitung Witterswilerstrasse beantworten wird. Ebenfalls stellt er die Mitglieder des Gemeinderates und die Angestellten der Gemeindeverwaltung vor.

Mit einleitenden Worten schildert Lajos Kovacs die Sicht des Gemeinderates. Anlässlich der letzten Gemeindeversammlung habe sich gezeigt, dass praktisch alle vom Gemeinderat vorgebrachten Vorschläge und Anträge mehrheitlich auf Opposition stiessen. Auch gefalle der von einigen Versammlungsteilnehmern gegenüber dem Gemeinderat an den Tag gelegte Umgangston ganz und gar nicht. Der Gemeinderat frage sich, was er den Anwesenden angetan habe, ob das Gremium verantwortlich sei, dass Bättwil momentan in einem finanziellen Engpass stecke, der nicht daran vorbeiführe, die Steuern anzuheben. Nein, sagt Lajos Kovacs, das Gremium habe die undankbare Aufgabe von seinen Vor- und Vorvorgängern übernehmen müssen, das in finanzielle Engpässe abtreibende Gemeindegeld wieder auf einen finanzsicheren Kurs zu bringen. Diese sehr schwierige Aufgabe hätte schon längst von anderen in Angriff genommen werden sollen. Der Gemeinderat versuche mit allen Kräften, den Schaden in Grenzen zu halten und einen Ausweg zu finden, welchen es auch gäbe. Lajos Kovacs appelliert im Interesse der Gemeinde an alle, die traktandierten Geschäfte im Laufe des heutigen Abends mit einem möglichst konstruktiven, anständigen und höflichen Dialog zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen, und dankt für die Aufmerksamkeit.

Auf Lajos Kovacs Vorschlag hin wählt die Versammlung einstimmig folgende Stimmzähler: Max Kilcher links und Alfred Gschwind rechts.

Es werden 107 Stimmberechtigte gezählt.

Hans Roderer beantragt, Traktandum 10 vor Traktandum 9 zu behandeln, da vor der Genehmigung der Investitionskredite bekannt sein müsse, ob der Steuerfuss von 130% angenommen werde.

Es wird darüber abgestimmt.

Einstimmig wird der Antrag angenommen, Traktandum 10 vor Traktandum 9 zu behandeln.

**2 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 12.
Dezember 2007**

Das Protokoll vom 12. Dezember 2007 konnte während der Schalterstunden bei der Gemeindeverwaltung eingesehen und zusätzlich auf dem Internet www.baettwil.ch abgerufen werden.

Peter Staub meldet sich und bringt viele Kritikpunkte vor: Das Protokoll sei nicht chronologisch, tendenziell abgefasst nach System Kovacs, es enthalte falsche Argumente und sei der Versuch, einem Gremium den Willen aufzuzwingen. Der Gemeindepräsident sei nicht bereit, die Gemeindeversammlung als seine vorgesetzte Behörde zu akzeptieren. Dafür nennt er als Beispiele die Luftnummer mit dem 10 Millionen-Projekt und den dreimaligen Beschluss, den Birkenhof zu vermieten, der nicht in die Tat umgesetzt wurde. Man habe gesagt, die Vermietung des Birkenhofs sei wegen der Zone nicht möglich, dabei habe der Kanton die Auskunft gegeben, dies gehe sehr wohl. Franziska Albrecht sei eine renommierte Person, mit ihrer Freistellung habe die Gemeinde 15'000 Franken für nichts verpufft. Sie habe wohl das Protokoll nicht konform geschrieben und werde wohl durch eine Person aus dem „Steccanella-Clan“ ersetzt.

Lajos Kovacs erinnert daran, dass man jetzt beim Traktandum „Genehmigung des Protokolls“ sei und bittet darum, beim Thema zu bleiben.

Reto Haag wünscht eine Korrektur des Protokolls, da er unter Traktandum 4 – Finanzplan nicht korrekt zitiert worden sei. Er habe nicht von einer Fusion mit anderen Gemeinden gesprochen sondern lediglich von Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden.

Es wird darüber abgestimmt, ob das Protokoll mit der von Reto Haag gewünschten Änderung genehmigt wird?

Mit 66 Ja- und 2 Neinstimmen wird das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 12. Dezember 2007 inklusive der von Reto Haag gewünschten Änderung genehmigt.

3 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
027 Allgemeine Verwaltung / Bauverwaltung
Kündigung des Vertrages über die gemeinsame Bauverwaltung
Hofstetten – Bättwil

Per 1. Januar 2004 wurde die Vereinbarung zwischen den Einwohnergemeinden Bättwil und Hofstetten betreffend der gemeinsamen Führung des Baubewilligungswesens der Einwohnergemeinde Bättwil mit einer Kostenbeteiligung von 38 % an den gesamten Lohn- und Infrastrukturkosten der Bauverwaltung der Gemeinde Hofstetten-Flüh beschlossen. Die vergangenen Jahre haben nun gezeigt, dass der in Anspruch genommene Aufwand der Gemeinde Bättwil in keinem Verhältnis zu den abgerechneten Leistungen, die inzwischen trotz rückgängiger Bauverwaltungstätigkeit auf mehr als das Doppelte angestiegen sind, steht. Besonders stossend ist, dass sich Bättwil, gemäss der oben zitierten, unglücklich aufgesetzten Vertragsbestimmung, an den gesamten Lohn- und Infrastrukturkosten der Bauverwaltung der Gemeinde Hofstetten-Flüh beteiligen muss, obwohl die genannte Behörde zu mindestens 30 % Tätigkeiten ausführt, die weder mit Bauwesen noch mit Belangen der Gemeinde Bättwil zu tun haben (Strassenwesen, technischer Dienst, Raumplanung usw.) und somit von Bättwil mitfinanziert werden. Dies deckt sich in keinster Weise mit dem Willen des Stimmvolkes anlässlich der Gemeindeversammlung vom 1. Dezember 2003!

Der Gemeindeversammlung wird deshalb beantragt, der Gemeinde Hofstetten-Flüh betreffend Bauverwaltung einen abgeänderten Vertrag mit einer klar definierten Entschädigungssumme von maximal Fr. 70'000.- zu unterbreiten. Sollte sich die Gemeinde Hofstetten-Flüh mit diesem Vorschlag nicht einverstanden erklären können, ist der vorliegende Vertrag ausserordentlich zu kündigen und entsprechende Rückforderungen der in den letzten Jahren zuviel bezahlten Beiträgen zu veranlassen.

René Walser meldet sich zu Wort: er habe ja diese Überprüfung an den letzten Gemeindeversammlungen gefordert, erachte es aber als Schweinerei, dass zwei Tage vor der Gemeindeversammlung ein entsprechender Artikel in der BaZ erscheine mit einer Rücktrittsandrohung des Gemeindepräsidenten.

Lajos Kovacs fasst zusammen: Der Ende 2003 unterzeichnete Vertrag enthalte die unglückliche Formulierung, dass Bättwil für 38% der Kosten für die Bauverwaltung aufkomme anstatt, wie es besser formuliert worden wäre, mit 38% für die Kosten der Baugesuche. Bereits zwei Monate nach Vertragsabschluss, im Februar 2004, habe die Gemeinde Hofstetten eine zweite Person angestellt, im Jahre 2007 sei noch eine 20%-Stelle dazugekommen. Die Kosten seien von 84'000 Franken im 2004 bis auf 132'000 Franken im 2006 gestiegen.

Im Jahre 2004 seien für Bättwil 55 kleine und 9 grosse Baugesuche bearbeitet worden. In der Bauverwaltung würden auch andere Tätigkeiten ausgeübt, wie zum Beispiel Raumplanung, Strassenbauprojekte oder die Leitung des technischen Dienstes Hofstetten-Flüh, für welche Bättwil mit aufkommen müsse.

Die Gemeinde Bättwil habe Offerten für diese Tätigkeit eingeholt, welche auf zwischen 50 – 70'000 pro Jahr lauteten, und wolle auf dieser Basis Konsens suchen.

Heinz Salathé ist einverstanden damit, wie Lajos Kovacs es jetzt erklärt habe, jedoch nicht mit der Formulierung in der Einladung. Man solle bei den Verhandlungen betonen, dass man gute Zusammenarbeit wünsche, der Vertrag sei nicht mehr zeitgemäss, man möchte einen Vertrag aushandeln, bei dem Bättwil nach Aufwand entschädigt. Er schlägt die Ablehnung des Antrags des Gemeinderates und die Aufnahme von Verhandlungen vor.

Reto Haag schlägt ebenfalls Ablehnung des Antrags vor. Damals sei man nicht von diesen Zahlen ausgegangen. Er berichtet vom Milizsystem, der Entwicklung seit Bau- / Bau- und Werkkommission. Die Professionalisierung sei unerlässlich gewesen, das Milizsystem sehr fehleranfällig und langwierig. Über diese Form der Behandlung von Baugesuchen müsse

man nicht mehr diskutieren. Kosten könnten so wohl kaum gross eingespart werden. Reto Haag unterbreitet der Gemeindeversammlung folgenden Gegenvorschlag als Antrag:

„Es ist mit Hofstetten-Flüh in Kontakt zu treten. Ziel ist es, Verhandlungen zu folgenden Punkten zu führen:

- a. Es ist eine genaue Kostenanalyse des Status quo zu erstellen.*
- b. Es sind Verhandlungen zu führen, zu Gunsten einer Regelung nach Aufwand (Kostenreduktion für Bättwil), bzw. eines neuen noch zu definierenden Verteilschlüssels.*
- c. Es ist eine einvernehmliche Lösung mit Hofstetten-Flüh anzustreben. Von einer Kündigung und einer Rückforderung früherer geleisteter Beträge ist grundsätzlich abzusehen.*

Hierfür ist es möglich, bei Bedarf eine temporäre Kommission (ad hoc) zu bilden.“

Manfred Erb sagt, er sei der Verantwortliche, der am 1.12.2003 den Vertrag unterschrieben habe. Damals habe Bättwil keinen Baukommissionspräsidenten mehr gehabt, innert zweiter Monate habe dieser Beschluss gefasst werden müssen. Er bitte darum, etwas wohlwollender mit Gemeinderatsvorgängern umzugehen. Auch seien beim Vergleich die Kosten für Rechtsberatung/-fälle wegen Fehlentscheiden der Milizbaukommission nicht berücksichtigt worden.

Peter Glaser fragt nach, ob die Kosten und die genannte Anzahl Baugesuche wirklich nur Bättwil betreffen. Er möchte auch wissen, wer offeriert habe?

Lajos Kovacs bejaht die erste Frage und gibt an, die Offerte stamme von einem qualifizierten Ingenieurbüro.

Peter Glaser votiert für den Antrag des Gemeinderates.

Urs Bussman fragt nach dem aktuellen Stand der Dinge.

Lajos Kovacs erklärt, man sei bereits seit einem halben Jahr an den Abklärungen, habe die Abrechnungen geprüft und Abrechnung nach Stundenaufwand besprochen, aber bis jetzt keinen Vorschlag von Hofstetten erhalten.

François Sandoz erläutert weiter, der Gemeinderat habe an der letzten Gemeindeversammlung den klaren Auftrag erhalten die Kosten zu senken. Wenn man keine Kündigungsmöglichkeit habe, gäbe es ja nichts zu verhandeln. Es könne einfach nicht sein, dass die Kosten jedes Jahr immer mehr steigen würden. Er wundere sich darüber, wenn der gleiche Souverän nun gegen einen solchen Schritt sei.

Reto Haag vertritt die Meinung, dass aus dem Antrag des Gemeinderates zumindest der Passus mit der Rückforderung gestrichen werden solle. Dieser sei eine zu aggressive Drohung, wenn man in Verhandlungen treten wolle.

François Sandoz schlägt vor, den Passus „Rückforderung“ zu streichen, die Möglichkeit zur frühzeitigen Kündigung jedoch beizubehalten.

Walter Ammann glaubt, er sei als Neuling in ein Wespennest gekommen, und wundert sich darüber, dass man den Kampf mit einer demokratisch geführten Gemeinde aufnehmen will. Die Drohung in der Zeitung erachtet er als ungeschickt. Falls man mit Hofstetten das Gespräch führen wolle, sollte man andere Leute senden, die nicht so schnell rot sähen.

Der Reihe nach wird über die Anträge abgestimmt.

1. Der Antrag wie vom GR formuliert wird mit 17 Ja- und 76 Neinstimmen abgelehnt.

2. **Der Gegenvorschlag von Reto Haag wird mit 28 Ja- und 55 Neinstimmen abgelehnt.**
3. **Der abgeänderte Antrag des Gemeinderats mit Streichung des Passus über eine Rückforderung und der Beibehaltung der ausserordentlichen Kündigungsmöglichkeit wird mit 78 Ja- und 16 Neinstimmen angenommen.**

An dieser Stelle möchte Reto Haag zwei Motionen betreffend Zusammenarbeit einbringen, welche jedoch nach Meinung von Lajos Kovacs ins Traktandum Diverses gehören. Nach kurzer Diskussion wird darüber abgestimmt, ob Reto Haag seine Motionen an dieser Stelle präsentieren kann.

Mit 45 zu 56 Stimmen wird beschlossen, dass Reto Haag seine zwei Motionen nicht an dieser Stelle einbringen kann.

**4 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
 461 Gesundheit / Schulzahnpflege
 Genehmigung der Revision „Regulativ Gemeindebeiträge an die
 Schulzahnpflege“**

Gemäss geltendem Schulzahnpflegereglement vom 01.08.04 beteiligt sich die Gemeinde Bättwil an den Kosten der Schulzahnpflege der Bättwiler Kinder. Die Kostenbeteiligung ist im Regulativ Gemeindebeiträge an die Schulzahnpflege geregelt. Das Regulativ wurde letztmals im Juni 2004 durch die Gemeindeversammlung angepasst. Bereits aufgrund der heutigen finanziellen Lage der Gemeinde ist eine entsprechende Anpassung indiziert.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, die Änderungen im oben genannten Regulativ Gemeindebeiträge an die Schulzahnpflege mit Inkrafttreten per 1. März 2008 gutzuheissen.

Francois Sandoz erläutert, der Gemeinderat habe im Rahmen der gesamten Kostenüberprüfung auch die Beiträge an die Schulzahnpflege geprüft. Massgebend für den Erhalt dieser Beiträge sei das satzbestimmende Einkommen. Neu würden ab einem satzbestimmenden Einkommen von 65'001 Franken keine Beiträge mehr ausgerichtet. Mit der Anpassung könne die Gemeinde jährlich rund 3000 Franken einsparen. Anhand einer grafischen Darstellung zeigt François Sandoz auf, dass wir bei den unteren Einkommen auch mit der neuen Staffe- lung der Beitragssätze im Rahmen der anderen Gemeinden liegen.

Urs Bussmann als Familienvater aber auch als Mitglied der ad hoc Finanzkommission beantragt stattdessen, das Regulativ abzuschaffen und die Kostenbeteiligung nur noch auf Antrag von bedürftigen Personen zu gewähren.

Francois Sandoz erachtet es als schwierig, die Kostenbeteiligung nur noch auf Antrag zu gewähren, wo ziehe man dann die Grenze, die Entscheide würden willkürlich.

Walter Ammann fordert dazu auf, nicht stundenlang zu diskutieren sondern abzustimmen.

Der Antrag des Gemeinderates, die Änderungen im oben genannten Regulativ Ge- meindebeiträge an die Schulzahnpflege mit Inkrafttreten per 1. März 2008 gutzu- heissen, wird mit 98 Ja- und 2 Neinstimmen angenommen.

Urs Bussmann zieht seinen Antrag zurück.

**5 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
 020 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeverwaltung
 Teilrevision DGO (Dienst- und Gehaltsordnung)**

Infolge der Gemeinde Bättwil auferlegten Sparmassnahmen drängt es sich auf, die DGO (Dienst- und Gehaltsordnung) im Bereich Sozialleistungen und Lohnanstieg insofern abzuändern, als dass der Gemeinderat in Zukunft den finanziellen Verhältnissen der Gemeinde entsprechend beschliessen kann und soll, ob und inwieweit der jährliche Lohnstufenanstieg wie auch die Teuerung gegenüber den Arbeitnehmern auszurichten ist:

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, die oben genannten Änderungen der DGO mit Inkrafttreten auf den 1. Januar 2009 gutzuheissen.

Lajos Kovacs erläutert, die DGO sei letztmals im Jahre 2001 revidiert worden und benennt den jährlichen Lohnanstieg mit 3,5%.

Peter Glaser erachtet es als seltsam, wenn jährlich über die Aufteilung der Versicherungsprämien entschieden wird, und beantragt, die Prämien für die Krankentaggeldversicherung wie marktüblich je zur Hälfte zu teilen.

Monika Eggmann stellt fest, in der Privatwirtschaft gingen die Prämien für die NBU voll zulasten der Arbeitnehmer, und beantragt, dies ebenso zu machen.

Der Antrag, die NBU Prämien voll zulasten der Arbeitnehmer abzuziehen und die Prämien für die Krankentaggeldversicherung zur Hälfte den Arbeitnehmern zu belasten wird einstimmig angenommen.

Thomas Kötter hinterfragt, ob auch eine periodische Überprüfung gewährleistet sei, dass das Lohnniveau stimme und sich auf regionalem Niveau bewege.

Lajos Kovacs bestätigt, im Gemeinderat bestehe ein solches Projekt.

Thomas Kötter beantragt, die DGO dahingehend zu ergänzen, dass der Gemeinderat verpflichtet ist, die Gehaltsstrukturen periodisch zu überprüfen.

Der Antrag des Gemeinderates, die oben genannten Änderungen der DGO mit Inkrafttreten auf den 1. Januar 2009 gutzuheissen, wird mit 84 Ja- und einer Neinstimme angenommen.

Der Antrag, die DGO zu ergänzen und den Gemeinderat damit zu verpflichten, die Gehaltsstrukturen periodisch zu überprüfen, wird einstimmig (91 Ja) angenommen.

Lajos Kovacs fragt die Versammlung, ob der Gemeinderat die Zusatzformulierung aufsetzen und anlässlich der nächsten Gemeindeversammlung zur Genehmigung vorlegen soll. Es wird darüber abgestimmt.

Die Gemeindeversammlung beschliesst mit 47 Ja- und 42 Neinstimmen, dass die vorgängig beschlossenen Änderungen der DGO ausformuliert und der nächsten Gemeindeversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden müssen.

Die formulierten Änderungen werden an der nächsten Gemeindeversammlung vorgelegt.

6 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
140 Öffentliche Sicherheit / Feuerwehr
Orientierung betreffend Zukunft Feuerwehr Bättwil

Anlässlich der Gemeindeversammlung vom 12. Dezember 2007 wurde der Gemeinderat Bättwil beauftragt, zu prüfen, ob ein Feuerwehrstützpunkt realisiert werden könne. Die Abklärungen bei der Solothurnischen Gebäudeversicherung haben ergeben, dass der aktuelle Bestand der Feuerwehr Bättwil die Mindestvoraussetzungen des gesetzlich klar definierten Feuerwehrtyps I nicht mehr erfüllt. Es drängt sich somit auf, gemeindeübergreifende Lösungen anzustreben. Die Gemeindepräsidenten Bättwil und Witterswil haben sich mit den ressortverantwortlichen Gemeinderäten und den beiden Feuerwehrkommandanten getroffen und vereinbart, eine solche gemeindeübergreifende Lösung zu suchen und bis Ende September 2008 erste konkrete Rückmeldungen aufzeigen zu können.

Hanspeter Isenschmid erläutert, es habe bereits eine erste Sitzung mit Vertretern der Gemeinde Witterswil stattgefunden. Das Gespräch mit den Kommandanten der beiden Feuerwehren, dem Interimgemeindepräsidenten von Witterswil, dem Gemeindepräsidenten von Bättwil sowie ihm selber als Ressortleiter sei sehr gut gelaufen und man habe grünes Licht für die weitere Planung. Er sei zuversichtlich in Bezug auf eine Zusammenarbeit.

Dieter Kury bestätigt Hanspeter Isenschmids Eindruck; die Sitzung sei wirklich gut gelaufen. Man habe auch in den vergangenen Jahren schon eine gute Zusammenarbeit gepflegt, die gemeinsame Alarmierung sei ein erster Schritt gewesen. Eine engere Zusammenarbeit sei ein weiterer logischer Schritt, denn beide Feuerwehren hätten Probleme mit dem Kaderbestand. Bei einem Pool aus zwei Gemeinden könne vieles besser bewerkstelligt werden.

7 011 **Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung**
 090 **Allgemeine Verwaltung / Verwaltungsliegenschaft "Krone"**
 Liegenschaft Krone, Ausschreibung und Verkauf

Anlässlich der Gemeindeversammlung vom 12. Dezember 2007 wurde der Gemeinderat Bättwil beauftragt, die Liegenschaft Krone zu verkaufen. In der Zwischenzeit wurde eine aktuelle Schätzung der Liegenschaft erstellt und die Liegenschaft zum Verkauf ausgeschrieben. Aktuelle Kaufangebote werden bis Ende März 2008 entgegengenommen.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, dem Gemeinderat die Erlaubnis zu erteilen, die Liegenschaft nach Abschluss der Ausschreibungsfrist dem meistbietenden Käufer unter Berücksichtigung des aktuellen Schätzungsberichtes und des aktuellen Marktwertes zu verkaufen.

Lajos Kovacs fasst kurz zusammen und gibt bekannt, dass Peter Glaser die Schätzung der Liegenschaft Krone innert kurzer Frist und kostenlos durchgeführt hat. Die Anwesenden spenden Peter Glaser spontan Applaus. Die Liegenschaft sei nun bis 31.3. ausgeschrieben, erläutert François Sandoz weiter.

Hans Georg Leuenberger fragt, um welche Gebäudeteile es gehe und was mit der Verwaltung geschehe. In seinem Votum wiederholt er die Beschlüsse der Gemeindeversammlung vom 12. Dezember 2007 zur Liegenschaft Krone und zum Schulhaus Birkenhof. Daraus zieht Hans Georg Leuenberger den Schluss, wenn man den Volkswillen respektiere, könne die Krone nicht verkauft und die Verwaltung nicht in den Birkenhof umgesiedelt werden, ohne dass der Beschluss, einen Mieter für den Birkenhof zu finden, mit dem gleichen Elan umgesetzt werde wie die Suche nach einem Käufer für die Krone. Auch müssten die Beschlüsse bezüglich Rückstellung des Umzugs der Verwaltung in den Birkenhof inkl. die Ablehnung des Antrags, die Kosten für den Umzug in die Investitionsplanung an einer künftigen Gemeindeversammlung revidiert werden. Als Schlussfolgerung stellt Hans Georg Leuenberger folgenden Antrag:

- a. *Dem Gemeinderat wird keine Erlaubnis zum Verkauf der Krone erteilt.*
- b. *Gemäss Auftrag der Gemeindeversammlung vom 12.12.07 sucht der GR Käufer für die Krone und Mieter für den Birkenhof, präsentiert die Ergebnisse und unterbreitet Vorschläge für das weitere Vorgehen an einer kommenden GV.*

Weiter berichtet Hans Georg Leuenberger von seinem Gespräch mit Herrn R. Bieri, Leiter der Abteilung Nutzungsplanung beim kantonalen Amt für Raumplanung. Die Lage des Birkenhofs in der ÖBa-Zone sei kein Hinderungsgrund, um dort irgendein stilles Gewerbe wie Büros oder Praxen aller Art, Ateliers, Labors etc. einzumieten. Eine Umzonung sei problemlos möglich, jedoch nur im Falle eines Verkaufs notwendig. Für die Vermietung genüge ein Umnutzungsgesuch, sagt Hans Georg Leuenberger und erläutert, wie einfach dieses eingeholt werden kann.

Die immer wieder verbreitete Fehlinformation, der Birkenhof könne wegen der öffentlichen Zone nicht an irgendjemanden vermietet werden, habe in den vergangenen zwei Jahren alle Aktivitäten zur Vermietung des Birkenhofs lahm gelegt und die Gemeinde nach dem Auszug der Kreisschule, welche eine Jahresmiete von 80'000 Franken eingebracht habe, viel Geld gekostet. Der Gemeinderat sei nun gefordert, mit grossem Einsatz nach einem Mieter zu suchen gemäss dem Auftrag durch die Gemeindeversammlung vom 12.12.07, sagt Hans Georg Leuenberger und nennt mehrere konkrete Vorgehensmöglichkeiten für diese Suche.

Francois Sandoz: ist der Meinung, im Votum Leuenberger sei der „vermeintliche“ Wille der Gemeindeversammlung nur zum Teil wiedergegeben. Ein Umzug der Verwaltung in den Birkenhof sei nicht abgelehnt sondern lediglich zurückgestellt worden. Bei gegensätzlichen Ent-

scheiden sei es am Gemeinderat, Prioritäten zu setzen. Wegen des Bilanzfehlbetrages habe der Verkauf der Krone für den Gemeinderat erste Priorität.

René Walser sagt, es könne ja nicht sein, dass man nun schon wieder alles stoppen wolle und fragt, ob man gegebenenfalls für die Verwaltung ein Zelt aufstellen solle?

Hansjörg Känel äussert sein Misstrauen gegenüber dem Gemeinderat. Dieser solle einen Käufer suchen, den Vertrag jedoch der Gemeindeversammlung vorlegen.

François Sandoz gibt zu bedenken, der Gemeinderat sei eine Regierung und als solche an Gesetze gebunden. Ein gewisser Handlungsspielraum müsse dem Gemeinderat gegeben werden, ansonsten könne er seine Arbeit nicht erledigen.

Peter Staub sagt laut, die Reihenfolge der Voten und Anträge sei im letzten Protokoll nicht korrekt eingehalten worden. Bevor „Kovacs“ gekommen sei, sei auch der Kronensaal gross genug gewesen.

François Sandoz erinnert an Respekt und Anstand. Dass viele Leute an die Gemeindeversammlungen kämen, sei auch ein Zeichen von Interesse.

Hans Georg Leuenberger erinnert noch einmal daran, dass der Auftrag, den Birkenhof zu vermieten, seit zwei Jahren bestehe; dies habe einen Verlust von 80'000 Franken pro Jahr ergeben. Wenn man ab jetzt für 10 Jahre vermiete, ergäbe das Einnahmen von insgesamt 800'000 Franken.

Bruno Siegenthaler ist der Meinung, zwei Liegenschaften seien zuviel. Die Investitionen müssten jetzt dringend mit 8% abgeschrieben werden, ein Gebäude müsse verkauft werden.

François Sandoz ruft die Betriebskosten in Erinnerung, welche auch einen Teil der Fehlbeträge in den jeweiligen Jahren ausmachen würden.

Thomas Kötter malt aus, wie seinen leider nicht in der Lage, uns mehrere Optionen offen zu halten, denn als Firma wäre die Gemeinde Bättwil bereits Konkurs. Die Krone sei ein Fass ohne Boden. Bei diesem massiven Bilanzfehlbetrag dauere es Jahre, bis wir wieder in den schwarzen Zahlen seien, der Verkauf sei die kostengünstigste Lösung, es liege einfach nicht drin, beide Gebäude zu behalten. Er fragt Hans Georg Leuenberger direkt, was dieser im Falle der Fremdvermietung Birkenhof mit der Verwaltung zu tun gedenke.

Max Kilcher rechnet vor, die laufenden Abschreibungen auf die Krone betrügen jährlich 56'000 Franken, bei angenommenen Mieteinnahmen von 80'000 Franken blieben unter dem Strich lediglich 24'000 Franken Gewinn, von welchem auch noch Miet-Verwaltungskosten in Abzug gebracht werden müssten.

Hans Georg Leuenberger mahnt noch einmal, jetzt keine schnellen Entscheide zu fällen, nötigenfalls sei eine Kommission einzusetzen. Die Vermietung des Birkenhofs würde ein kontinuierliches Einkommen einbringen, welches ca. 3% der Steuersumme entspreche.

François Sandoz bittet darum, zur Abstimmung über die Anträge zu kommen, und rekapituliert den Antrag Leuenberger.

Walter Brunner sagt, er habe noch selten so viele dumme Leute auf einem Haufen gesehen. Wenn man jetzt die Krone verkaufe, dann gebe der Gemeinderat das Geld innert kürzester Frist wieder aus.

Heinz Salathé misstraut dem jetzigen GR, bis 2003 sei die Gemeinderechnung ausgeglichen gewesen. Er wolle keinen Freipass geben für den Verkauf Krone.

Peter Staub erinnert noch einmal an die „Luftnummer“ mit dem teuren Gemeindebau.

Max Kilcher spricht Hans Georg Leuenberger direkt an, dieser verzögere schon wieder, auch das sowie die ständige Bildung von Kommissionen koste die Gemeinde immer wieder Geld.

Peter Glaser rechnet vor, Mieteinnahmen von 400 Franken pro m² für den Birkenhof seien nicht realisierbar, wer das glaube, lebe in den Sternen. In unserer Gegend stünde so viel freier Raum zur Verfügung, dass niemand einen solchen Mietpreis bezahlen würde.

Peter Glaser ist auch der Meinung, der Verkauf der Krone hätte professioneller aufgezo- gen werden können.

Daniel Leuenberger stellt fest, der Gemeinderat genieße in der Gemeinde kein Vertrauen mehr und erinnert an die Abstimmung über das 7Mio-Gebäude. Der Gemeinderat müsse kontrolliert werden, das zeige sich auch an der hitzigen Sitzungen hier.

Stefan Hilbert möchte nach der langen Diskussion über den Verkauf der Krone gerne auch endlich wissen, was die Krone wert sei und wie viel man dafür lösen könne, es solle ja kein Notverkauf werden.

Peter Glaser gibt als Ergebnis seiner Schätzung die Summe von 1,5 Millionen Franken be- kannt, wobei es eine ältere Schätzung mit einem höheren Betrag gebe. Der vordere Teil sei ca. 750'000.- wert.

Walter Ammann erachtet es als gefährlich, wenn der Gemeinderat die Kompetenz hat, an den Meistbietenden zu verkaufen.

Es wird abgestimmt.

Mit grosser Mehrheit wird der Antrag abgelehnt, dem Gemeinderat die Erlaubnis zu erteilen, die Liegenschaft Krone nach Abschluss der Ausschreibungsfrist dem meistbietenden Käufer unter Berücksichtigung des aktuellen Schätzungsberichtes und des aktuellen Marktwertes zu verkaufen.

Peter Glaser stellt den Antrag,

dem Gemeinderat die Erlaubnis zum Verkauf der Liegenschaft Krone nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens an den meistbietenden Käufer zu erteilen, jedoch unter Berücksichtigung folgender Minimalpreise:

1. *Gesamtliegenschaft: Fr. 1'300'000.-*
2. *Vorderhaus: Fr. 750'000.-*
3. *Hinterhaus: Fr. 600'000.-*

Über die weiteren Anträge wird abgestimmt:

Der Antrag Leuenberger

- a. **dem Gemeinderat keine Erlaubnis zum Verkauf der Krone zu erteilen, und**
- b. **gemäss Auftrag der Gemeindeversammlung vom 12.12.07 müsse der GR Käufer für die Krone und Mieter für den Birkenhof suchen, an einer kommenden GV die Ergebnisse präsentieren und Vorschläge für das weitere Vorgehen unterbreiten wird mit 31 Ja- und 51 Neinstimmen abgelehnt.**

Der Antrag Glaser, dem Gemeinderat die Erlaubnis zum Verkauf der Liegenschaft Krone nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens an den meistbietenden Käufer zu erteilen, jedoch unter Berücksichtigung folgender Minimalpreise:

1. **Gesamtliegenschaft: Fr. 1'300'000.-**
2. **Vorderhaus: Fr. 750'000.-**
3. **Hinterhaus: Fr. 600'000.-**

wird mit 71 Ja- und 25 Neinstimmen angenommen.

8 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
940 Finanzen, Steuern / Kapitaldienst
Finanzplan

Paul Schönenberger erläutert den Finanzplan und die Voraussetzungen, unter welchen dieser erstellt wurde, sowie die Differenz von zwei Millionen im Vergleich zum im Dezember 07 vorgelegten Finanzplan. Ebenso erläutert er die Risikopositionen und nennt dafür als Beispiele die Kosten für die Bauverwaltung, den Verkauf der Liegenschaft Krone und von drei Landparzellen. Paul Schönenberger betont, ohne diese Verkäufe gehe es nicht, jedoch auch nicht ohne eine konsequente Kostenkontrolle.

Peter Glaser möchte wissen, welchen Einfluss die Kosten von 800'000 Franken für die geplante Erschliessung Eichacker hätten und ob für den Verkauf der Liegenschaft Krone mit einer Million gerechnet worden sei.

Paul Schönenberger antwortet, die die Erschliessung Eichacker habe nur marginalen Einfluss auf den Finanzplan, da es sich um eine Vorfinanzierung handle. Wichtiger sei der Zufluss von Mitteln aus dem Verkauf der Liegenschaft Krone; dafür sei mit einer Million gerechnet worden.

Alexa Mai möchte wissen, um wie viele Prozente der Steuersatz höher sein müsste, damit die Gemeinde Bättwil die Krone behalten könne.

Urs Möschli teilt mit, die Erschliessung Eichacker sei Mitte der 90er Jahre bewusst so geplant worden. Natürlich könne die Gemeinde auch Perimeterbeiträge verlangen. Der Apfelweg sei schon ganz erschlossen, die Perimeterbeiträge jedoch erst für die eine Strassen-seite verrechnet worden.

Thomas Kötter bezeichnet einen langjährigen Finanzplan als Grundlage für gesunde Finanzen. Grundstücke zu verkaufen, helfe zwar bei der Finanzierung, ein wesentlicher Punkt sei aber auch die Kostenkontrolle, welche weit besser als bisher erfolgen müsse. Die ad hoc Finanzkommission habe auf der Kostenseite noch schärfer vorgehen wollen.

Auf die Frage von Alexa Mai antwortet er, es ginge auch ohne den Verkauf, dann aber mit einem Steuersatz von mindestens 140%, welcher uns zur steuertuersten Gemeinde im Kanton Solothurn machen würde.

Das Ziel sei gewesen, mit einem möglichst tiefen Steuersatz arbeiten zu können.

Peter Glaser kann sich vorstellen, dass für das Baugebiet Eichacker durchaus eine Vorfinanzierung in die Wege geleitet werden könnte.

Thomas Kötter führt aus, dass eine Vorfinanzierung sicher möglich wäre, dies der Gemeinde aber relativ wenig bringen würde, da es für die Gemeinde ja aufgrund der Abschreibungen mit 8 % in der laufenden Rechnung belastet würde.

Bruno Siegenthaler stellt fest, wenn Baugebiete erschlossen würden, kämen mehr Leute und Kinder, was auch die Kosten ansteigen lasse. Er schlägt vor, die Landerschliessung zurückzustellen bis 2014, wenn die Bilanz wieder ausgeglichen sei. Er plädiert auch für das Weiterbestehen der Finanzkommission.

Paul Schönenberger führt aus, über die Erschliessung Eichacker werde sowieso eine Gemeindeversammlung befinden müssen, aller Voraussicht nach 2010. Eine Erschliessung führe stets zu zwei Dingen, zu höheren Steuereinnahmen aber auch zu höheren Kosten, da die Beiträge an Zweckverbände nach Einwohnerzahl berechnet würden.

Thomas Kötter ergänzt, Bättwil habe recht gute Pro-Kopf-Steuereinnahmen, sie seien besser als in den Nachbargemeinden.

Hans Georg Leuenberger fragt nach, ob wir in Solothurn bereits als Sanierungsfall notiert seien.

Lajos Kovacs antwortet, da die Gemeinde beim Kanton die Genehmigung habe einholen müssen, das Budgets erst nach der heutigen Gemeindeversammlung einzureichen, seien wir natürlich vorgemerkt.

Hans Georg Leuenberger hat sich beim Kanton erkundigt, Hilfe vom Kanton sei möglich. Die jetzige ad hoc Finanzkommission solle weiterhin im Amt bleiben und in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton ihre Arbeit weiterführen, allenfalls später als Kommission fest in der Gemeindeordnung verankert werden.

Thomas Kötter beantwortet als Angesprochener das Votum Leuenberger. Damit er weiter in der Finanzkommission mitwirken würde, müssten die Aufgaben und Kompetenzen klar geregelt werden. Urs Bussmann und er selbst hätten sich in einer Notlage gemeldet und seien kostenlos in der ad hoc Kommission tätig gewesen. Leider wurde ihnen aber durch den Gemeinderat keine Rückmeldung erteilt, welche Budgetposten aufgrund ihrer Arbeit nun in das neue Budget aufgenommen wurden. Die Gemeindeversammlung spendet spontan Applaus.

Peter Staub fragt nach, ob die Rechnung 2006 schon vom Kanton genehmigt worden sei und beantragt eine ständige Finanzkommission.

Lajos Kovacs beantwortet die Frage nach der Genehmigung mit nein. Auf Rückfrage nach den Gründen, gibt er nach Rücksprache mit Regula Steccanella an, das sei wohl eine Frage der Zeit.

Hans Georg Leuenberger äussert die Vermutung, dass beim Kanton auch die älteren laufenden Rechnungen noch einer Nachprüfung unterzogen würden.

Lajos Kovacs möchte jetzt über die Einführung einer ständigen Finanzkommission abstimmen lassen.

Hans Georg Leuenberger äussert grosses Erstaunen darüber, dass dies jetzt gehe, ihm eine solche Abstimmung anlässlich der letzten Gemeindeversammlung nicht ermöglicht wurde.

Mit grossem Mehr wird der Antrag auf Einführung einer ständigen Finanzkommission angenommen!

9 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
900 Finanzen, Steuern / Gemeindesteuern
Festsetzen der Steuern und Gebühren

Wie bereits in den Vorjahren aufgezeigt und angekündigt, hat sich die finanzielle Situation der Gemeinde Bättwil drastisch verschlechtert. Die jährlichen Aufwandüberschüsse sind in den letzten Jahren deutlich über Fr. 500'000.-- gestiegen, wodurch unser Eigenkapital entsprechend aufgebraucht wurde und hohe Bilanzfehlbeträge entstanden sind. Demgegenüber sind die steuerlichen Einkommen, sowohl was die natürlichen als auch was die juristischen Personen anbelangt, deutlich gesunken. Das diesjährige Defizit würde, sofern der vorliegende Antrag auf Steuererhöhung von 120 % auf 130 % angenommen würde, Fr. 444'679.- betragen.

Der Gemeinderat hat auf Antrag der nach der letzten Gemeindeversammlung unverzüglich ins Leben gerufenen ad hoc Finanzkommission zusätzlich zu den bereits im letzten Budgetvorschlag Eingang gefundenen Sparmassnahmen weitere getätigt.

Doch auch dadurch wird es der Gemeinde Bättwil nicht erspart bleiben, den heutigen Steuerfuss von 120 % anzuheben. Da Bättwil im Vergleich zu den umliegenden Gemeinden es in den letzten Jahren versäumt hat, auch nur die kleinsten Steuerreserven zu bilden, kann auf solche heute nicht vorhandenen Notpolster auch nicht zurückgegriffen werden. Eine Steuererhöhung ist und bleibt der einzige Weg, die kantonale Pflicht zu erfüllen, den Bilanzfehlbetrag innerhalb der nächsten maximal 8 Jahre erfolgreich abzubauen und die Finanzen zu sanieren.

Aus diesen Gründen kommt der Gemeinderat nach sorgfältiger Überlegung nicht umhin, folgenden Steuerfuss zu beantragen:

1. Gemeindesteuern neu 130 % für natürliche und juristische Personen (bisher 120 %) gemäss § 3 des Gemeindesteuerreglements für natürliche und juristische Personen.

2. Abfallgebühren (wie bisher):

Vignetten für Kehrichtsäcke mit	17 Liter Inhalt	Fr.	-.95
	35 Liter Inhalt	Fr.	1.90
	60 Liter Inhalt	Fr.	3.80
	110 Liter Inhalt	r.	5.70

Container mit 800 Liter Inhalt (nur für Gewerbebetriebe und Landwirtschaft)	Fr.	50.00
Sperrgut je 20 kg	Fr.	5.70

Grünabfuhrgebühren:

Vignetten für „Grünabfuhrkübel“ (50 cm hoch mit Durchmesser von max. 46 cm)	Fr.	1.50
Vignetten für Äste und Baumschnitt (Bündellänge max. 1,5 m, Durchmesser max. 40 cm)	Fr.	1.50

Grössere Mengen müssen weiterhin bei der Gemeindeverwaltung angemeldet werden. Das Gemeindepersonal häckselt sie dann direkt vor Ort gegen eine zusätzliche Gebühr.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, den oben genannten Steuerfuss und die obengenannten Gebühren gutzuheissen.

20. Februar 2008

Mit 69 Jastimmen, 25 Neinstimmen und 3 Enthaltungen werden der Steuerfuss von 130% und die vorgeschlagenen Entsorgungsgebühren genehmigt.

011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
900 Finanzen, Steuern / Gemeindesteuern
Genehmigung Investitionskredite

9.1 Einbau Microbelag Kirchgasse

Der Deckbelag in der Kirchgasse ist stark beschädigt, so dass dieser saniert werden muss, wodurch die Gefahr deutlich vermindert werden kann, dass die heutige Tragschicht beschädigt und dann auch noch sehr kostenintensiv erneuert werden muss. Diese Kosten würden ein Vielfaches des jetzt beantragten Kredites betragen.

Die Bruttokosten für die Erneuerung des Oberflächenbelages (Microbelag) belaufen sich auf Fr. 27'500.--.

Peter Hermann als Anwohner der Kirchgasse schildert den aktuellen Zustand der Strasse, der Teerbelag sei ein wenig uneben, der technische Dienst habe das einmal gerichtet. Der Belag sei durch Bauarbeiten beschädigt worden. Er beantragt, den Kredit nicht zu bewilligen, die Kirchgasse reparieren zu lassen und den Schadenverursachern Rechnung zu stellen.

Max Auer erklärt, in die Kirchgasse sei noch kein Deckbelag eingebaut worden, denn Heiss-teerung sei kein Deckbelag. Der jetzt geplante Microbelag sei der effektive Deckbelag.

Urs Möschlin stellt fest, bei den Anstössern würden ja Perimeterbeiträge eingezogen.

Peter Hermann zieht seinen Antrag zurück.

Urs Lüthi will Auskunft, wie viel noch an Perimeterbeiträgen verrechnet werden könne, und beantragt, den Kredit bis zur Abklärung zurückzustellen.

Mit grossem Mehr wird der Investitionskredit von Fr. 27'500.- zurückgestellt.

9.2 Ersatz Wasserleitung Witterswilerstrasse

Infolge einer durch die WHL neu initiierten Netztrennung und Zweizoneneinspeisung drängen sich gemäss GWP ein Ersatz und die Vergrösserung der bestehenden Wasserleitung auf. Die Leitung muss von einem heutigen Durchmesser von 100 mm auf neu 200 mm erweitert werden. Dieser Ersatz bezieht sich auf ein Teilstück von einer Länge von 110 m von der Messkammer Witterswil bis GB Parzelle Nr. 712. Der Teil Messkammer Witterswil bis Einmündung Brunnacker ist ausser Betrieb.

Die Bruttokosten für die Ersatzwasserleitung Witterswilerstrasse belaufen sich auf Fr. 220'000.-- (Spezialfinanzierung Wasserkasse).

Hans Roderer beantragt, alle Investitionen zurückzustellen.

Urs Bussman fragt, ob noch andere involvierte Stellen mitfinanzieren und ob der genannte Preis realistisch sei, er erachte diesen als sehr hoch.

Peter Glaser möchte wissen, ob dieses Projekt kurzfristig notwendig oder lediglich mittelfristig wünschenswert sei?

Hans Vorburger erklärt die neue Art der Einspeisungen und weist auf die Problematik der Löschwasserreserven hin.

Hans Vorburger ergänzt, die Löschwasserreserve sei eine Auflage des Kantons und beim vorliegenden Projekt handle es sich um ein Gesamtkonzept des WHL.

Reto Haag fragt nach, ob die Möglichkeit bestehe, den Ersatz dieser Leitung um ein bis zwei Jahre hinauszuzögern.

Hans Vorburger verneint. Man könne diese Arbeit allerhöchstens um ein Jahr verschieben.

Alexander Geigy fragt nach der Länge des Leitungsstückes und stellt fest, die Witterswilerstrasse sei ja viel länger. Er vermutet, man operiere mit Salami taktik und verlege letztlich vergoldete Wasserleitungen.

Felix Buchmann möchte wissen, ob diese Leitung wirklich vom Kanton aus sein müsse.

Hans Vorburger begründet den geplanten Leitungsdurchmesser von 200 mm mit den hydraulischen Berechnungen und dem neuen GWP.

Hans Vorburger gibt an, der restliche Teil der Wasserleitung Witterswilerstrasse sei bereits erneuert worden. Die Leitungserneuerung sei kein Wunschdenken sondern wirklich notwendig. Auf die Frage hin, ob es schon genauere Angaben über die Kosten der Leitung gäbe, kann Herr Vorburger mitteilen, dass es sich bei dem Projekt lediglich um eine Kostenschätzung handle und noch keine konkreten Offerten eingeholt wurden. Das Submissionsverfahren würde erst nach Genehmigung durch die Gemeindeversammlung eingeleitet.

Es wird abgestimmt.

Der Investitionskredit von Fr. 220'000.- (Spezialfinanzierung Wasserkasse) für den Ersatz der Wasserleitung Witterswilerstrasse ab Messkammer Witterswil bis vor die GB Parzelle 712 wird mit 27 Ja- und 43 Neinstimmen abgelehnt.

9.3 Sanierung Bushaltestelle Flüh

Der Kanton Solothurn hat entschieden, im Jahr 2008 die Bushaltestelle Flüh mit einer Vergrösserung zu sanieren. Die finanzielle Beteiligung der Gemeinde erfolgt gemäss der kantonalen Verordnung über die Finanzierung der kantonalen Strassen. Die Gemeinde Bättwil hat sich somit mit maximal einem Drittel, der Kanton mit zwei Dritteln an den Kosten zu beteiligen.

Die Bruttokosten für die Sanierung Bushaltestelle Flüh belaufen sich auf Fr. 30'000.--.

François Sandoz präzisiert die Art der Arbeiten, es handle sich nicht um eine einfache Sanierung, sondern auch um eine Abänderung der Bushaltestelle, welche nötig werde, da in Zukunft längere Busse eingesetzt würden. Es sei ein kantonales Projekt, bei dem Bättwil nicht mitbestimmen könne, aber 29% an die Kosten bezahlen müsse.

Hansjörg Känel erkundigt sich, ob Bättwil die einzige Gemeinde sei, die an diese Haltestelle bezahlen müsse.

François Sandoz präzisiert, andere Gemeinden würden bei den eigenen Haltestellen zahlen.

René Walser gibt zu bedenken, dass die BLT auf dem Areal ja Parkplätze vermiete und möchte wissen, ob die BLT auch etwas an dem Umbau der Haltestelle bezahlt.

François Sandoz präzisiert, das Projekt betreffe nur die Kantonsstrasse.

Felix Buchmann möchte wissen, ob andere Gemeinden freiwillig etwas an diese Kosten bezahlen.

François Sandoz scherzt, eine solche Gemeinde müsste man noch finden.

Alexander Geigy ist es ein Rätsel, wieso grössere Busse eingeführt werden, die seien nie so voll.

François Sandoz kann dazu mitteilen, dass die Busgrösse sich nicht nach den effektiven Fahrgästen ins Leimental richte, sondern die BLT grundsätzlich neue, grössere Busse angeschafft habe und diese daher auch mehr Platz auf den Haltestellen benötigen.

Es wird abgestimmt:

Mit grosser Mehrheit und 6 Gegenstimmen wird der Investitionskredit über Fr. 30'000.- für die Sanierung der Bushaltestelle Flüh genehmigt.

011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
900 Finanzen, Steuern / Gemeindesteuern
Genehmigung des Gesamtvoranschlages

Der Gesamtvoranschlag für 2008 konnte bei der Gemeindeverwaltung bezogen werden.

Hans Georg Leuenberger möchte wissen, was unter Allgemeine Verwaltung, RPK-Beratung die budgetierten Fr. 10'000.- beinhalten würden. Regula Steccanella gibt die Auskunft, dies seien die Kosten für den externen Finanzberater.

Die Anschlussfrage von Hans Georg Leuenberger, wie hoch die bisher dafür angefallenen Kosten gewesen seien, wird von Regula Steccanella mit Fr. 10'000.- beantwortet.

Dieter Küry beantragt, unter Öffentliche Sicherheit die Fr. 4'000.- für Anschaffungen der FW je zur Hälfte auf die Positionen Medizinische Untersuchungen und Sold zu verteilen.

Auf die Frage, wieso die Elternbeiträge an den MUSOL nun im Budget Eingang gefunden hätten, antwortet Regula Steccanella, dies sei auf Anregung der Finanzkommission geschehen. Man habe von der Netto- auf die Bruttovariante umgestellt.

Hansjörg Känel erkundigt sich nach der grossen Kostensteigerung beim Beitrag an den Spitem-Veren. Er möchte ebenfalls wissen, ob sich die Gemeinde zwingend beim Spitem-Veren beteiligen müsse oder ob diese Dienste auch von anderen Institutionen angeboten würden.

Paul Schönenberger erläutert, die Spitem-Dienste seien infolge der neuen Finanzordnung neu organisiert worden, die AHV zahle keine Beiträge mehr an die Spitem und der Kanton habe die Spitem im Rahmen des Sozialhilfegesetzes an die Gemeinden delegiert. Den Gemeinden entstünden im Gegenzug an anderer Stelle weniger hohe Kosten. Die Spitem sei als Verein organisiert und habe einen Vertrag mit allen Gemeinden im hinteren Leimental, das sei ein aktuelles Beispiel für regionale Zusammenarbeit.

Thomas Kötter fragt, ob unter Massenmedien denn wirklich mit Inserateneinnahmen von Fr. 3'000.- für das Bärmsleblatt gerechnet werden könne, wenn nur noch PDF-Ausgaben erscheinen würden.

Yvonne Kilcher verneint, drei Dauerinserenten hätten bereits mitgeteilt, dass sie das Inserat nicht weiter schalten möchten, wenn das Bärmsleblatt nicht mehr gedruckt herausgegeben werde. Auf Rückfrage von Thomas Kötter schätzt sie die Einnahmen auf Fr. 500.- pro Jahr.

Es wird über den Voranschlag Laufende Rechnung 2008 abgestimmt. Der Voranschlag der laufenden Rechnung schliesst mit einem Aufwand von Fr. 6'472'087.--, einem Ertrag von Fr. 6'027'408.-- und einem Aufwandüberschuss von Fr. 444'679.--.

Der Voranschlag Laufende Rechnung 2008 wird wie vorgelegt und mit den oben beantragten Änderungen mit 59 Jastimmen und 10 Enthaltungen genehmigt.

**10 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
Diverses**

Gestützt auf das Gemeindegesetz vom 16.2.1992 (Stand Januar 2007) reicht Reto Haag die beiden folgenden Motionen zuhanden der Gemeindeversammlung vom 20.2.2008 ein:

Motion 1

„Begehren:

Es ist eine gewissenhafte, seriöse und fundierte Prüfung für eine erweiterte, engere Zusammenarbeit in allen vitalen Bereichen mit den anderen Gemeinden des solothurnischen Leimentals (optional: die umliegenden Gemeinden des Kantons Basel-Landschaft) vorzunehmen. Zwischenberichte und Etappen sind im Dorfblatt und auf der Homepage zu publizieren und spätestens an der nächsten Gemeindeversammlung mündlich mitzuteilen.

Definition „Vitale Bereiche“:

1. Bauverwaltung
2. Gemeindeverwaltung
3. Feuerwehr
4. Werkhof
5. Nutzung von gemeinsamen Bauten und Einrichtungen

Zweck und Begründung:

1. Vernetzung und Synergienoptimierung in den Bereichen Personal, Bürogeräte, Software, Maschinen, Bauten etc.
2. Erschaffen und fördern vorhandener Ressourcen
3. Aufwand- und Kostenoptimierung“

Es wird darüber abgestimmt, ob diese Motion erheblich erklärt werden soll.

Die Motion 1 von Reto Haag wird mit 29 Jastimmen erheblich erklärt.

Motion 2

„Unter der Rubrik Sparmassnahmen wurde in der Januar-Ausgabe des Bärarnsle-Blattes erwähnt, dass der Betrag von Fr. 7200.- betreffend die Machbarkeitsstudie der FHNW „gemeinsamer Werkhof Solothurnisches Leimental“ gestrichen worden ist.

Diese Position ist wieder zu aktivieren und ins Budget aufzunehmen. Zwischenberichte und Etappen sind im Dorfblatt und auf der Homepage zu publizieren und spätestens an der nächsten Gemeindeversammlung mündlich mitzuteilen.“

Es wird darüber abgestimmt, ob diese Motion erheblich erklärt werden soll.

Die Motion 2 von Reto Haag wird mit grossem Mehr bei 4 Neinstimmen erheblich erklärt.

Monika Eggman ist der Meinung, wenn man schon vermehrt von Zusammenarbeit rede, könne man doch auch die Möglichkeit einer Fusion in Betracht ziehen.

20. Februar 2008

Thomas Kötter möchte eine Lanze brechen für die RPK. Er habe Auszüge aus den Management Letters der RPK vorliegen, diese habe ganz klar ihre Arbeit gemacht, bereits im 2004 Controlling empfohlen und 2005 die tiefen Abschreibungen hinterfragt.

Hans Roderer möchte wissen, wieso Franziska Albrecht freigestellt worden sei, sie habe viele Jahre ihre Sache recht gemacht.

Lajos Kovacs sagt, er könne diese Frage aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nicht beantworten, lediglich mitteilen, die Freistellung sei auf Wunsch von Frau Albrecht erfolgt.

Peter Staub ruft noch einmal erbost in die Versammlung und nennt Lajos Kovacs einen Lügner.

Lajos Kovacs macht Peter Staub darauf aufmerksam, dass auch ein solches Votum im Protokoll vermerkt werde.

Um 23.45 Uhr stellt Lajos Kovacs fest, dass keine weiteren Anliegen mehr bestehen, erklärt die Gemeindeversammlung für geschlossen, bedankt sich bei den noch Anwesenden fürs Ausharren und wünscht einen guten Heimweg.

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollführerin:

L. Kovacs

Y. Kilcher

Protokoll der

2. ordentlichen Gemeindeversammlung

vom 22. April 2008

im Gemeindesaal Krone

Anwesend

90 Stimmberechtigte

Mitglieder Gemeinderat

François Sandoz, Gemeindepräsident ad interim
Dominique Bischoff, Gemeindevizepräsidentin ad interim
Adrian Busslinger
Hans Peter Isenschmid

Protokoll

Yvonne Kilcher

Gäste

Regula Steccanella, Gemeindeverwalterin
Nicole Künzi, Auszubildende
Auer Max, Leiter Technischer Dienst
Daniel Dallio, Technischer Dienst

Presse

Frau Regina Erb, BZ
Frau Gini Minonzio, BaZ

Abwesend

Dauer

19.30 – 21.30 Uhr

Traktanden

1. Wahl der Stimmenzähler/Innen
2. Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 20. Februar 2008
3. Orientierung über den Verkauf der Liegenschaft Krone Bättwil
4. Genehmigung des Kredits für den Umzug der Gemeindeverwaltung
5. Verschiedenes

**11 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
Wahl der Stimmenzähler**

Dominique Bischoff eröffnet die ausserordentliche Gemeindeversammlung, begrüsst die Anwesenden zur Gemeindeversammlung und hält fest, dass die Einladung rechtzeitig erfolgt ist. Sie begrüsst als Vertreterinnen der Presse Frau Regina Erb, BZ, und Frau Gini Minonzio, BaZ, und stellt die Mitglieder des Gemeinderates sowie die Gemeindeverwalterin und die Protokollführerin vor.

Auf Dominique Bischoffs Vorschlag hin wählt die Versammlung einstimmig folgende Stimmenzähler: Peter Glaser, rechte Seite + GR-Tisch, Hugo Gschwind, linke Seite.

Es werden 90 Stimmberechtigte gezählt.

Dominique Bischoff erläutert den Rücktritt von Lajos Kovacs aus dem Gemeinderat und folglich als Gemeindepräsident per 20. April 2008 sowie ihren eigenen Rücktritt per Ende August 2008. Als Folge müsse die neue Ressortverteilung vom Souverän der Gemeinde bewilligt werden, was als 2. Traktandum eingeschoben werden solle.

Der Gemeinderat beantragt die Bereinigung der Traktandenliste wie folgt:

1. Wahl der Stimmenzähler/Innen
2. Ressortverteilung GR und Konstituierung ad interim
3. Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 20. Februar 2008
4. Orientierung über den Verkauf der Liegenschaft Krone Bättwil
5. Genehmigung des Kredits für den Umzug der Gemeindeverwaltung
6. Verschiedenes

Dominique Bischoff fragt in die Runde, ob weitere Änderungen gewünscht werden.

Die Änderung der Traktandenliste wird einstimmig bewilligt.

12 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
012 Allgemeine Verwaltung / Gemeinderat/Kommissionen

Der Gemeinderat beantragt, die Konstituierung ad interim und die Ressortverteilung ab 22. April 2008 wie folgt zu genehmigen:

Beamten:

Gemeindepräsident ad interim	Sandoz François	neu
Vizepräsidentin ad interim	Bischoff Dominique	bisher

Departemente

Vorsteher

Stellvertreter

Allgemeine Verwaltung	Sandoz François	Bischoff Dominique
- Gemeindeverwaltung		
- Gemeindееigenes Personal		
- Gemeindeführungsstab		
- Gemeindееigene Gebäude	Busslinger Adrian	Sandoz François
Öffentliche Sicherheit	Isenschmid Hanspeter	Busslinger Adrian
- Feuerwehr		
- Polizei		
- Militär /Schiesswesen		
- Zivilschutz		
- Friedensrichter		
Bildung	Sandoz François	Busslinger Adrian
- Schulkreis Bättwil-Witterswil		
- OZL		
- Musikschule		
- Schulgesundheit		
Kultur, Freizeit	Busslinger Adrian	Sandoz François
- Kultur		
- Freizeit		
- Anlässe		
- Kommunikation		
Gesundheit	Busslinger Adrian	Bischoff Dominique
- Krankenpflege		
- Spitex		
Soziale Wohlfahrt	Busslinger Adrian	Isenschmid Hanspeter
- Asylbewerber/Innen		
- Sozialhilfe		
- Alters- und Pflegeheime		
Hoch- und Tiefbau	Isenschmid Hanspeter	Bischoff Dominique
- Hochbau		
- Tiefbau		
- Strassenunterhalt		
- Bauverwaltung		
- Friedhof		
- Technischer Dienst	Isenschmid Hanspeter	Sandoz François
Öffentlicher Verkehr	Isenschmid Hanspeter	Bischoff Dominique
Wasser und Abwasser	Bischoff Dominique	Isenschmid Hanspeter
- Wasser		
- Abwasser		

22. April 2008

Umwelt	Busslinger Adrian	Bischoff Dominique
- Abfallentsorgung		
- Naturschutz		
Raumordnung	Sandoz François	Busslinger Adrian
Volkswirtschaft	Bischoff Dominique	Isenschmid Hanspeter
- Landwirtschaft		
- Forstwirtschaft		
- Gewerbe / Handel		
Finanzen	Sandoz François	Busslinger Adrian
- Steuern		
- Finanzausgleich		
- Kapitaldienste		

Die Ressortverteilung gilt ab 22. April 2008 bis nach der Teilerneuerungswahl am 28. September 2008, längstens bis nach erfolgter Gesamterneuerungswahl im 2009.

Peter Staub fragt, ob er richtig gehe in der Annahme, dass die drei Gemeinderäte nicht mehr beschlussfähig seien, wenn einer fehle.

Dominique Bischoff stellt richtig, bis Ende August 2008 seien es vier Gemeinderäte. Das Amt werde jetzt ausgeschrieben.

Die Konstituierung ad interim und die Ressortverteilung ab 22. April 2008 werden einstimmig angenommen.

Dominique Bischoff dankt der Versammlung und übergibt die Leitung der Gemeindeversammlung dem neuen Gemeindepräsidenten ad interim, François Sandoz. Die Anwesenden applaudieren.

François Sandoz dankt der Gemeindeversammlung für das entgegengebrachte Vertrauen. Er stehe zur Verfügung, bis ein neuer Gemeindepräsident gefunden worden sei und werde sich im Interesse der Gemeinde einsetzen.

**13 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom
20. Februar 2008**

François Sandoz stellt fest, dass das Protokoll vom 20. Februar 2008 während der Schalterstunden auf der Gemeindeverwaltung eingesehen und zusätzlich auf dem Internet www.baettwil.ch abgerufen werden konnte, und fragt nach Voten.

Heike Brechbühl möchte festhalten, dass die neuen Busse von der Postauto AG angeschafft worden seien, nicht von der BLT, wie unter Traktandum 9.3, Sanierung Bushaltestelle Flüh (Seite 22), protokolliert.

François Sandoz räumt ein, das sei ein Versprecher seinerseits gewesen.

Zudem vermisst Heike Brechbühl im Protokoll ein Votum von Urs Bussmann, in dem dieser mitgeteilt habe, er sei bereit, in einer ständigen Finanzkommission mitzuwirken, sofern diese Weisungsrecht habe. Sie erachte diese Aussage als wichtig.

Mit 83 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen wird das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 20. Februar 2008 genehmigt.

14 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
090 Orientierung über den Verkauf der Liegenschaft "Krone"

Ausgangslage

Per 31. März 2008 ist die angesetzte Ausschreibungsfrist für den Verkauf der Liegenschaft Krone abgelaufen. Bis zu diesem Zeitpunkt sind drei schriftliche Angebote eingegangen. Nur eines dieser Angebote hat die von der Gemeindeversammlung festgelegte Bedingung für einen Verkauf (Mindesterloß) erfüllt. Das Angebot betrug für die gesamte Liegenschaft Fr. 1'300'000.--.

Mit diesem Kaufinteressenten, der Firma BPM Bättwil Projekt Management AG, wurde in der Folge eine Vereinbarung über den Verkauf der Liegenschaft (Vorvertrag) unterschrieben. Nachstehend sind die Eckdaten der Vereinbarung resp. des Verkaufes aufgeführt:

1. Die Käuferschaft leistet eine Anzahlung über Fr. 40'000.-- als Reservation für die Liegenschaft (diese Anzahlung ist bereits eingetroffen), welche dem Kaufpreis angerechnet wird.
2. Bei einem Rücktritt aus dieser Vereinbarung durch die Käuferschaft entsteht ein Reuegeldanspruch zu Gunsten der Gemeinde Bättwil von Fr. 20'000.--.
3. Kommt der Kaufvertrag aus Gründen, die nicht bei der Käuferschaft liegen, nicht zustande, so verpflichtet sich die Verkäuferin die volle Anzahlung sofort zurückzuzahlen.
4. Das Kaufobjekt wird in dem von der Käuferschaft bekannten, besichtigten und angenommenen Zustand (ohne Mobiliar mit Ausnahme des Restaurants) gekauft. Jegliche Rechts- und Sachgewährleistungspflicht der Verkäuferin wird, sofern zulässig, ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Mängel, die die Verkäuferin arglistig verschwiegen hätte.
5. Die Käuferschaft wird insbesondere darauf aufmerksam gemacht, dass das Kaufobjekt in der Kernzone liegt und somit Nutzungsbegrenzungen in Kauf genommen werden müssen.
6. Die Käuferschaft ist sich bewusst, dass vorgängig zum Nutzungseintritt, die Gemeindeverwaltung umgezogen sein muss und dass ein entsprechender Termin für die Übergabe erst im Kaufvertrag festgelegt werden kann, jedoch spätestens am 30. September 2008.
7. Die Käuferschaft ist damit einverstanden, dass die Räumlichkeiten des Werkhofes inklusive der Sirenenanlage auf dem Dach der Liegenschaft gegen angemessenen Mietzins durch die Gemeinde auch nach der Besitzübergabe und bis längstens 31.12.2012 genutzt werden. Dafür wird ein separater Mietvertrag abgeschlossen.

Weiteres Vorgehen

Stimmt die Gemeindeversammlung dem Umzug der Verwaltung in den Birkenhof wie beantragt zu, wird der Auftrag für die Erarbeitung des Kaufvertrages an die Amtschreiberei Dornach erteilt.

Im Kaufvertrag werden alle relevanten Transaktionsdetails anhand der Vereinbarung zwischen der Käuferschaft und der Gemeinde definitiv festgelegt. Insbesondere werden dabei die Bedingungen für eine zeitlich begrenzte Weiternutzung des Werkhofes definitiv vereinbart.

Sobald der Kaufvertrag unterschrieben und die vollständige Zahlung durch die Käuferschaft eingegangen ist, wird der Grundbucheintrag vorgenommen.

Mit dem Umbau des Birkenhofs für die Verwaltung soll erst begonnen werden wenn der Kaufvertrag unterschrieben und der Kaufpreis bezahlt wurde. Vorab werden lediglich Ausschreibungen durchgeführt.

François Sandoz geht davon aus, dass die Informationen aus der Einladung allen bekannt sind und eröffnet die Fragerunde.

Robert Goldstein tritt vor die Versammlung und hält in einem längeren Votum seinen Standpunkt fest. Er sei als Mitglied der ad hoc Kommission Gemeindebauten hinter der Empfehlung Verkauf Krone und Umzug der Verwaltung in Birkenhof gestanden. Er verstehe jetzt allerdings nicht, warum die Krone nicht so gut wie möglich, sondern so schnell wie möglich verkauft werde. Er habe nie eine Ausschreibung für den Verkauf der Liegenschaft ohne den Saal gesehen. Er glaube, man habe sich nicht alle Mühe gegeben. Er erachte den Mietpreis von Fr. 1000.- für den „Keller“ als Frechheit. Er selber vermiete in der Stadt 3-Zimmerwohnungen mit Mansarde für unter Fr. 1000.- Stets habe er dafür plädiert, dass der Saal auch nach einem allfälligen Verkauf durch die Gemeinde genutzt werden könne. Er äussert die Befürchtung, Bättwil verliere seine Identität, wenn der Saal abgegeben werde, und erinnert an die vielfältigen Anlässe wie Weihnachtsmarkt, Konzerte und glatte, nicht nur von Ortsansässigen besuchte Matinéés, welche im Saal stattgefunden hätten. Für die Gemeindeversammlung sei das OZL eine gute Lokalität, ein Weihnachtsmarkt im Zelt sei jedoch – je nach Wetterlage – keine Lösung. Ihm kämen die Tränen, wenn er an den Umzug des teuren Flügels denke, welcher ein Geschenk der Firma Hakama sei. Der geplante Standort im alten Schulhaus käme einem Todesurteil gleich, das Raumklima sei einfach zu schlecht. Er sei nach wie vor für den Verkauf der Krone. Man solle jedoch noch zuwarten und weiter nach Käufern suchen. Robi Goldstein stellt Antrag, dass diese Abstimmung zurückgestellt wird.

François Sandoz geht zuerst auf den wichtigsten Punkt ein und berichtet, es könne nicht nochmals über den Verkauf der Krone abgestimmt werden, an der Gemeindeversammlung vom 20. Februar 2008 sei, unter Vorbehalt des Mindestpreises von 1,3 Mio. Franken, die Erlaubnis zum Verkauf bereits erteilt worden. Bei der Ausschreibung hätten sich auch Interessenten melden können, welche nur den vorderen Teil hätten erwerben wollen. Eingetroffen seien jedoch drei Kaufangebote für die Gesamtliegenschaft, wobei nur eines zum Mindestpreis gewesen sei. Er habe an diversen Orten gehört, dass die Banken die 1.3 Millionen als absolute Obergrenze bezeichnet hätten. Auch sei gesagt worden, die Liegenschaft sei weniger wert. Ein gewisser Zeitdruck sei durch die Finanzlage gegeben gewesen, durch Abwarten entstehe immer wieder ein Zeitverlust von einem Jahr.

François Sandoz geht auf die weiteren von Robi Goldstein genannten Details ein.

Weihnachtsmarkt: hier seien Verhandlungen im Gang über einen neuen Standort, zum Beispiel im OZL.

Bezüglich *Flügel* sei er als Delegierter im Musol von Herrn Kolb angesprochen worden. Auch dieser habe gemeint, es wäre eine Schande, den Flügel im alten Schulhaus zu platzieren. Der Gemeinderat suche deshalb eine bessere Lösung, allenfalls auch mit einem vorübergehenden Standort ausserhalb der Gemeinde.

Saal: Die Käuferschaft kaufe die Liegenschaft vor allem wegen des Saals. Es bestehe keine Möglichkeit, diesen weiter zu nutzen.

Der *Werkhofraum* sei kein Keller, es handle sich um eine Fläche von rund 130 m², wobei der Mietzins eventuell noch diskutiert werden könne. Vielleicht gebe es in der Gemeinde auch günstigeren Raum. Wie viel günstiger, sei jedoch schwierig vorauszusagen. Der Mietvertrag sei jährlich kündbar. Auch könnten sich vor Ende 2012 andere Möglichkeiten ergeben, die

Mietkosten sollten nicht zu lange anfallen. Er weise jedoch darauf hin, dass durch den Verkauf wesentlich höhere Nebenkosten eingespart werden.

Robert Goldstein ist der Meinung, die Frist bis zum 31.3. für das Einreichen von Angeboten sei zu kurz bemessen gewesen. Weiter führt er aus, er sei im Besitz einer Verkehrshandelsberechnung vom 5.1.2008 über 1,518 Millionen Franken.

Er habe an die letzte Gemeindeversammlung gehen wollen, dies sei ihm jedoch wegen der kurzfristigen Verschiebung unmöglich gewesen.

Jörg Schermesser sagt, auch ihm kämen die Tränen, jedoch wegen Robert Goldstein; dieser hätte halt das letzte Mal auch kommen sollen. Man solle nun hinter dem Beschlossenen stehen.

Alfred Gschwind berichtet, er sei der einzige hier Anwesende, der damals beim Kauf der Krone geholfen habe. Er erinnere sich noch gut an die Tränen in Roselis Augen. Die Liegenschaft sei das Zentrum vom Dorf gewesen. Leider sei der Umbau durch andere geplant worden. Nun diene das Gebäude seinem Zweck nicht mehr und ein erneuter Umbau verursache hohe Kosten. Auch er erachte den Verkauf als schmerzlich, aber es sei doch einfacher, weil er wisse, dass die Verwaltung in einer gemeindeeigenen Liegenschaft untergebracht werden könne.

Robert Goldstein glaubt, als an der Gemeindeversammlung vom 20.2.08 zu später Stunde der Verkauf zur Abstimmung gestanden habe, seien viele bereits gegangen.

François Sandoz antwortet, wenn man das Abstimmungsergebnis mit der Anzahl der zu Beginn der Versammlung gezählten Personen vergleiche, werde klar, dass nicht viele Personen vorzeitig gegangen seien. Es sei schon ein langer Abend mit vielen Traktanden gewesen, da müssten alle Interessierten bis zur Abstimmung ausharren. Wenn man glaube, es sei etwas nicht mit rechten Dingen zugegangen sei, könne man gegen das Protokoll Beschwerde einreichen.

Hans Georg Leuenberger wendet sich an Robert Goldstein, wenn er richtig verstanden habe, wolle dieser ja gar nichts am Umzug ändern. Hans Georg Leuenberger zitiert die entsprechende Passage aus dem letzten Protokoll und hinterfragt, ob denn auch alles getan wurde für einen bestmöglichen Verkauf? Es sei unglücklich gewesen, dass der Mindestpreis in der Zeitung publiziert worden sei. Man hätte mit dem Verkauf auch noch ein halbes Jährchen zuwarten können.

Thomas Kötter erachtet es als müssig, etwas was beschlossen und rechtsgültig abgestimmt wurde, noch mehrfach wiederzukäuen. Die Beschlüsse seien aus einer Notwendigkeit heraus gefällt worden. Nun solle man vorwärts schauen, in eine Zukunft mit einer besseren Politik als in den letzten 10 bis 20 Jahren.

René Walser äussert sich deutlich, wenn eine Zitrone ausgepresst worden sei, dann sei sie ausgepresst.

Rosemarie Willumat bekundet ihre Freude darüber, dass es in der Gemeinde auch Leute gebe, die eine Ahnung von Liegenschaften hätten und die Stimmbürger über den illusorischen m²-Preis, der für die allfällige Vermietung des Birkenhofs genannt worden sei, aufgeklärt hätten.

Felix Buchmann fragt sich, ob man zehn oder zwanzig Jahre nach dem Verkauf der Krone dann ein teures Projekt von einem Architekten planen lasse, welches 10 Millionen oder mehr verschlingen würde.

Thomas Kötter entgegnet, dass solches schon einmal dagewesen sei. Für Neubauten könne man sich gut an den umliegenden Gemeinden orientieren, welche ein ähnliches Steueraufkommen hätten. Grundlage für alles sei, wie immer gesagt, eine gute Finanzplanung. Es mache unsere Gemeinde nicht interessant, mit einem Steuersatz von 140-150% in die Geschichte einzugehen.

Peter Staub erzählt, wie er als Auswärtiger nach Bättwil kam. Damals hätten sich viele ohne Lohn für die Gemeinde eingesetzt. Auf der Verwaltung hätten kompetente Leute gearbeitet, in den letzten drei Jahren sei alles bachab gegangen. Nun würden wir unser Dach verkaufen und daran seien alle schuld. Im Saal werden einige leise Buhrufe vernommen.

Felix Bachmann möchte eine Garantie dafür, dass die Nettoeinnahmen von rund einer Million aus dem Verkauf der Krone nicht irgendwo verschwinden.

François Sandoz erwidert, man müsse schon damit rechnen, dass das Geld gebraucht werde, zum Beispiel um Schulden zurückzuzahlen. Der Gemeinderat werde jedoch darüber orientieren, wohin das eingegangene Geld geflossen sei.

Zu den Aussagen von Robert Goldstein und Hans Georg Leuenberger stellt François Sandoz fest, dass der Termin 31. März 2008 nicht Gegenstand des Auftrags der Gemeindeversammlung vom 20. Februar 2008 gewesen sei. Zu diesem Zeitpunkt sei der Termin bereits bekannt gewesen, da die Ausschreibung der Liegenschaft schon anlässlich der Gemeindeversammlung vom 12. Dezember 2007 bewilligt worden sei. Wenn nun nichts Unvorhersehbares wie „Force Majeure“ dazwischenkomme, werde der Verkauf vollzogen.

Thomas Kötter erachtet das Vorgehen bei der Ausschreibung entschuldigend als dilettantisch und ist froh darüber, dass trotzdem ein anständiger Verkaufspreis erzielt werden konnte. Nun solle man jedoch die Löffel nicht fallen lassen und eine rigorose Kostenkontrolle durchführen.

In Richtung Peter Staub meint er, Fehler seien nicht nur in den letzten drei sondern vielmehr in den letzten zehn Jahren gemacht worden. Nun solle man den Weg weiter vorwärts gehen und keinesfalls die gleichen Fehler nochmals machen.

Alexander Geigy hat die Unterlagen aufmerksam gelesen. Da sei nichts von einer Sirenenanlage gestanden, der Umzug dieser Anlage werde bestimmt teuer. Deshalb beantragt er, dass im Grundbuch eine Dienstbarkeit eingetragen werde, das sei bestimmt die bessere Lösung als ein Umzug der Sirenenanlage.

Ausserdem möchte er wissen, wie weit man mit der Feuerwehr sei.

François Sandoz kann den Antrag von Alexander Geigy lediglich als Postulat entgegennehmen. Der GR könne versuchen, diesen Wunsch zu berücksichtigen.

Er führt aus, dass anlässlich einer Gemeindeversammlung keine Anträge oder Beschlüsse bezüglich eines Einzelvertrages gestellt oder erlassen werden können, welche nicht traktandiert wurden.

Walter Brunner fragt nach, was mit der Messanlage des WHL im Keller geschehe.

Max Auer erklärt, dass die WHL-Messung nicht mehr im Keller der Krone untergebracht sei.

Alfred Gschwind möchte Auskunft über den Käufer der Liegenschaft Krone.

Karel van Wijk als Mitglied des Verwaltungsrates der Käuferfirma stellt die BPM Bättwil Projekt Management AG vor und entschuldigt die Abwesenheit von Freek Willem Bakhuizen, Direktor der BPM, welcher für eine solche Versammlung noch zuwenig Schweizerdeutsch verstehe. Die Gesellschaft befasse sich mit dem Kauf und Verkauf sowie der Vermietung von Privat- und Gewerbeliegenschaften und werde in der Krone ihre Büros einrichten. Er wisse schon, nicht jeder sei froh über den Verkauf, die BPM habe die Liegenschaft selber schätzen

lassen, dabei sei man auf 1,1 Millionen gekommen. Man habe aber nicht lange diskutiert und die 1,3 Mio. geboten. Er bedaure, dass der Saal der Gemeinde nicht mehr zur Verfügung stehe, aber die BPM benötige die Räumlichkeiten, das van Wijk Gebäude, in welchem die BPM aktuell untergebracht sei, platze nächstens aus allen Nähten.

Es sei geplant, das Restaurant wieder zu öffnen, evtl. sogar selber zu betreiben. Von einem allfälligen Pächter wolle man keine horrende Pacht.

Man könne auch über den Verbleib der Sirene über 2012 hinaus diskutieren. Er glaube auch nicht, dass 1,3 Mio. zu wenig seien, die Käuferschaft müsse doch auch noch einiges in die Liegenschaft investieren.

Alexander Geigy fragt nochmals nach dem Stand der Dinge bezüglich Feuerwehr.

François Sandoz möchte diese Frage unter Diverses behandeln. Er erläutert auch, dass man sich die Möglichkeiten zur Sicherheit bis Ende 2012 offen gehalten habe, da nicht immer alles so schnell laufe, wie man möchte.

Thomas Kötter erinnert daran, dass anlässlich der letzten Information zum Thema Feuerwehr eine Rückmeldung bis Herbst 08 versprochen worden sei, und das sei schon recht rasch.

François Sandoz bittet darum, nun zum nächsten Traktandum, dem Umzug der Gemeindeverwaltung, überzugehen.

15 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
090 Allgemeine Verwaltung / Verwaltungsliegenschaft "Krone"
Birkenhof – Genehmigung des Kredits für den Umzug

Ausgangslage

Anlässlich der Gemeindeversammlung vom 20. Februar 2008 wurden dem Gemeinderat der Auftrag und die Erlaubnis erteilt, die Liegenschaft Krone für einen Mindestbetrag von Fr. 1'300'000.-- zu verkaufen.

Nachdem ein Käufer, der die gesamte Liegenschaft Krone erwerben will, gefunden wurde, muss die Gemeindeverwaltung rasch möglichst an einem neuen Standort untergebracht werden.

Ausgehend von einer gewünschten Übernahme der Liegenschaft bis Ende September 2008 drängt sich die bereits im letzten Herbst durch die ad hoc Kommission Gemeindebauten vorgestellte Lösung, nämlich eine Umnutzung der freistehenden Schulräume im Birkenhof, auf.

Vorgehen

Um die Verwaltungsaufgaben ohne grössere Unterbrechung wahrnehmen zu können und gleichzeitig die notwendigen Auflagen wie z.B. die Archivierung der Akten etc. erfüllen zu können, sind bauliche Veränderungen am Birkenhof notwendig. Um die Kosten möglichst tief zu halten, wird das bestehende Mobiliar der Gemeindeverwaltung weiterverwendet.

Die im Herbst durch die ad hoc Kommission Gemeindebauten vorgestellte Lösung deckt alle Anforderungen der Verwaltung, inklusive Sitzungszimmer für den Gemeinderat und die Kommissionen, sowie einen Diskret-Schalter und eine den aktuellen Vorschriften des Kantons genügende Archivlösung ab.

Um den Platzbedarf für den technischen Dienst weiterhin decken zu können, wurde mit der Käuferschaft ein Mietvertrag für die bestehenden Einstellräume im EG der Krone ausgehandelt. Sollten durch eine regionale Zusammenarbeit der Feuerwehren zusätzliche Einstellmöglichkeiten im Birkenhof entstehen, so kann dieser Vertrag innert Jahresfrist wieder aufgelöst werden.

Kosten

Die ad hoc Kommission Gemeindebauten hat die Umbau- und Umzugskosten für eine Gemeindeverwaltung im Birkenhof wie folgt veranschlagt:

	<u>Kosten in CHF</u>
Kostenschätzung Umbau gemäss Präsentation der ad hoc Kommission im Herbst 2007	282'000
./.. Künstlerischer Schmuck	-20'000
+ Teuerung und Unvorhergesehenes	8'000
Gesamtkosten Umbau Birkenhof (inkl. MWSt.)	270'000

Auf verzichtbare Kosten wie z.B. künstlerischen Schmuck wurde bewusst verzichtet. Der Umzug wird durch die Gemeindeangestellten in Eigenleistung durchgeführt und verursacht somit keine externen Kosten.

Im Voranschlag 2008 wurden keine Positionen für den Umbau des Birkenhofes oder die Miete des Werkhofes in der Krone budgetiert. Im Finanzplan wurden jedoch für das Jahr 2009

der Verkauf der Krone mit einem Nettoerlös (Verkaufserlös abzgl. Restbuchwert) von Fr. 1.0 Mio. sowie die dadurch notwendig werdende Investition für eine neue Unterbringung der Gemeindeverwaltung mit Fr. 260'000.- berücksichtigt. Dabei handelte es sich noch um reine Schätzwerte.

Da die Mietkosten für den Werkhof Krone jährlich wiederkehrend sind und daher die Finanzkompetenz des Gemeinderates überschreiten, ist dafür ein separater Antrag zuhanden der Gemeindeversammlung zu stellen (siehe Antrag 2). Durch die nach dem Verkauf entfallenden Unterhaltskosten und Abschreibungen der Krone, werden sich die Gesamtkosten trotzdem deutlich reduzieren.

Organisation und Termine

Für die Realisierung des Projektes wird weiterhin die ad hoc Kommission Gemeindebauten beauftragt. In Zusammenarbeit mit der ad hoc Kommission Gemeindebauten wird dem technischen Baubüro Adrian Busslinger, im Auftrag der Gemeinde, die Gesamtleitung für das Umbauprojekt übertragen. Die notwendigen Arbeiten sowie der Umzug der Verwaltung und des Archivs sollen bis zum 30. September 2008 abgeschlossen sein.

René Gächter zeigt in einer kurzen Präsentation die Fakten über den Verkauf der Krone sowie die Punkte, welche für einen Umzug der Verwaltung in den Birkenhof sprechen, auf. Er möchte auch den zurückgetretenen Gemeindepräsidenten, welcher im Zusammenhang mit dem Thema Vermietung des Birkenhofs als Lügner bezeichnet wurde, rehabilitieren, und zeigt deshalb auch die Stellungnahme von Herrn Rudolf Bieri, Amt für Raumplanung, vom 15.4.2008:

„...Nun habe ich Rücksprache mit dem Rechtsdienst des Bau- und Justizdepartements genommen und muss mich korrigieren: Eine Umnutzung erfordert ein Baubewilligungsverfahren (soweit mit meiner Aussage noch übereinstimmend!) kann aber nach Auffassung der Juristen nicht bewilligt werden. § 34 ter bzgl. Besitzstandsgarantie kann nicht angewendet werden.

Vorliegend besteht nun insofern ein Konflikt, dass die offenbar noch von der Feuerwehr und dem technischen Dienst der Gemeinde benutzten Erdgeschossräume eine öffentliche Nutzung sind und durch eine Umzonung in eine Wohnzone, was wohl vorliegend naheliegend wäre, zonenwidrig werden. Da ist guter Rat teuer, insbesondere dann, wenn ein Politikum daraus geworden ist.“

René Gächter präsentiert den kolorierten Umbauplan für den Birkenhof, sodass auch die Personen, welche Ende 2007 nicht dabei waren, wissen, was geplant ist.

François Sandoz dankt für die Präsentation und bittet um Voten.

Hans Georg Leuenberger erklärt, er habe die Auskunft, dass der Birkenhof problemlos vermietet werden könne, damals auf seine telefonische Anfrage spontan von Herrn Bieri erhalten.

Peter Glaser fragt nach, ob für den Umbau ein Baugesuch gestellt werden müsse, denn falls ja, könne der geplante Termin nicht eingehalten werden.

François Sandoz verneint.

Alexander Geigy ist der Meinung, für die Vermietung des Birkenhofs hätte man ja nicht in Wohnzone umzonen müssen.

François Sandoz erwidert, es gäbe im Kanton Solothurn keine Bürozone.

Bruno Siegentaler möchte die detaillierten Kosten für den Umbau des Birkenhofs erfahren.

René Gächter zeigt die Zusammenstellung der Umbaukosten aufgeteilt nach Handwerkern.

Walter Ammann hinterfragt, ob diese Zahlen auch realistisch seien.

Thomas Kötter erklärt, die Kostenberechnung stamme aus dem Oktober 2005, alles sei sehr detailliert abgeklärt worden, und die ad hoc Kommission habe genügend Teuerung eingerechnet.

Adrian Busslinger bestätigt, er habe für alle Arbeiten genaue Offerten eingeholt, jedoch würden alle grösseren Posten nochmals ausgeschrieben.

Es wird über die beiden Anträge abgestimmt:

Antrag 1:

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, dem Umbau der Schulräume im Birkenhof und dem Umzug der Gemeindeverwaltung in die Räumlichkeiten des Birkenhofes zuzustimmen und hierfür einen Kredit von Fr. 270'000.-- zu genehmigen.

Der vorstehende Antrag 1 wird mit 72 Ja- und einer Neinstimme bei 6 Enthaltungen angenommen.

Antrag 2:

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, dem Abschluss des Mietvertrages bis längstens 31.12.2012 für den Werkhof in der Krone und den dadurch entstehenden Kosten von Fr. 12'000.-- /Jahr zuzustimmen.

Der vorstehende Antrag 2 wird mit 62 Ja- und einer Neinstimme bei 18 Enthaltungen angenommen.

16 011 **Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung**
Verschiedenes

Information über den Stand der Verhandlungen mit Hofstetten betr. Bauverwaltung

François Sandoz berichtet, das Gespräch mit Hofstetten sei eine Woche nach der letzten Gemeindeversammlung aufgenommen worden. Man habe sich erfreulicherweise auf einen neuen Verrechnungsmodus einigen können. Die Stunden, welche die Bauverwaltung für die Hofstetter Werke und ähnliches aufwende, würden zuerst abgezogen. Für die Arbeiten betreffend Bautätigkeit werde ein Sockelbeitrag von ca. Fr. 30'000.- bis 33'000.- vereinbart und die Stunden nach Aufwand verrechnet. Eine genaue Gesamtsumme könne er zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht nennen, diese werde auch je nach Bautätigkeit in Bättwil schwanken, sondern lediglich auf rund Fr. 80'000.- jährlich schätzen. Die neue Regelung werde bereits für 2008 angewendet werden.

François Sandoz lädt alle Einwohnerinnen und Einwohner zum **Banntag** am 1. Mai ein. Der Gemeinderat freue sich auf diesen Anlass, welcher von der Feuerwehr ohne Sold organisiert werde. Er hoffe auf schönes Wetter und darauf, dass alle kämen.

François Sandoz informiert, dass die **nächste Gemeindeversammlung** wegen des EM-Spiels vom 11. auf den 4. Juni vorgezogen wird. Diese ordentliche Gemeindeversammlung, an der über die Rechnung 2007 befunden werde, sei vermutlich die letzte GV im Gemeindegemeinschaftssaal Krone.

Doris Goldstein spricht die **Glassammelstelle** beim Coop an. Die ganze Welt entsorge dort ihr Glas, ob man die Sammelstelle nicht abschliessen und für die Berechtigten eine Art Stechkarte einführen könne.

Adrian Busslinger antwortet, man habe schon mehrfach mit Coop gesprochen, ein Abschliessen komme wegen der Rücknahme der PET-Flaschen nicht in Frage.

Monika Eggman berichtet, man habe die Einführung eines Badges schon während ihrer Amtszeit geprüft, das sei damals viel zu teuer gewesen.

Walter Brunner stellt fest, der Sammelplatz sei Eigentum von Coop, also habe dieser das Sagen. Ausserhalb der Öffnungszeiten sei das Tor ja geschlossen, dann würden die Leute das Glas einfach davor stellen.

François Sandoz sichert zu, der Gemeinderat werde dieses Thema aufnehmen.

Esther Biber fragt nach dem **Fancamp in Bättwil**, von welchem sie gelesen habe.

Bruno Fisch erklärt, es handle sich nicht um ein Fancamp, sondern um einen familienfreundlichen **Euro08-Event** auf dem Straussenhof in Bättwil. Er habe die notwendigen Bewilligungen eingeholt, müsse Auflagen bezüglich Brandschutz erfüllen und die Vorschriften der Lebensmittelkontrolle und der Polizei einhalten. Er rechne nicht mit Leuten von auswärts sondern mit Personen und Familien aus dem hinteren und vorderen Leimental. Ab morgen fänden OK-Sitzungen statt gemeinsam mit ProLeimental. Infos gäbe es demnächst auf www.baettwilwosonst.ch.

Karel van Wijk äussert seine Begeisterung über den Anlass. Auch lobt er die Fans der holländischen Nationalmannschaft; diese Fans seien – im Gegensatz zu den Fans von Clubmannschaften – keine Hooligans.

Peter Glaser erkundigt sich nach dem Vorgehen für die **Ersatzwahlen in den Gemeinderat**.

François Sandoz erklärt, die Liste der Zurückgetretenen sei aufgefordert, Nachrückende zu stellen. Könne sie das nicht, werde am eidgenössischen Wahlsonntag vom 28. September die Wahl durchgeführt. Sollte vorher eine stille Wahl möglich sein, könne am 28.9. der Gemeindepräsident gewählt werden. Wenn jedoch eine Gemeinderatswahl stattfinde, werde der Gemeindepräsident später gewählt.

Urs Stöcklin bezeichnet sich als älteren Bättwiler, der sich wieder einmal eine richtige Kampfwahl wünsche.

22. April 2008

René Gächter bedankt sich im Namen der adhoc Kommission für das Vertrauen und die **Anahme des Umbauprojekts**. Die ad hoc Kommission werde weiter dabei sein und danach streben, die genannten Kosten zu unterschreiten.

Hanspeter Isenschmid berichtet, zurzeit gehe es bei der Zusammenlegung der **Feuerwehren** um die Kosten. Das Magazin in Witterswil sei für eine K2-Feuerwehr ausgelegt.

Ruth Salathé spricht an, dass auch Witterswil finanzielle Probleme habe, und fragt sich, wie so nicht auch eine **Fusion der Gemeinden** geprüft werde.

Bruno Siegenthaler erinnert an den Auftrag zur Prüfung weiterer Möglichkeiten.

François Sandoz bestätigt, der Gemeinderat sei an entsprechenden Abklärungen.

Monika Eggman weiss zu berichten, dass unter den Dorfparteien im hinteren Leimental Abklärungen im Gange seien, wie es in Sachen Zusammenschlüsse aussehe.

Felix Buchmann war bei der letzten Gemeindeversammlung entsetzt über den gehässigen **Umgangston**. Er habe nie mehr an einer Versammlung teilnehmen wollen. Heute habe er sich überreden lassen und sei jetzt sehr erfreut darüber, dass man zusammen reden könne.

François Sandoz bedankt sich bei der Versammlung für den angenehmen Verlauf des Abends und dafür, dass die Gemeinde jetzt einen Schritt weiter sei. Mit guten Wünschen für den restlichen Abend schliesst er die Versammlung.

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollführerin:

F. Sandoz

Y. Kilcher

Protokoll der

3. ordentlichen Gemeindeversammlung

vom 4. Juni 2008

im Gemeindesaal Krone

Anwesend

48 Stimmberechtigte

Mitglieder Gemeinderat

François Sandoz, Gemeindepräsident ad interim
Dominique Bischoff, Gemeindevizepräsidentin ad interim
Adrian Busslinger
Hans Peter Isenschmid

Protokoll

Yvonne Kilcher

Gäste

Regula Steccanella, Gemeindeverwalterin
Nicole Künzi, Auszubildende
Daniel Dallio, Technischer Dienst
Herr G. D'Aversa (Schmidlin und Partner)
J. Kienzle (Rapp Infra)
P. Schönenberger

Presse

Frau B. Asper, BaZ
Herr Egglin, BZ

Abwesend

Dauer

19.30 – 23.15 Uhr

Traktanden

1. Wahl der Stimmzähler
2. Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 22.04.2008
3. Rechnung 2007
 - 3.1 Genehmigung Nachtragskredite 2007
 - 3.2 Genehmigung Rechnung 2007
4. Ergänzung DGO Ausformulierung § 42.3 gemäss Auftrag GV 20.02.2008
5. Teilrevision Gemeindeordnung
6. Genehmigung des neuen Vertrags zur Führung des Baubewilligungswesens der Gemeinden Bättwil und Hofstetten-Flüh
7. Sozialregion Dorneck – Genehmigung Zusammenarbeitsvertrag
8. Investitionskredit: Ersatz Wasserleitung Witterswilerstrasse Fr. 196'000.--
9. Stand Bearbeitung Motionen R. Haag betreffend Zusammenarbeit der Gemeinden
10. Orientierung Baulandumlegung Eichacker
11. Verschiedenes

Im Anschluss an die GV findet ein Apéro anlässlich der letzten GV im Kronensaal statt.

**17 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
Wahl der Stimmenzähler**

François Sandoz eröffnet die Gemeindeversammlung, begrüsst die Anwesenden zur Rechnungsgemeindeversammlung und gibt bekannt, dass am Ende der Versammlung ein kleiner Apéro zum Abschied vom Kronensaal serviert wird.

Er stellt die Mitglieder des Gemeinderates, die Gemeindeverwalterin und die Protokollführerin vor und begrüsst als Vertreter der Presse Frau Bea Asper von der BaZ und Herrn Eggin von der BZ sowie als Fachleute die Herren G. D'Aversa von Schmidlin & Partner und J. Kienzle von Rapp Infra sowie Herrn P. Schönenberger.

Auf François Sandoz Vorschlag hin wählt die Versammlung einstimmig folgende Stimmenzähler:

Robert Goldstein, linke Seite und Gemeinderatstisch,
Alfred Gschwind, rechte Seite.

Es werden 48 Stimmberechtigte gezählt

François Sandoz legt die vom Gemeinderat beantragte Änderung der Traktandenliste vor. Das Traktandum „Kredit Wasserleitung“ solle vorgezogen werden, damit die beiden Referenzen nicht zu lange beansprucht würden. Zudem müsse die Versammlung über ein zusätzliches Traktandum befinden. Er fragt nach, ob weitere Änderungen gewünscht seien.

1. Wahl der Stimmenzähler
2. Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 22. April 2008
3. Investitionskredit: Ersatz Wasserleitung Witterswilerstrasse Fr. 196'000.-- (statt T 8)
4. Rechnung 2007
- 4.1 Genehmigung Nachtragskredite 2007
- 4.2 Genehmigung Rechnung 2007
5. Ergänzung DGO Ausformulierung § 42.3 gemäss Auftrag GV 20.2.2008
6. Teilrevision Gemeindeordnung
7. Genehmigung des neuen Vertrags zur Führung des Baubewilligungswesens der Gemeinden Bättwil und Hofstetten-Flüh
8. Sozialregion Dorneck – Genehmigung Zusammenarbeitsvertrag
9. Stand Bearbeitung Motionen R. Haag betreffend Zusammenarbeit der Gemeinden
10. Orientierung Baulandumlegung Eichacker
11. Löschung Fusswegrecht GB 595 infolge Verkauf der Liegenschaft Krone (neu)
12. Verschiedenes

Die Änderung der Traktandenliste wird einstimmig bewilligt.

Der guten Ordnung halber hält François Sandoz noch fest, dass die Einladung zur Gemeindeversammlung rechtzeitig erfolgt ist.

**18 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom
22.04.2008**

Das Protokoll lag während der Schalterstunden bei der Gemeindeverwaltung zur Einsichtnahme auf oder konnte über das Internet unter www.baettwil.ch abgerufen werden.

Da aus der Runde keine Fragen zum Protokoll gestellt werden, schreitet François Sandoz zur Abstimmung.

Mit 37 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen wird das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 22. April 2008 genehmigt.

**19 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
Investitionskredit: Ersatz Wasserleitung Witterswilerstrasse
Fr. 196'000.--**

Die Gemeinde Bättwil wird durch den WHL mit Trinkwasser versorgt. Zur Verbesserung und Sicherstellung der Versorgung und der Reserven hat der WHL, mit der Umsetzung der gemeinsamen Steuerung und Bewirtschaftung, ein neues Versorgungskonzept für die Verbandsgemeinden erstellt. Demzufolge wird die Gemeinde Bättwil neu in zwei Zonen (Nieder- und Hochzone) aufgeteilt. Die Niederzone wird neu ab neuem WHL-Reservoir Witterswil versorgt. Die sich derzeit nicht in Betrieb befindliche marode Verbindungsleitung (110 m langes Teilstück von der Messkammer in der Witterswilerstrasse, an der Gemeindegrenze Bättwil/Witterswil, bis GB Parzelle Nr. 712) ist dafür zu erneuern. Die heutige Verbindungsleitung mit einem Durchmesser DN 100 genügt jedoch den Anforderungen für die Löschwasserversorgung nicht. Um diesen zu genügen sind in einer 1. Massnahme, durch den WHL, zusätzliche Löschwasserklappen aus der Hochzone einzubauen. Für eine langfristige Gewährleistung der Löschwasserversorgung ist gemäss GWP Bättwil und Witterswil vorgesehen, im Rahmen von anfallenden Sanierungsarbeiten, den gesamten Versorgungsstrang in der Witterswilerstrasse bis zum neuen WHL-Reservoir Witterswil auf einen Durchmesser DN 200 aufzuweiten. Die Löschwasserversorgung mittels Löschwasserklappen aus der Hochzone kann dann entfallen.

Die geschätzten Bruttokosten für den Ersatz der 110 m langen Wasserleitung in der Witterswilerstrasse belaufen sich auf Fr. 196'000.--. Die Gebäudeversicherung leistet Subventionen von ca. Fr. 17'000.-- (werden aufgrund des Alters der bestehenden Leitung berechnet), so dass mit Nettokosten von Fr. 179'000.-- gerechnet werden kann (Spezialfinanzierung Wasserkasse).

François Sandoz übergibt das Wort an die Ressortleiterin Dominique Bischoff.

Dominique Bischoff begrüsst Herrn G. D'Aversa von der Firma Schmidlin & Partner und Herrn J. Kienzle von der Firma Rapp Infra, die im Auftrag des Ingenieurbüros Vorburger den GWP für Bättwil ausgearbeitet hat.

Herr G. D'Aversa stellt sich als Planer des WHL vor. Er möchte der Versammlung die Vorhaben des WHL und die Konsequenzen für die Gemeinde Bättwil erläutern. Dazu legt er eine schematische Darstellung des WHL hinteres Leimental auf. Der WHL sei seit 1973 tätig und versorge die Gemeinden mit Wasser. Insbesondere seit dem Spitzenverbrauchsyear 2003 müsse besser geplant werden, um die Versorgung gewährleisten zu können. Er erklärt die einzelnen Zonen im hinteren Leimental und wie diese mit Wasser versorgt werden.

An das bestehende Reservoir in Witterswil sei in Regie des WHL ein neues Reservoir angebaut worden. Bisher sei Bättwil komplett von Reinach her über das Reservoir St. Annarain mit Wasser versorgt worden. Die neue Strategie gewährleiste in Zukunft, dass Bättwil nicht nur Wasser von der Transportleitung von Reinach beziehe sondern neu auch ab dem neuen Reservoir Witterswil.

Dies bedinge eine neue Ausrichtung der Verteilstruktur in Bättwil. Man fahre neu zweiseitig, 1. vom Reservoir Witterswil, 2. ab Reservoir Annarain. Das Ziel des WHL sei, dass die Zonen untereinander Wasser austauschen können.

Peter Biber möchte wissen, wann man an die Grenzen gestossen sei.

G. D'Aversa stellt fest, die Zielgrösse sei erreicht. Im Jahr 2003 mit dem Spitzenverbrauch und der extrem hohen Umsetzung seien am St. Annarain vermehrt Schäden aufgetreten, der

WHL habe deshalb nach Möglichkeiten suchen müssen, das Reservoir reparieren zu können. Eine Kammer werde stillgelegt. Ziel sei, Reservoir dort zu bauen, wo der Bedarf sei. Im 2003 sei man an die Grenzen des Betriebs gestossen, hätten doch lediglich noch Wasserreserven für zwei bis drei Stunden bestanden.

Alfred Gschwind weiss, dass die Witterswiler Quelle sehr gut ist und möchte erfahren, ob diese den ganzen Bedarf von Witterswil decken könne und eventuell sogar auch den Bedarf von Bättwil.

G. D'Aversa antwortet, die Spitzendeckung erfolge wie bisher ab Wasserwerk Reinach. Der WHL wolle jedoch sicherstellen, dass nicht unnötig teures Wasser von Reinach eingekauft und gleichzeitig Wasser aus der Quelle Witterswil in den Überlauf geleitet werde. Bisher habe Bättwil das Wasser grundsätzlich immer von Reinach und Flüh bezogen. Durch die neue Steuerung und Verteilmöglichkeiten sei schon viel erreicht, nun müsse man auch Schritt 3 tun.

Alexander Geigy erinnert an die Ablehnung anlässlich einer früheren Gemeindeversammlung und möchte nun wissen, was denn passiere, wenn wieder abgelehnt werde.

G. D'Aversa hält fest, in diesem Fall könne die Versorgungssicherheit von Bättwil nicht mehr gewährleistet werden. Die bisherige Situation – die Versorgung von Bättwil ab der Transportleitung über zwei Druckausgleichsventile – sei eine absolute Ausnahme. Der WHL habe das neue Konzept genehmigt, das Wasser werde an den vorgesehenen Punkten abgegeben, der Rest sei Sache der Gemeinde.

Er erinnert daran, dass auch Witterswil entgegengekommen sei, indem auf eigene Kosten eine Leitung für einen Ringschluss zum gemeinsamen Nutzen erstellt werde. Der ganze Ablauf sei dann logisch, das Wassernetz im Einklang.

Doris Goldstein möchte wissen, ob Wasser sparen noch ein Thema sei.

G. D'Aversa erachtet dies als persönliche Sache, ökologisch gesehen sei es angebracht, von den Anlagen her bringe es jedoch keinen Nutzen.

Alexander Geigy fragt nach, ob das Wasser in Spitzenzeiten nach wie vor vom WW Reinach komme.

G. D'Aversa erwidert, die Bauten des WHL seien so oder so bereits erstellt. Der Preis des WHL richte sich nach Spitzenverbrauch und bezogener Menge. Versorgungssicherheit und die Umsetzung des GWP sowie die Löschwasserreserve seien nun wichtig. Bättwil müsse seinen Teil nun auch beitragen und den GWP umsetzen.

Yvonne Kilcher erinnert an die vielen Voten an den letzten Gemeindeversammlungen in Richtung Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit. Genau bei solchen Sachen könne man jetzt regionales Denken umsetzen, anstatt sich ins Offside zu stellen.

Jörg Schermesser empfand die Erörterung der Sachlage durch Herrn Vorburger das letzte Mal als unklar. Man habe nicht gewusst, ob das wirklich eine Notwendigkeit sei.

G. D'Aversa sagt, er sei damals nicht dabei gewesen, und erklärt nochmals die Sachlage in Bezug auf das Löschwasser und die Reserven. Heute beziehe man das Wasser aus einer Leitung. Wenn die Leitung von Reinach einen Schaden habe oder sonst ein Problem auftauche, werde die Lage äusserst problematisch.

Es werde nicht nur regional sondern auch in den grossen Verbunden zusammengearbeitet, um Kosten zu optimieren und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Urs Bussmann möchte wissen, wie sich der Preis von 1800 Franken pro Meter zusammensetzt.

G. D'Aversa übergibt das Wort an Herrn J. Kienzle.

J. Kienzle stellt sich als Vertreter der Rapp Infra vor, welche in Zusammenarbeit mit dem Büro Vorburger am GWP Bättwil und Witterswil arbeite. Er legt eine Folie mit dem Bättwiler Wassernetz auf und zeigt die marode, stillgelegte Verbindungsleitung nach Witterswil. Es handle sich um 110 m Leitung, welche reaktiviert werden müsse. Man habe Berechnungen vorgenommen, ob der aktuelle Durchmesser für den Spitzen- und den Löschwasserverbrauch ausreichend sei. Zudem gelte es, Richtlinien und Normen des Amtes für Umwelt und der Gebäudeversicherung zu erfüllen. Ringschluss bedeute immer auch Versorgungssicherheit. Der neue Durchmesser müsse 200 mm betragen.

Gemäss Peter Biber sei man einfach aus bekannten Gründen sensibilisiert. So wie er zugehört habe, sei das also kein Darf sondern ein Muss. Er fragt sich, wann weitere Kosten auf unsere Gemeinde zukommen. Zum Glück seien jetzt nicht so viele Leute anwesend, man solle die Diskussion jetzt abbrechen und zur Abstimmung kommen.

G. D'Aversa nennt als Lebensdauer 50 Jahre bei alten Leitungen, 80 Jahre bei neueren Leitungen.

Immer, wenn man Leitungsstücke ersetzen müsse, werde der neue Durchmesser genommen. Die bestehende Leitung in der Witterswilerstrasse könne auch noch 25 Jahre und mehr halten. Der neue Durchmesser werde immer dann genommen, wenn Leitungsstücke so oder so ersetzt werden müssen.

Dominique Bischoff ergänzt, der lange, nicht betroffene Teil der Leitung in der Witterswilerstrasse sei erst ca. 10 Jahre alt. Man werde den Durchmesser immer dann ändern, wenn sowieso etwas zu reparieren sei.

Urs Bussmann möchte doch noch wissen, wie sich der Preis von 1800 Franken pro Meter rechne.

J. Kienzle gibt an, dabei handle es sich um Erfahrungswerte für Hauptstrassen, der Preis pro Laufmeter sei auch wegen der Verkehrsführung etwas höher.

Dominique Bischoff erklärt die Differenz zum Preis von 220'000 Franken bei der letzten und 196'000 Franken bei der jetzigen Vorlage dadurch, dass die Erdarbeiten günstiger geworden seien.

Georg Imper fragt nach dem Baubeginn und der Dauer der Arbeiten.

J. Kienzle schätzt die Bauzeit auf zwei Monate, begonnen werde im Laufe der 2. Jahreshälfte.

G. D'Aversa ergänzt, das neue Reservoir Witterswil werde Ende Juli 2008 in Betrieb genommen, St. Annarein auf Ende 2008 stillgelegt.

Es wird abgestimmt.

Der Investitionskredit von Fr. 196'000.- für den Ersatz Wasserleitung Witterswilerstrasse (110 m langes Teilstück von der Messkammer in der Witterswilerstrasse, an der Gemeindegrenze Bättwil/Witterswil, bis GB Parzelle Nr. 712) wird mit 43 Ja- und 3 Neinstimmen bewilligt.

Dominique Bischoff dankt den Herren D'Aversa und Kienzle für ihre Ausführungen und verabschiedet sie.

**20 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
Rechnung 2007**

Die Rechnung 2007 der Einwohnergemeinde Bättwil konnte bei der Gemeindverwaltung bezogen bzw. eingesehen werden und lag am Eingang des Saals auf.

François Sandoz zeigt mit einer Power Point Präsentation die Sicht des Gemeinderates zur finanziellen Lage und die Finanzaussichten der Gemeinde auf.

Er nennt als Gründe für den höher als budgetierten ausgefallenen Aufwandüberschuss den Praxiswechsel bei der Abschreibungsmethode (auf die Brutto- statt auf die Nettoinvestitionen) wie bereits bei der Budget-Versammlung 2008 mitgeteilt und gemäss dringender Empfehlung des Kantons (Fr. 309'000.-) sowie Steuermindereinnahmen (Fr. 140'000.-).

Die Nettoinvestitionskosten seien aufgrund von Mindereinnahmen aus Anschlussgebühren (ca. Fr. 154'000.-) und nicht budgetierten Kosten für die Renaturierung des Haugrabenbachs (ca. Fr. 133'000) so wie für die Güterregulierung und den Deckbelag Brunnacker (ca. Fr. 89'000.-) höher als budgetiert ausgefallen.

Der Bilanzfehlbetrag per Ende 07 betrage Fr. 671'682.67.

Die Summe der Kreditüberschreitungen bei den nicht budgetierten Ausgaben übersteige wegen der zusätzlichen Abschreibungen in den Spezialfinanzierungen (Wasser, Abwasser) die Kompetenzgrenze des Gemeinderates.

Aufgrund der höheren Zinsen für langfristige Schulden liege die Summe der Kreditüberschreitungen auch bei den budgetierten Ausgaben über der Kompetenzgrenze des Gemeinderates.

Generell lägen die Nettokosten pro Bereich gut im Rahmen der Budgetvorgaben. Insbesondere seien die Kosten im Bildungsbereich eingehalten worden (Schulkreis, OZL, Musikschule).

Der resultierende Aufwandüberschuss liege somit etwas tiefer als im Dezember 07 befürchtet.

Bei den Finanzaussichten nennt François Sandoz als wichtigen Punkt die Erfüllung der Vorgaben des Kantons bezüglich Abschreibungen, Verzinsung des Vermögens bei den Spezialfinanzierungen sowie die Abtragung des Bilanzfehlbetrags.

Besondere Beachtung solle auch der Einhaltung des Budgets geschenkt werden, indem Spar- und Optimierungsmöglichkeiten ausgeschöpft, die Budgetierung verbessert und Controlling einführt, resp. verbessert würden.

Zudem sollten Abläufe und Transparenz im Finanzbereich verbessert werden. Dies könne man durch die Umsetzung der Empfehlungen der RPK und die Einsetzung einer ständigen Finanzkommission erreichen.

François Sandoz beendet seine Einleitung zum „Kampf mit den Zahlen“ und ergänzt um eine aktuelle Information. Heute sei ein Brief des Amtes für Gemeinden zur Rechnung 2006 eingetroffen. Das Amt erachte das Finanzvermögen als zu hoch bewertet und empfehle einen zusätzlichen Abschreiber von ca. 62'000 Franken. Die Rechnungsprüfungskommission sei jedoch nicht derselben Ansicht.

François Sandoz übergibt das Wort an Carlo Andreatta, Präsident der RPK, für den Bericht der Rechnungsprüfungskommission.

Carlo Andreatta verliest den Bericht der Rechnungsprüfungskommission vom 8. Mai 2008 über die Rechnung 2007:

*„Die Rechnungsprüfungskommission hat die auf den 31. Dezember 2007 abgeschlossene Rechnung geprüft und festgestellt, dass **die Buchführung und die Jahresrechnung** den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen.*

Die Rechnungsprüfungskommission beantragt dem Gemeinderat zuhanden der Gemeindeversammlung, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Ferner halten wir fest, dass die Bestandesrechnung erstmals eine Überschuldung von CHF 671'682.67 ausweist. Jedoch wird diese durch die bestehenden stillen Reserven im Gemeindehaus und Restaurant Krone von CHF 720'000 relativiert.“

Thomas Kötter möchte keine Euphorie aufkommen lassen. Den Sondergewinn durch Auslösung der stillen Reserve aus der Krone hätten wir nur einmal und 270'000 Franken würden schon für den Umzug der Verwaltung gebraucht.

Auch dürfe man die Abschreibungen nicht als aussergewöhnlich hoch bezeichnen, diese seien jetzt, im 2007, erstmals richtig.

Urs Bussmann fragt nach, ob es einen Zeitplan zur Umsetzung der Empfehlungen der RPK gäbe.

Carlo Andreatta teilt mit, eine Sitzung mit dem Gemeinderat werde in 10 Tagen abgehalten.

François Sandoz ergänzt, die empfohlenen Massnahmen sollen so schnell und so gut wie möglich umgesetzt werden. Der Finanzplan werde spätestens mit dem Budget 2009 weitergeführt, erste Empfehlungen würden ebenfalls umgesetzt.

Carlo Andreatta hat sich gefreut, dass der Gemeinderat den Schwerpunkt der RPK, das Controlling, bereits auf den Folien hatte.

Für die Details der Rechnung 2007 erteilt François Sandoz Regula Steccanella das Wort.

Regula Steccanella legt als erstes die Investitions- und Verpflichtungskredite vor mit Nettoinvestitionen von Fr. 790'196.40.

Thomas Kötter dankt für die Zusammenstellung, interessant sei die hinterste Kolonne (2008). In Zukunft solle vermehrt darauf geachtet werden, alle Ausgaben im Investitionsplan richtig zu planen.

François Sandoz pflichtet bei, die Qualität und Präzision müsse besser werden, auch damit man in Bezug auf die Liquidität nicht falsch plane.

Thomas Kötter erkundigt sich, ob man schon wisse, mit wie viel diese OZL-Geschichte (Anbau aus den 90er-Jahren) letztlich zu Buche schlage.

Regula Steccanella gibt an, diese Kosten liefen bis ca. 2018 und würden per Schüler- und EW-Zahl erhoben.

François Sandoz weiss auch nicht viel darüber, es werde umgehend geprüft, was da los sei.

Thomas Kötter bittet darum, diesen Posten das nächstes Mal als Nachtragskredit genehmigen zu lassen, was François Sandoz so entgegen nimmt und notiert.

Regula Steccanella verliest, jeweils mit einer Gedankenpause für allfällige Fragen, die einzelnen Kostenstellen der laufenden Rechnung.

Allgemeine Verwaltung:

Thomas Kötter möchte wissen, warum bei der Bauverwaltung der Kantonsbeitrag von Fr. 7000.- fehle.

Regula Steccanella räumt ein, dies sei ein Fehler bei der Budgetierung gewesen, die Gemeinde habe den Beitrag nur während der ersten drei Jahre zu gut gehabt.

Thomas Kötter ist erstaunt über die wenigen Einnahmen aus Gebühren für Baubewilligungen und fragt nach, ob wir einfach auf die rund 50'000 Franken verzichten würden, welche wir zuviel an Hofstetten bezahlt hätten.

François Sandoz erinnert daran, dass die Gemeindeversammlung damals explizit keine Rückforderung von zuviel bezahlten Beiträgen gewollt habe.

Bildung:

Thomas Kötter fragt nach, ob sich bezüglich Kantonsbeitrag an die Besoldung noch etwas ergeben habe.

Regula Steccanella antwortet, es seien noch rund 3% der Besoldungsbeiträge ausstehend, was ca. 16'000 Franken entspreche. Sie sei daran, das abzuklären.

Soziale Wohlfahrt:

Pierre Dieziker möchte wissen, wieso im Vergleich zum Vorjahr so grosse Sprünge vorkämen.

Laut Regula Steccanella musste auch anders budgetiert werden als im Vorjahr. Die Sozialhilfeleistungen liefen nun über den Sozialausgleich.

Thomas Kötter vermutet, der Lastenausgleich vom Kanton könne noch ausstehend sein. Man müsse dies nächstes Jahr nochmals anschauen.

Verkehr:

Thomas Kötter erkundigt sich nach der Richtigkeit der Beiträge gemäss ÖV-Gesetz, diese erschienen ihm sehr niedrig.

Regula Steccanella bejaht, es sei zuviel budgetiert gewesen, die Beiträge seien rückläufig.

Raumordnung, Wasserversorgung:

Regula Steccanella ergänzt, es habe einen Sonderabschreiber auf der Beteiligung am WHL in Höhe von 240'000 Franken gegeben, die Korrektur sei direkt über die Bestandesrechnung erfolgt.

Regula Steccanella hält fest, die Rechnung weise einen Verlust von **Fr. 844'986.73** aus.

Dieter Kury erkundigt sich, wieso der Aufwand bei Finanzen und Steuern so viel höher als budgetiert sei.

Carlo Andreatta beantwortet die Frage zur Zufriedenheit von Dieter Kury. Er erläutert den Mehraufwand damit, dass der Aufwandüberschuss (Verlust) der Gesamtrechnung auf der Ertragsseite verbucht sei.

Urs Bussmann möchte wissen, wieso die Grundstückgewinnsteuern zu hoch budgetiert worden sind.

Regula Steccanella erklärt, es seien weniger Häuser verkauft worden, als man geschätzt habe, zum Beispiel noch kaum eines der Häuser im Rösliarten.

Hans Georg Leuenberger fragt nach, wie der Verlust von Franken 844'986.73 finanziert werde.

Regula Steccanella gibt an, es sei ein kurzfristiges Darlehen von 500'000 Franken aufgenommen worden, weil die liquiden Mittel ausgegangen seien.

François Sandoz ergänzt, man möchte auf Rat der FiKo ohne kurzfristige Kredite operieren.

Thomas Kötter führt aus, der Finanzplan sei ja erstellt und die Abschreibungen jetzt korrekt. Dabei handle es sich auch nicht um Geld, das ausgegeben werden müsse. Für das nächste Budget könne man mit dem Steuersatz von 130% rechnen.

Genehmigung der Nachtragskredite 2007

Regula Steccanella legt die Nachtragskredite wie folgt vor:

Laufende Rechnung

Budgetkreditüberschreitungen von mehr als Fr. 3'000.-- und kleiner als Fr. 50'000.-- pro Konto. Genehmigung durch den Gemeinderat.

Konto	Bezeichnung	Rechnung 07	Budget 07	Kreditüberschreitung
011.310.00	Wahlmaterial Drucksachen	8'455.70	4'000.00	4'455.70
011.318.00	Beratung RPK	24'494.60	0.00	24'494.60
012.300.01	Sitzungs- u. Taggelder	35'590.20	30'000.00	5'590.20
1140.301.00	Sold Feuerwehr	37'226.90	30'000.00	7'226.90
140.311.00	Maschinen u. Geräte FW	22'150.10	0.00	22'150.10
140.313.01	Alarmeinsätze FW	5'487.60	0.00	5'487.60
140.315.02	Unterhalt Atemschutz	6'580.75	3'500.00	3'080.75
500.361.00	Beitrag an Kanton EL	149'678.60	143'600.00	6'078.60
540.365.02	Jugendberatung sol. Leim.	5'470.00	0.00	5'470.00
620.312.01	Unterh.Strassenbeleucht.	9'694.90	4'000.00	5'694.90
701.364.00	WHL AG	126'772.20	120'000.00	6'772.20
750.314.00	Unterhalt Bach + Steg	3'131.15	0.00	3'131.15
* 790.318.01	BLU Eichacker	17'151.50	0.00	17'151.50
900.330.00	Absch.Debitorenverl.	37'615.20	30'000.00	7'615.20
Total Budgetkreditüberschreitungen grösser als Fr. 3'000.--				124'399.40

* Wird den Grundeigentümern wieder in Rechnung gestellt

Budgetkreditüberschreitungen von mehr als Fr. 50'000.-- pro Konto.**Genehmigung durch die Gemeindeversammlung.**

Konto	Bezeichnung	Rechnung 07	Budget 07	Kreditüberschreitung
701.331.00	VV ordentl. Abschr.	45'000.00	0.00	45'000.00
711.331.01	VV ordentl. Abschr.	26'000.00	0.00	26'000.00
990.331.00	Ord. Abschreibungen	316'816.00	200'000.00	116'816.00
990.332.00	VV zus. Abschreibungen	192'184.00	0.00	192'184.00
900.322.00	Zinsen langfr. Schulden	176'613.18	150'000.00	26'613.18
Total Budgetkreditüberschreitungen grösser als Fr. 50'000.--				406'613.18

Begründung:

Die Abschreibungen sind so markant gestiegen, da der Gemeinderat dem Entscheid der GV gefolgt ist und künftig 8 % Abschreibungen auf dem Bruttoverwaltungsvermögen abschreibt und nicht mehr auf dem Nettoverwaltungsvermögen

Thomas Kötter möchte, dass auch die Abschreibungen, welche man jetzt vornimmt, sowie die langfristigen Zinsen als Nachtragskredite genehmigt werden.

Die Versammlung genehmigt vorstehende Nachtragskredite 2007 mit 40 Jastimmen, einer Neinstimme und zwei Enthaltungen.

Genehmigung der Rechnung 2007

Der Gemeinderat beantragt die Genehmigung der Rechnung 2007 wie folgt:

Laufende Rechnung

Aufwand	Fr. 5'519'208.62
Ertrag	Fr. 6'364'195.35
Aufwandüberschuss	Fr. 844'986.73

Investitionsrechnung

Ausgaben	Fr. 851'323.45
Einnahmen	Fr. 65'263.25
Nettoinvestitionen	Fr. 790'169.40

Die Gemeindeversammlung genehmigt die Rechnung 2007 mit 42 Jastimmen, 2 Neinstimmen und einer Enthaltung.

**21 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
Teilrevision DGO**

Anlässlich der Gemeindeversammlung vom 20.02.2008 wurde der Gemeinderat beauftragt, unter § 42 folgende Ergänzung einfließen zu lassen und anlässlich der nächsten GV den Wortlaut genehmigen zu lassen:

Neu § 42

3. Der Gemeinderat verpflichtet sich, die Stellenprozente und die Gehaltsstrukturen periodisch zu überprüfen.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, die oben genannten Ergänzungen zur DGO per 1. Januar 2009 gutzuheissen.

Urs Bussmann: beantragt die Ergänzung des Satzes wie folgt: „... zu überprüfen und umzusetzen.“ sonst passiere nach der Überprüfung nichts.

Nach kurzer Diskussion schlägt François Sandoz die stilistisch bessere Formulierung „... und wenn nötig anzupassen.“ vor, worauf Urs Bussmann seinen Antrag zurückzieht.

§ 42 Punkt 3. besagt also:

Der Gemeinderat verpflichtet sich, die Stellenprozente und die Gehaltsstrukturen periodisch zu überprüfen und wenn nötig anzupassen.

Die Ergänzung der DGO um § 42 3. wird von der Gemeindeversammlung einstimmig angenommen.

**22 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
Teilrevision Gemeindeordnung**

Folgende Punkte unterliegen der Teilrevision:

3.2.1.6. (§ 54 GG) Urnenwahl

b) der Vizepräsident oder die Vizepräsidentin des Gemeinderats werden nicht mehr an der Urne gewählt.

3.2.3.2. (§ 72 GG) Ressortsystem

2 Der Vizepräsident oder die Vizepräsidentin werden durch den Gemeinderat innerhalb des Rates gewählt.

4.1 (§§ 99 ff GG) Art und Zahl

1. Die Bau- und Werkkommission heisst neu Werkkommission und zählt 3 Mitglieder und 1 Ersatzmitglied.

7. Die Primarschulkommission Witterswil-Bättwil heisst neu Fachkommission Bildung und zählt zwei Mitglieder und 1 Ersatzmitglied.

13. Die Planungskommission wird infolge keinem Bedarf aufgehoben.

14. Die Finanzkommission wird eingesetzt und zählt 3 Mitglieder und 1 Ersatzmitglied plus den Ressortverantwortlichen Finanzen des Gemeinderats und den Finanzverwalter/in.

4.2.1 Die bisherigen Aufgaben der Bau- und Werkkommission gelten synonym der Werkkommission.

§ 29.1 Planungskommission – gelöscht

4.2.5. Kindergartenkommission – Die Kindergartenkommission wurde in die PSK integriert nun Fachkommission Bildung

4.2.7. Die PSK heisst neu Fachkommission Bildung.

§ 35

1. Die Fachkommission besteht aus Mitgliedern von Witterswil und Bättwil gemäss Schulabkommen des Schulkreises Witterswil-Bättwil.

2. Die Fachkommission Witterswil-Bättwil berät die Schulleitung und die Gemeinderäte Ressort Bildung in Bezug auf Schulbetriebentwicklung. Sie kann auch für die Bearbeitung von Fragen oder Ausarbeitung von Konzepten im Schulbereich eingesetzt werden.

4.2.12. Wasser- / Abwasserkommission

Die Aufgaben der Wasser- / Abwasserkommission gelten synonym für die Werkkommission.

4.2.13. Zivilschutzkommission Witterswil-Bättwil

Die Zivilschutzorganisation wurde in den Zsol (Zivilschutzorganisation Leimental) integriert.

4.2.14 Finanzkommission

Die Aufgaben der Finanzkommission sind in einem Pflichtenheft zu umschreiben.

6.5. (§ 56 a GG und §§ 1, 13, 14 und 30 SubG) öffentliche Beschaffung

(Submissionsreglement)

§ 50 a Grundsatz

1 Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen richtet sich nach der kantonalen Submissionsgesetzgebung (SubG und SubV).

§ 50 b Organisation

- 1 Das Vergabeverfahren für öffentliche Aufträge der Gemeinde wird von der in der Sache zuständigen Kommission durchgeführt.
- 2 Zum Erlass von Verfügungen der Gemeinde ist, unter Vorbehalt von Absatz 3, die in der Sache zuständige Kommission zuständig.

3 Zum Erteilung des Zuschlages sind zuständig:

- a) Für Aufträge bis zu 100'000 Franken: die in der Sache zuständige Kommission,
- b) für alle anderen Aufträge: der Gemeinderat

§ 50 c Festlegung der Schwellenwerte

- 1 Es gelten die kantonalen Schwellenwerte gemäss SubG.

§ 50 d Aufhebung bisherigen Rechts

- 1 Mit Inkrafttreten dieser Regelung sind alle bisherigen Bestimmungen zur öffentlichen Beschaffung der Gemeinde aufgehoben.

7. (§ 164 ff GG) Zusammenarbeit der Gemeinden

- § 51 2 a) Zweckverband Kreisschule Leimental (KSL) heisst neu Oberstufenzentrum (OZL)

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, die Teilrevision der Gemeindeordnung per 1. Januar 2009 gutzuheissen.

François Sandoz führt aus, die Änderungen seien in der Einladung publiziert worden, er verzichte darauf, diese hier nochmals vorzulesen, möchte aber einige Punkte erläutern.

Die Finanzkommission solle aus drei Mitgliedern, einem Ersatzmitglied, dem Gemeinderat Ressort Finanzen und dem/der Finanzverwalter/In bestehen.

Hauptpunkt der Teilrevision der Gemeindeordnung sei die Anpassung aller Bezeichnungen und Namen an die aktuellen Gegebenheiten.

Ausserdem werde, nach einem Vorschlag des Amtes für Gemeinden, der Vizepräsident des Gemeinderates nicht mehr an der Urne gewählt.

Hans Georg Leuenberger beantragt, dass der/die Finanzverwalter/In nur mit beratender Stimme Mitglied der Finanzkommission sein solle.

François Sandoz wendet ein, die stimmberechtigte Mitgliedschaft in Gemeindekommissionen sei so oder so den Stimmbürgern vorbehalten, was im jetzigen Fall ja nicht gegeben sei.

Robert Goldstein fragt, wie lange eine ad hoc Kommission im Amt sei, dies wegen seines persönlichen Engagements in der ad hoc Kommission Gemeindebauten. Er hoffe doch, das sei nicht lebenslänglich.

François Sandoz erklärt, die Tätigkeit der ad hoc Kommission ende spätestens beim Umzug der Verwaltung, für den Umzug sei eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden.

Der Antrag Leuenberger, dass der/die Finanzverwalter/In nur mit beratender Stimme Mitglied der Finanzkommission sein solle, wird von der Gemeindeversammlung mit 39 Jastimmen, 1 Neinstimme und 6 Enthaltung angenommen.

Die Teilrevision der Gemeindeordnung wird mit 45 Jastimmen gutgeheissen.

4. Juni 2008

Unter Traktandum 12 Verschiedenes korrigiert François Sandoz das Datum der Einführung der Änderungen auf den 1. Juli 2008, auf den Einladungen sei der Antrag versehentlich mit dem 1.1.2009 als Stichtag formuliert gewesen.

Es wird darüber abgestimmt.

Einstimmig genehmigt die Gemeindeversammlung mit Wirkung per 1. Juli 2008 die Teilrevision der Gemeindeordnung.

**23 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
Genehmigung des neuen Vertrags zur Führung des Baubewilligungswesens der Gemeinden Bättwil und Hofstetten-Flüh**

Das neue Vertragswerk konnte bei der Gemeindeverwaltung bezogen werden.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, das neue Vertragswerk rückwirkend per 1.1.2008 zu genehmigen

François Sandoz präsentiert die Eckdaten der neuen Vereinbarung mit Hofstetten-Flüh.

- Der Umfang der übertragenen Leistungen bleibt unverändert.
- Die Kostenbeteiligung von Bättwil wird rückwirkend per 1.01.08 wie folgt geregelt:
 - Sockelbetrag über 50% der reinen Bauwesenkosten aufgeteilt anhand Einwohnerzahl (ca. CHF 31'000.- / Jahr)
 - Übrige Kosten aufgeteilt nach tatsächlichem Stundenaufwand pro Gemeinde nach Stundenansätzen (2007 hätten sich nach dieser Berechnungsmethode Kosten von ca. CHF 24'000.- ergeben).
- Jährliche Kündigung beidseitig möglich
- Veränderungen von Struktur und Aufgaben (sofern diese für Bättwil Kostenfolgen hätten) müssen beide Gemeinden zustimmen.
- Genehmigung unter Vorbehalt, dass Hofstetten-Flüh der aufliegenden Vereinbarung zustimmt

Thomas Kötter findet den Vertrag in dieser Form sehr gut, möchte aber im Sinne einer Anregung fragen, ob 2007 nicht doch etwas viele Stunden für die paar Gartenhäuschen angefallen seien.

François Sandoz präzisiert, die Stunden 2007 seien lediglich nachträglich geschätzt worden, ab 2008 werde überprüfbar abgerechnet.

Mit dem Vorbehalt, dass auch Hofstetten-Flüh dem neuen Vertrag zustimmt, genehmigt die Gemeindeversammlung den neuen Vertrag zur Führung des Baubewilligungswesens der Gemeinden Bättwil und Hofstetten-Flüh rückwirkend per 1. Januar 2008 mit 46 Ja-Stimmen.

**24 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
Sozialregion Dorneck – Genehmigung Zusammenarbeitsvertrag**

Ausgangslage

Das neue Sozialgesetz des Kantons Solothurn verlangt die Bildung von Sozialregionen mit mindestens 12'000 Einwohnern oder einem Stellenetat von mindestens 250 Stellenprozenten. Werden diese Anforderungen nicht erfüllt, erhält die entsprechende Gemeinde resp. Region keine Subventionen mehr für die Erbringung der öffentlichen Sozialhilfe. Damit soll eine generelle Professionalisierung des Sozialwesens erreicht werden.

Die im Hinteren Leimental bereits existierende Sozialhilfeorganisation SOSOL ist zwar professionell geführt, erfüllt jedoch die oben erwähnten Kriterien leider nicht. Trotz intensiver Bemühungen seitens der SOSOL Gemeinden konnte beim RR keine Ausnahmeregelung für unsere Lösung erreicht werden. Somit wurde beschlossen, zusammen mit den anderen Gemeinden im Dorneck eine gemeinsame Lösung auszuarbeiten.

Modell Sozialregion

Eine Arbeitsgruppe hat ein entsprechendes Modell erarbeitet, welches anlässlich der Ammännerkonferenzen diskutiert und bereinigt wurde. Dieses Modell sieht vor, die Sozialregion Dorneck auf Basis eines Zusammenarbeitsvertrages mit Dornach als Leitgemeinde per 1.01.2009 zu bilden.

Der vorliegende Zusammenarbeitsvertrag wurde von allen Gemeinden im Dorneck durch den GR genehmigt und muss nun durch die GV bestätigt werden.

Im Vertrag ist vorgesehen, dass für unsere Region (Hinteres Leimental) eine ständige Aussenstelle (aus dem SOSOL) beibehalten wird. Organisatorisch wird jedoch diese Aussenstelle vollständig in die Region integriert. Die Sozialregion wird operativ durch den Vorsteher des Sozialdienstes geführt. Sitz der Sozialregion ist Dornach.

Anstelle der bisherigen Sozialkommissionen der Gemeinden soll ein Leitungsorgan, bestehend aus einem Mitglied pro Gemeinde, mit Ausnahme von Dornach mit 5 Mitgliedern, gebildet werden. Das Leitungsorgan entscheidet über Finanzplan, Rechnung, Budget, usw. und ist für die allgemeine Geschäftsführung zuständig. Aus dem Leitungsorgan werden drei Subkommission gebildet um die Fälle zu behandeln (1x Hinteres Leimental, 1x Dorneckberg, 1x Dornach). Die demokratische Kontrolle (Aufsicht) der Organisation (z.B. Budgetgenehmigen usw. obliegt der Leitgemeinde.

Kosten

Anhand der aktuellen Fallzahlen, sind für die Sozialregion ca. 700 Stellenprozente vorgesehen. Ein verbindliches Budget steht noch nicht fest. Man kann aber davon ausgehen, dass die Kosten für die Erbringung der öffentlichen Sozialhilfe in der neuen Struktur leicht höher, bestenfalls etwa gleich sein werden wie bisher mit dem SOSOL.

Deutlich schlechter sieht die Situation im Bezug auf die Subventionen durch den Kanton resp. auf den Lastenausgleich aus. Gemäss RR Beschluss sollen Ansätze pro Einwohner (Einzahlung in den Lastenausgleich) und pro Fälle (Subvention / Abgeltung der Aufwendungen) zur Anwendung kommen, welche die Regionen mit wenig Sozialfällen deutlich belastet. Bleiben die vorgesehenen Ansätze unverändert, ist für die Sozialregion Dorneck mit einer Nettomehrbelastung von ca. Fr. 550'000.- zu rechnen.

Für Bättwil ergeben sich somit Gesamtkosten von ca. Fr. 100'000.- oder ca. Fr. 60'000.- Mehraufwand.

Antrag

Die erarbeitete Lösung begünstigt nicht Dornach auf Kosten der kleinen Gemeinden. Diese haben zudem eine Möglichkeit, auf die Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Die Anliegen und Interessen des Hinteren Leimentals wurden soweit möglich berücksichtigt. Die erarbeitete Lösung ist breit abgestützt und es besteht dringender Handlungsbedarf, da die neue Sozialregion am 1.01.09 operativ sein sollte. Eine valable Alternative besteht heute nicht. Ein Alleingang der Gemeinde oder des SOSOL ist finanziell nicht tragbar.

Weiteres Vorgehen

- Budgetierung 2009 auf Basis Sozialregion
- Aufbau Sozialregion und Umsetzung Vertrag bis Ende 08
- Operativer Betrieb ab 1.01.09

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, den Zusammenarbeitsvertrag der Sozialregion Dorneck per 1.1.2009 zu genehmigen.

François Sandoz präsentiert die Kernpunkte der „Ammännersache“ Sozialregion wie folgt:

- Sozialregion muss mind. 12'000 EW haben, um künftig noch Subventionen zu erhalten.
- Eine Sozialregion Dorneck erfüllt die Kantonsvorgaben. Der SOSOL wird in die Sozialregion integriert und bleibt als Aussenstelle im Leimental erhalten.
- Die Sozialregion wird auf Basis eines Zusammenarbeitsvertrages mit Leitgemeinde (Dornach) geschaffen.
- Ausgearbeitet ist zurzeit nur der Zusammenarbeitsvertrag.
- Organisation, Ressourcen, Infrastrukturen und Budget werden erst nach der Zustimmung durch die Gemeinden ausgearbeitet. Es liegen Kostenschätzungen vor.
- Der vom RR beschlossene Lastenausgleich führt zu einer markanten Kostenerhöhung.
- Die neue Sozialregion soll ab dem 1.1.09 operativ werden.

Georg Imper stellt fest, der Kanton schiebe vermehrt Sachen auf die Gemeinden, die übernommen werden müssten, ohne dass man etwas dazu sagen könne. Der Kanton reduziere die Steuern, aber die Gemeinden müssten mehr Lasten übernehmen. Ähnlich wie bei Fusionen, sollten durch so eine Zusammenarbeit doch Einsparungen möglich sein.

François Sandoz entgegnet, das sei tatsächlich ein Widerspruch in sich, die Gemeinden hätten keinen Einfluss darauf. Zweieinhalb Personen könnten gut ohne Chef arbeiten, 9 Personen bräuchten jedoch einen Chef, und der koste – wie man wisse – mehr. Eventuell könne man den Aufwand für die Auszahlungen verringern, da diese über Dornach laufen würden. In der Sozialregion werde versucht, schlank zu starten.

Hans Georg Leuenberger ist der Meinung, das funktioniere so lange, wie alle mitmachen würden, er möchte wissen, was passiere, wenn nicht alle 11 Gemeinden mitmachen würden.

François Sandoz antwortet, der Vertrag komme nur zustande, wenn alle 11 Gemeinden dabei seien. Mindestvertragsdauer bis 2011. Später sei eine Kündigung 12 Monate im Voraus möglich. Wer nicht dabei sei, erhalte nichts aus dem Lastenausgleich.

Urs Bussmann fragt nach der Stimmung bei den anderen Ammännern.

François Sandoz berichtet, man habe zusammen beim Regierungsrat vorgesprochen, jedoch eine Abfuhr erhalten. Auf ein Schreiben bezüglich des hohen Pro-Kopf-Beitrags habe man noch keine Antwort erhalten. Auch Thierstein sei diesbezüglich aktiv geworden. Die Stimmung für die Zusammenarbeit sei gut, jedoch seien die Ammänner verärgert über die Situation mit dem Kanton.

Die Gemeindeversammlung genehmigt den Zusammenarbeitsvertrag der Sozialregion Dorneck per 1. Januar 2009 mit 39 Jastimmen, 1 Neinstimme und 3 Enthaltungen.

**25 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
Stand Bearbeitung Motionen R. Haag betreffend Zusammenarbeit
der Gemeinden**

Motion 1, R. Haag (vom 20.02.08)

„Es ist eine gewissenhafte, seriöse und fundierte Prüfung für eine erweiterte, engere Zusammenarbeit in allen vitalen Bereichen mit den anderen Gemeinden des solothurnischen Leimentals (optional: die umliegenden Gemeinden des Kantons Basel-Landschaft) vorzunehmen. Zwischenberichte und Etappen sind im Dorfblatt und auf der Homepage zu publizieren und spätestens an der nächsten Gemeindeversammlung mündlich mitzuteilen.“

Vitale Bereiche sind:

1. Bauverwaltung
2. Gemeindeverwaltung
3. Feuerwehr
4. Werkhof
5. Nutzung von gemeinsamen Bauten und Einrichtungen

François Sandoz erläutert den Stand der Arbeiten und Abklärungen mit einer Tabelle:

Bereich	Laufende Aktivitäten	Weiteres Vorgehen (vorgesehen)
Bauverwaltung	<ul style="list-style-type: none"> • Vereinbarung mit Hofstetten-Flüh neu verhandeln 	<ul style="list-style-type: none"> • Vorliegende angepasste Vereinbarung unterschreiben (30.06.08)
Gemeindeverwaltung	<ul style="list-style-type: none"> • Gespräche mit Witterswil betreffend möglicher Zusammenarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsgruppe prüft entsprechende Möglichkeiten (31.03.09) • Weitere Möglichkeiten noch offen!
Feuerwehr	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsgruppe erarbeitet Konzept für gemeinsame Feuerwehr Wi-Bä 	<ul style="list-style-type: none"> • Antrag an GV im Herbst, Umsetzung ab 2009
Werkhof	<ul style="list-style-type: none"> • Mitarbeit an der Studie „Gemeinsamer Werkhof Solothurnisches Leimental“ aufgenommen 	<ul style="list-style-type: none"> • Nach Vorliegen der Ergebnisse aus der Ist-Analyse, Entscheid über volle Mitarbeit (finanz. Beteiligung) und Fortsetzung der Studie (31.07.08)
Bauten / Einrichtungen	Keine Aktivitäten	Noch offen!

Motion 2, R. Haag (vom 20.02.08)

„Unter der Rubrik Sparmassnahmen wurde in der Januar-Ausgabe des Bärämsle-Blattes erwähnt, dass der Betrag von Fr. 7200.- betreffend die Machbarkeitsstudie der FHNW „gemeinsamer Werkhof Solothurnisches Leimental“ gestrichen worden ist. Diese Position ist wieder zu aktivieren und ins Budget aufzunehmen. Zwischenberichte und Etappen sind im Dorfblatt und auf der Homepage zu publizieren und spätestens an der nächsten Gemeindeversammlung mündlich mitzuteilen.“

François Sandoz erörtert die Fakten:

- Bei den Fr. 7'200 ging es nicht um eine vorhandene Budgetposition.
- Die Bearbeitung der Studie durch die anderen Gemeinden ist schon am laufen.
- Die Studie wird durch Firma Pumag und nicht durch FHNW erstellt.
- Das Begehren ist durch Motion 1 bereits abgedeckt.
- Die Motion greift im Kompetenzbereich des Gemeinderates.

Reto Haag zeigt sich zufrieden, er sehe, der Gemeinderat bewege etwas. Reto Haag zieht seine 2. Motion zurück.

Patricia Bir erkundigt sich, ob der Winterdienst im Falle einer Zusammenlegung der Werkhöfe immer noch gewährleistet sei.

François Sandoz erwidert, die Studie Werkhof sei lediglich eine Ist-Aufnahme. Der Winterdienst werde auch in Zukunft sichergestellt.

François Sandoz erklärt die rechtlichen Grundlagen, deretwegen es nötig ist, dass auch die Gemeindeversammlung ihr Einverständnis zum Rückzug der Motion 2 von Reto Haag gibt.

Mit 45 Jastimmen stimmt die Gemeindeversammlung dem Rückzug der Motion 2 von Reto Haag zu.

François Sandoz informiert über weitere Zusammenarbeitsprojekte wie zum Beispiel „Schulen unter einem Dach“. Hier sollen sämtliche Stufen vom Kindergarten bis zum OZL unter einer Leitung, jedoch nicht an einem Standort, geführt werden.

Es gebe eine Vielzahl solcher Projekte, führt François Sandoz aus. Die begrenzten Ressourcen würden es nicht erlauben, alles gleichzeitig zu machen, wenn es denn gut gemacht werden solle. Der Gemeinderat müsse Prioritäten setzen und die Dinge etappenweise in Angriff nehmen.

**26 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
Orientierung Baulandumlegung Eichacker**

François Sandoz berichtet über den Verlauf der Baulandumlegung. Die Gemeinde habe zusammen mit und auf Wunsch der Eigentümer das Verfahren zur Einzonung in die Bauzone und die Baulandumlegung eingeleitet und den Erschliessungsplan ausarbeiten lassen. Die Pläne seien mit dem Planungsbericht in Solothurn zur Vorprüfung eingereicht worden. Nach dem positiven Bescheid werde das Mitwirkungsverfahren eingeleitet. Danach würden die Kredite für die Erschliessung gebraucht, was aber sicher nicht vor Anfang 2009 der Fall sei. Die Eigentümer seien darauf aufmerksam gemacht worden, dass der Souverän sich eine Vorfinanzierung wünschen würde. Auch die Gemeinde habe ein Interesse daran, damit die Anschlussgebühren für die zweite Strassenseite des Apfelwegs in Rechnung gestellt werden könnten.

Georg Imper stellt fest, die Gemeinde besitze in diesem Gebiet auch noch Land, und folgert, also habe sie auch eigenes Interesse.

François Sandoz bejaht.

Pierre Dietziker fragt nach, welche Bauzone es denn sei.

François Sandoz nennt W2B, eine Zone analog W2, jedoch werde der Minergiestandard gefördert. Falls mehrere Eigentümer sich zu besserer Nutzung zusammenfänden, werde mit einer etwas höheren Nutzungsziffer belohnt.

Pierre Dietziker erkundigt sich, ob die Anzahl Geschosse gleich sei.

François Sandoz bejaht, hält jedoch fest, dass das Einverständnis des Kantons vorbehalten sei.

Thomas Kötter macht darauf aufmerksam, dass man bei allfälliger Vorfinanzierung die Kreditrechnung beachten müsse.

Ruth Salathé möchte wissen, wer denn die Leute vom WHL bezahle, welche heute als Referenten da waren.

Dominique Bischoff gibt bekannt, die beiden Herren seien ohne Honorar gekommen.

Ruth Salathé erkundigt sich in der Folge, wie es denn bei anderen Referenten aussehe.

François Sandoz sagt, das sei von Fall zu Fall verschieden.

Manfred Erb benennt den Einwohnerschlüssel als interessante Grösse, bei verdichteter Bauweise steige die Einwohnerzahl schnell mehr.

François Sandoz antwortet, der Planungsbericht rechne mit 120 Einwohnern mehr.

**27 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
Löschung Fusswegrecht GB 595 infolge Verkauf der Liegenschaft
Krone**

François Sandoz berichtet, bei der Abwicklung des Verkaufs der Krone sei eine Dienstbarkeit aus dem Jahr 1917 zum Vorschein gekommen. Dabei handle es sich um ein Fusswegrecht über das Land GB 595. Um diese Dienstbarkeit im Grundbuch aufzuheben, sei ein Beschluss der GV notwendig.

Zusätzlich informiert François Sandoz, der Vertrag über den Verkauf der Krone sei letzte Woche in Dornach unterzeichnet worden.

Regula Steccanella ergänzt, der betreffende Fussweg sei wegen der Mauer mit den Anschlagkästen schon länger nicht mehr begehbar.

Die Gemeindeversammlung stimmt der Aufhebung der Dienstbarkeit GB 595 einstimmig zu.

**28 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
Verschiedenes**

François Sandoz erinnert daran, dass dies die letzte Gemeindeversammlung für Dominique Bischoff sei und dankt ihr für die Arbeit im Gemeinderat. Die Versammlung spendet Applaus.

François Sandoz berichtet, heute habe Nicole Künzi die letzte Prüfung abgelegt. Sie werde mit einem auf ein Jahr befristeten Vertrag weiter auf der Verwaltung arbeiten. Die Stellenpro-
zente auf der Verwaltung betrügen bis zum 31.12.2008 240%, danach werde überprüft. Jetzt
sei eine Reduktion der Stellenprozente schon wegen des Umzugs nicht opportun.

Peter Biber fragt, wer denn für defekte Kandelaber zuständig sei, beim Bahnübergang sei ein
Licht defekt. Der technische Dienst wird sich darum kümmern.

Um 23.15 Uhr schliesst François Sandoz die Versammlung, dankt den Teilnehmern und bit-
tet zum Umtrunk, der anlässlich der letzten Gemeindeversammlung im Kronensaal serviert
wird.

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollführerin:

F. Sandoz

Y. Kilcher

Protokoll der

4. ordentlichen Gemeindeversammlung

vom 10. Dezember 2008

im OZL

Anwesend	52 Stimmberechtigte
Mitglieder Gemeinderat	François Sandoz, Gemeindepräsident Hans Peter Isenschmid Lucien Monnerat Hansjörg Känel
Protokoll	Yvonne Kilcher
Gäste	Regula Steccanella, Gemeindeverwalterin Nicole Künzi, Verwaltungsangestellte Max Auer, Technischer Dienst
Presse	Herr Rolf Zenklusen, BaZ
Abwesend	Adrian Busslinger, Gemeinderat
Dauer	19.30 – 23.50 Uhr

Traktanden

1. Wahl der Stimmenzähler/-innen
2. Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 4. Juni 2008
3. Finanzplan
4. Festsetzen der Steuern und Gebühren
5. Genehmigung folgender Investitionskredite:
 - 5.1 Leitungssanierung/Kanalfernsehen Fr. 20'000.--
 - 5.2 Eindolung Flühbach Fr. 40'000.--
 - 5.3 Drainageleitungen Fr. 35'000.--
 - 5.4 Teilrevision Zonenplan Fr. 50'000.--
 - 5.5 Fussweg Leimenstrasse Fr. 50'000.--

Protokoll der ausserordentlichen gemeinsamen Gemeindeversammlung der Gemeinden Witterswil und Bättwil vom Mittwoch, 19. November 2008, 20.00 Uhr in der MZH in Witterswil

TRAKTANDEN

1. Wahl der StimmzählerInnen
 2. Wahl eines Tagespräsidenten/In
 3. Feuerwehrezusammenschluss der Feuerwehren Bättwil und Witterswil
 - 3.1 Genehmigung des Vertrags
 - 3.2 Genehmigung des Reglements
 - 3.3 Genehmigung der Gebührenordnung
 - 3.4 Genehmigung der Besoldungsordnung
 4. Einführung des Mittagstisches im Kindergarten- und Primarschulkreis Witterswil/Bättwil
 5. Verschiedenes
-

Der Gemeindepräsident von Witterswil, **Mark Seelig**, eröffnet pünktlich die erste gemeinsame, ausserordentliche Gemeindeversammlung (GV) der Einwohnergemeinden Witterswil und Bättwil und begrüsst alle Anwesenden. Einen speziellen Willkommensgruss richtet er an die Pressevertreter der Basellandschaftlichen Zeitung, Basler Zeitung, Herr Sennhauser, und dem Wochenblatt, Herr Walter. M. Seelig bittet um eine sachliche und objektive Berichterstattung. Er stellt für die Gäste aus Bättwil den Gemeinderat Witterswil und den Gemeindeschreiber vor. Weiter kann er die beiden Feuerwehrkommandanten, Johannes Niederer, Witterswil, und Dieter Kury aus Bättwil zusammen mit je einer Delegation der Feuerwehren in Uniform willkommen heissen.

François Sandoz, Gemeindepräsident von Bättwil, begrüsst ebenfalls alle Teilnehmer dieser historischen Versammlung und speziell Herrn Haus von der Solothurnischen Gebäudeversicherung (SGV). Ebenfalls stellt er den Gemeinderat Bättwil für alle Besucher und Besucherinnen der GV vor.

1. Wahl der StimmzählerInnen

Als Stimmzähler werden von den Gemeindepräsidenten folgende Personen zur Wahl vorgeschlagen:

Witterswil Martin Speiser und Guido Dreier

Bättwil Georg Imber und Manfred Erb

Aus den beiden Versammlungen gehen keine Gegenvorschläge ein. Sie werden jeweils mit grossem Applaus bestätigt.

Die Anzahl der stimmberechtigten Personen wird wie folgt ermittelt:

Witterswil: 126, absolutes Mehr 64

Bättwil: 63, absolutes Mehr 32

2. Wahl eines Tagespräsidenten/In

Als Tagespräsident schlagen die beiden Gemeinderäte Mark Seelig vor.

Beschlüsse Beide Versammlungen, Witterswil und Bättwil, wählen Mark Seelig ohne Gegenstimme zum Tagespräsidenten.

Der Tagespräsident M. Seelig erklärt den Sitzungsverlauf und weist speziell auf die jeweiligen separaten Abstimmungen der beiden Gemeinden hin. Für beide Gemeinden wird jedoch nur ein gemeinsames Protokoll erstellt.

M. Seelig stellt fest, dass die Traktandenliste rechtzeitig in beiden Gemeinden an alle Haushalte verschickt wurde und die detaillierten Unterlagen auf den jeweiligen Gemeindeverwaltungen eingesehen oder bezogen werden konnten.

Aus der Versammlung Bättwil wird folgender Antrag zur Traktandenliste gestellt: **Urs Ambühl** verlangt Traktandum 4 auf die Budget-GV zu verschieben.

F. Sandoz findet es nicht sinnvoll, das Thema Mittagstisch ausserhalb der gemeinsamen Gemeindeversammlung zu behandeln, da das Ziel einer gemeinsamen Gemeindeversammlung eine gleichzeitige Behandlung sowie ein gemeinsamer Entscheid dieses Themas ist.

Beschluss Der Antrag Ambühl wird von Bättwil bei 17 Ja gegen 42 Nein abgelehnt.

Beschluss Die Traktandenliste wird von Witterswil einstimmig genehmigt.

Beschluss Die Traktandenliste wird von Bättwil einstimmig genehmigt.

3. Zusammenlegung der Feuerwehren Bättwil und Witterswil

Die Feuerwehren der beiden Gemeinden Witterswil und Bättwil wollen sich zum Feuerwehrverbund Egg zusammenschliessen. Eine Gruppe aus Vertretern von Feuerwehr und Gemeinderat beider Gemeinden hat in enger Zusammenarbeit einen entsprechenden Vertrag und ein neues Feuerwehrreglement ausgearbeitet. Beide wurden in der Zwischenzeit vom Kanton Solothurn geprüft und genehmigt.

Durch den Zusammenschluss und den daraus resultierenden Synergien können in den kommenden Jahren deutlich Kosten eingespart werden, insbesondere bei den erforderlichen Investitionen für die Erneuerung von Material und Fahrzeugen.

Der Feuerwehrverbund Egg wird einen Sollbestand von 41 Feuerwehrfrauen und -männer haben. Diese Grösse bewirkt, dass das Feuerwehrmagazin in Bättwil für den Feuerwehrverbund Egg zu klein ist und demzufolge das Feuerwehrmagazin Witterswil als Standort genutzt werden soll. Bei einem Brand oder einem anderen Ernstfall kann von diesem Standort aus jede Liegenschaft, auch in Bättwil, in nur wenigen Minuten erreicht werden. Das bisherige Feuerwehrmagazin Bättwil soll zukünftig vom Werkhof der Gemeinde Bättwil genutzt werden. Die Liegenschaften bleiben jedoch im Besitz der jeweiligen Gemeinden. Die Fahrzeuge und das Material werden von beiden Gemeinden unentgeltlich in den Verbund eingebracht. Der Feuerwehrverbund soll von der Verwaltung der Gemeinde Bättwil geführt werden. Überzähliges Material wird verkauft und der Erlös für die gemeinsame Feuerwehr eingesetzt. Somit werden die Zusammenlegungskosten grösstenteils abgedeckt.

Obwohl der Feuerwehrverbund Egg in Witterswil stationiert sein wird, ist es den noch bestehenden Feuerwehren und den Gemeinderäten von Bättwil und Witterswil ein grosses Anliegen darauf hinzuweisen, dass es sich nicht um eine Übernahme der Feuerwehr Bättwil durch Witterswil handelt, sondern um einen Zusammenschluss von gleichwertigen Partnern zu einer neuen, starken und auch kostengünstigen Feuerwehr, dem Feuerwehrverbund Egg.

Mit dieser Massnahme können wir einerseits Kosten sparen sowie andererseits bestehende Rekrutierungsengpässe bei Feuerwehrleuten und Offizieren lösen.

Die Führung des Feuerwehrverbandes wird einem Feuerwehrrat bestehend aus zwei Mitgliedern pro Gemeinde übertragen. Dieser steht der Feuerwehrkommission vor. Die Kontrolle durch die Gemeinden wird dadurch gewährleistet, dass

mindestens ein Gemeinderat pro Gemeinde Einsitz im Feuerwehrrat nimmt und einer dieser Personen Präsident sein muss.

Ebenfalls wurden die Gebühren- und die Besoldungsordnungen vereinheitlicht und werden zur Genehmigung vorgelegt. Die unterschiedliche Altersgrenze in Bättwil und Witterswil für die Dienstpflicht wird vorläufig beibehalten. Es ist aber vorgesehen, diese bis ins Jahr 2014 anzugleichen.

Die beiden Gemeinderäte beantragen die Zustimmung durch die Gemeindeversammlungen für die Zusammenlegung der Feuerwehren Witterswil und Bättwil zum Feuerwehrverbund Egg durch Genehmigung folgender Vertragsgrundlagen:

- 3.1. Vertrag über die Organisation einer gemeinsamen Feuerwehr
- 3.2. Reglement Feuerwehrverbund Egg
- 3.3. Gebührenordnung Feuerwehrverbund Egg
- 3.4. Besoldungsordnung Feuerwehrverbund Egg

M. Seelig berichtet, dass ebenfalls im Kanton Baselland verschiedene Gemeinden am Planen von Feuerwehrezusammenschlüssen sind.

Der Feuerwehrverbund Egg wird nicht als Zweckverband, sondern in einem Vertrag wie beim Schulkreis Witterswi-Bättwil aufgebaut. Die SGV hat den Vertrag und das Reglement geprüft und genehmigt. Der Name Feuerwehr Egg wurde gewählt, da es ein neutraler, für den Funk gut verständlicher, kurzer Name ist und in beiden Gemeinden einen Ortsteil bezeichnet.

Die Basis der gemeinsamen Feuerwehr ist die Zusammenarbeit der beiden Gemeinden an einem Standort sowie das Material und die Fahrzeuge in den Verbund einbringen. Das überzählige Material wird verkauft und der Erlös für die Anpassungen im Feuerwehrmagazin Witterswil verwendet. Es sind getrennte Nasszellen für Männer und Frauen zu erstellen.

Die Organisation besteht aus einem Feuerwehrrat, bestehend aus zwei Mitgliedern pro Gemeinde (davon mindestens ein Gemeinderat pro Gemeinde) und dem Feuerwehrkommandanten. Die operative Leitung hat wie bisher die Feuerwehrkommission. Die Rechnungslegung erfolgt wie beim Schulkreis über die faire Lösung mit dem Einwohnerschlüssel. Die Rechnungsführung wird die Gemeindeverwaltung Bättwil übernehmen, da der Schulkreis bei Witterswil ist. Der Vertrag ist kündbar mit einer Frist von 2 Jahren.

Unterschiedlich sind die Feuerwehersatzabgaben geregelt. Die Altersgrenze in Witterswil beträgt 42 Jahre und in Bättwil 45 Jahre. Bättwil besitzt eine Ausnahmeregelung des Regierungsrates und diese gilt als Übergangslösung bis 2014.

Bei der Vorausschau des Zusammenschlusses wurden auch die andern Leimentaler Gemeinden angesprochen. Metzleren-Mariastein hat eine spezielle Situation mit dem Kloster und für Hofstetten-Flüh ist es zurzeit kein Thema.

Witterswil hat das Problem von zuwenigen Offizieren und Kommandant Niederer wohnt in Flüh. Zudem hat die Gemeinde Mühe, neue und junge Leute zu rekrutieren. Viele Feuerwehrleute arbeiten auswärts, und der Zusammenschluss ergibt mehr Ortsanwesende. Zwar muss der Teamgeist neu gefunden werden und die Geschichte geht verloren. Der Zusammenschluss ist aber ein Schritt in die Zukunft und nicht alles Neue ist schlecht.

Alois Müller, Gemeinderat und Finanzchef Witterswil, erläutert das Budget. Beide Feuerwehrkommissionen haben einen Voranschlag 2009 erarbeitet. Anschliessend wurde ein Zusammenzug erstellt und bewusst nicht separiert.

Der Sollbestand der beiden Feuerwehren beträgt heute je 31 Personen, resp. Total 62 Personen und mit dem Zusammenschluss noch 41 Personen.

Der Gesamtaufwand beläuft sich auf Fr. 205'250.00. Bei einem Ertrag von Fr. 33'000.00 ergibt dies Nettokosten von Fr. 172'250.00 für beide Gemeinden.

Neuanschaffungen sind in den nächsten Jahren wie folgt geplant:

Tanklöschfahrzeug mit 60 % Subventionen	Fr. 140'000.00
Materialfahrzeug mit 35 % Subventionen	Fr. 78'000.00
Atemschutzfahrzeug mit 35 % Subventionen	Fr. 78'000.00
Geräte, Kleider, Material in nächsten 10 Jahren	Fr. 104'000.00

Mit dem Zusammenschluss wurden Einsparungen von rund Fr. 300'000 errechnet. Das Rechnungsjahr wird analog den Einwohnergemeinden gelegt und per 31.12. abgeschlossen. Die Feuerwehersatzabgaben bleiben bei den Gemeinden.

F. Sandoz erklärt, dass der Zusammenschluss der beiden Feuerwehren für Bättwil wichtig ist. Anhand von Folien zeigt er den Kostenvergleich. Neue Kosten entstehen für Bättwil für die Finanzierung des Feuerwehmagazins in Witterswil. 2008 wird die Feuerwehr Bättwil einen Überschuss ausweisen, da aufgrund eines Ausgabestopps keine Ausgaben getätigt wurden. 2009 wird die Feuerwehr Bättwil Netto Fr. 5'000.00 kosten. 2010 erfolgen Einsparungen beim Werkhof. Die Ersparnisse pro Jahr (ohne Investitionen) werden ca. 10 % betragen. Zu berücksichtigen sind auch die Kosten für das heutige Feuerwehmagazin. Es besteht heute keine Vollkostenrechnung, resp. Verzinsung der Liegenschaft.

Johannes Niederer, Feuerwehrkommandant Witterswil, stellt fest, dass bei Gutheissung des Zusammenschlusses der Feuerwehrrat und die Feuerwehrkommission sofort eingesetzt werden müssen. Bis 31.12.08 sind viele administrative Arbeiten wie Versicherungen, Alarm, Telefon usw. sowie die Planung und Ausbildung zu erledigen. Per 14.3.09 sind die Alarmierung und das Material am neuen Standort bereit für die Kommandoübergabe.

Mit dem neuen Feuerwehrtyp 2 wird der Sollbestand etwas grösser, aber klar kleiner als mit zwei Feuerwehren. Der Sollbestand beider Feuerwehren beträgt heute 62 Personen und neu 41 Personen, 36 Mannschaft, 9 Gruppenführer und 6 Offiziere. Der Bestand beträgt zurzeit 52 Personen, 36 Mannschaft, 10 Gruppenführer, 6 Offiziere und wird sich in absehbarer Zeit bei 41 Personen einpendeln. Von den Fahrzeugen werden das TLF und das Atemschutz-FZ von Witterswil sowie das Mannschaftsfahrzeug von Bättwil übernommen. Das Materialfahrzeug ist vakant. Das TLF von Bättwil wird verkauft. Das Material ergänzt sich gut. Überzähliges Material wird ausgeschieden und ist eher alt.

Wichtig ist, dass beide Feuerwehren vom Zusammenschluss überzeugt sind und die Mannschaft für die neue Aufgabe motiviert ist. Für die Bevölkerung wird der gleiche Schutz garantiert wie bisher. Er empfiehlt, dem Zusammenschluss und dem Feuerwehrverbund Egg zuzustimmen.

M. Seelig ergänzt, dass die genannten Fahrzeugpreise Neuwerten entsprechen und für die kommende Planung nicht abschliessend sind. Witterswil kann mit dem Zusammenschluss ca. Fr. 10 – 20'000.00 pro Jahr sparen. Das Feuerwehmagazin ergibt aus der gemeinsamen Nutzung einen finanziellen Ertrag für Witterswil.

Paul Haus von SGV überbringt die Grüsse aus Solothurn und dankt für die Einladung. Der Kanton Solothurn zählt 125 Gemeinden. Knapp die Hälfte der Feuerwehren sind bisher einem Verbund beigetreten. Dies ist ein Erfolg.

Für den Zusammenschluss der Feuerwehren Witterswil und Bättwil wurde die SGV frühzeitig, bereits im April einbezogen. Die offenen Fragen wurden diskutiert und gelöst. Der Zusammenschluss ist gut vorbereitet und einsatztechnisch abgeklärt. Das Reglement und der Vertrag wurden juristisch geprüft. Er wird den Zusammenschluss beim Regierungsratsentscheid unterstützen. Die Anschaffungen werden von der SGV wie erläutert subventioniert.

Er empfiehlt, den Feuerwehrleuten das Vertrauen zu schenken. Sie werden die Unterstützung nutzen und das Beste daraus machen.

Beschluss Eintreten

Witterswil bei grossem Mehr ohne Gegenstimme
Bättwil bei grossem Mehr ohne Gegenstimme

Jörg Schermesser aus Bättwil stellt fest, dass Bättwil 2009 Fr. 18'000.00 an das Feuerwehmagazin von Witterswil zahlt. Er fragt nach den Kosten im 2010. Er gibt zu bedenken, dass diese Kosten jährlich wiederkehrend sind. Grundsätzlich unterstützt er jedoch den Zusammenschluss.

M. Seelig erklärt, dass 2009 Fr. 8'000.00 mit den Umbaukosten verrechnet sind. Der Beitrag wird 2009 überprüft und angepasst. Er schätzt den Beitrag von Bättwil an das Feuerwehrmagazin auf 25 – 26'000.00 Franken. Er wird für eine faire Lösung eintreten.

F. Sandoz bestätigt, dass diese neuen Kosten für Bättwil entstehen werden. Andere Kosten der Feuerwehr für den Birkenhof und in der Krone fallen jedoch weg. Trotz den Zahlungen an Witterswil wird Bättwil zukünftig besser fahren.

Andreas Strobel, ehemaliger Offizier der Feuerwehr Witterswil, rühmt die guten Abklärungen. Sie haben ihn überzeugt. Er möchte den Stichtscheid im Feuerwehrrat festlegen, da je 2 Mitglieder von Witterswil und Bättwil Einsitz nehmen. Er stellt auch fest, dass in den letzten Jahren sehr wenig in die Feuerwehr Witterswil investiert wurde. Er möchte wissen, wie die Kosten gesichert werden.

M. Seelig weiss, dass der Stichtscheid im Feuerwehrrat grosse Diskussionen ausgelöst hat. Der Stichtscheid wird beim Präsidenten sein, der zwingend ein Gemeinderat sein muss. Letztendlich entscheiden nicht nur die Feuerwehrleute, sondern die Politik mit dem Budget über Kosten und Beschaffungen.

J. Niederer erinnert, dass der Investitionsplan nur eine Planung ist. Die Feuerwehr hofft aber auch in Zukunft auf die Unterstützung. Er macht klar, dass die eingesetzten Fahrzeuge den Jahrgang 1981 haben. Hingegen entsprechen die persönlichen Ausrüstungen den modernsten Bestimmungen. Die 18 Atemschutzgeräte sind auf dem neusten Stand und nicht älter als 4 Jahre. Trotz knappen Budgets konnten in den letzten Jahren Neuanschaffungen gemacht werden.

Beschlüsse

Vertrag	Witterswil	einstimmig, ohne Gegenstimme ohne Enthaltungen
	Bättwil	einstimmig, ohne Gegenstimme ohne Enthaltungen
Reglement	Witterswil	einstimmig, ohne Gegenstimme ohne Enthaltungen
	Bättwil	einstimmig, ohne Gegenstimme ohne Enthaltungen
Gebühren- ordnung	Witterswil	einstimmig, ohne Gegenstimme ohne Enthaltungen
	Bättwil	einstimmig, ohne Gegenstimme ohne Enthaltungen
Besoldungs- ordnung	Witterswil	einstimmig, ohne Gegenstimme ohne Enthaltungen
	Bättwil	einstimmig, ohne Gegenstimme ohne Enthaltungen

M. Seelig dankt für das Vertrauen und freut sich besonders über das einstimmige Ergebnis.

F. Sandoz dankt ebenfalls für den Entscheid und ihm gefällt besonders, dass es weder in Bättwil noch in Witterswil unterschiedliche Meinungen gibt.

4. Einführung des Mittagstisches der Gemeinden Bättwil und Witterswil

Im Sommer 2007 wurde eine Bedarfsanalyse für einen Mittagstisch für die Kindergarten- und Primarschulkinder bei den Eltern in Bättwil und Witterswil durchgeführt.

Das Ergebnis der Analyse zeigte, dass ein reelles Bedürfnis für einen Mittagstisch vorhanden ist. Ca. 50 % der betroffenen Kinder resp. Familien könnten sich vorstellen, ein solches Angebot mindestens einmal wöchentlich zu nutzen.

Daraufhin wurde eine Arbeitsgruppe aus interessierten Eltern und Mitgliedern der Fachkommission Bildung gegründet, um ein Konzept auszuarbeiten. Noch vor dem Sommer 2008 wurde das Konzept verabschiedet und den Gemeinderäten von Bättwil und Witterswil zur Genehmigung vorgelegt. Beide Gemeinderäte haben in der Folge dem Vorhaben zugestimmt und unterstützen die Einrichtung des Mittagstisches.

Ziel des Mittagstisches ist es, zusammen mit den seit zwei Jahren eingeführten Blockzeiten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Können dadurch Elternteile einfacher beruflich aktiv sein, wirkt sich dies auch positiv auf die Steu-

ereinnahmen der Gemeinden aus. Das Mittagstischangebot ist Bestandteil einer zeitgemässen Schulinfrastruktur und steigert auch die Attraktivität unserer Gemeinden für Familien.

Das Projekt wird vom Verein Mittagstisch Witterswil/Bättwil getragen. Der Verein ist gemeinnützig und wurde von den Initianten selbst gegründet, wobei die Gemeinden ebenfalls Mitglied werden. Die Führung des Vereins basiert auf Freiwilligenarbeit, während für die Leitung und die Betreuung des Mittagstisches eine professionelle und fachkundige Person eingestellt wird. Als Helferinnen und Helfer sollen sich Eltern engagieren. Somit werden einerseits die Kosten minimiert und andererseits die Anforderungen für eine Subventionierung durch den Bund erfüllt. Ein entsprechendes Gesuch für eine Anstossfinanzierung wurde bereits gestellt. Wird dieses genehmigt, kann während drei Jahren mit einem substanziellen Bundesbeitrag, in abnehmender Höhe, gerechnet werden. Damit soll sich der Mittagstisch etablieren können und gleichzeitig können die Kosten für die Gemeinden tief gehalten werden. Die Kosten für die Eltern betragen Fr. 10.-- pro Kind und Tag. Die Mittagstische werden im Kanton Baselland flächendeckend eingeführt und vom Kanton unterstützt. Im Kanton Solothurn wurde der Vorstoss eingebracht, jedoch ist der Entscheid für eine kantonale Unterstützung derzeit noch offen. Das Projekt Tagesstrukturen wird aber vom Kanton weiter vorangetrieben.

Nach der Anstossfinanzierung durch den Bund werden mit Kosten für die Gemeinden von maximal Fr. 20'000.-- gerechnet. Diese Kosten werden nach den Einwohnerzahlen zwischen Bättwil und Witterswil, ähnlich dem Schulkreis, aufgeteilt. Die Gemeinden übernehmen keine Defizitgarantie, sondern beschliessen jährlich die Höhe der Subventionen an den Mittagstisch im Rahmen des Budgets. Der Gemeinderat beantragt die Zustimmung durch die Gemeindeversammlung für die Einführung des Mittagstisches im Kindergarten- und Primarschulkreis Witterswil/Bättwil, mit jährlich wiederkehrenden Subventionen der Gemeinden von maximal Fr. 20'000.--.

F. Sandoz erläutert, dass das Projekt Mittagstisch für den Kindergarten und die Primarschule Witterswil-Bättwil seit langer Zeit geplant und von Privatpersonen initiiert wurde. Die Gemeinderäte von Bättwil und Witterswil haben aufgrund einer Anfrage eine Arbeitsgruppe eingesetzt um ein Konzept zu erarbeiten. Für die Trägerschaft wurde ein Verein gegründet mit der Präsidentin Claudia Gobeli Dreier aus Witterswil.

C. Gobeli Dreier begrüsst die Versammlungsteilnehmer und freut sich, das Projekt Mittagstisch wie folgt vorzustellen zu können: Der Kanton Solothurn befürwortete am 28.9.2007 die Schaffung von Trägerschaften. Die FdP Solothurn lancierte eine Volksinitiative, welche 2011 dem Volk vorgelegt wird. Im Kanton BL ist der Mittagstisch bereits flächendeckend vorgesehen. Im Sommer 2007 wurde bei den Eltern der Kinder des Schulkreises Witterswil-Bättwil eine Bedarfsanalyse durchgeführt mit dem Ergebnis, dass 50 % der Kinder ein oder mehrere Male pro Woche den Mittagstisch in Anspruch nehmen würden. Die Akzeptanz von Fr. 10.- pro Tag wurde ermittelt. Im Dezember 2007 wurde das Projekt den Gemeinderäten (GR) vorgestellt. Nach der Zustimmung der GR haben ab Januar 2008 für die Erarbeitung des Konzepts regelmässig Sitzungen stattgefunden. Im Sommer 2008 wurde es den GR vorgestellt. Am 3.9.2008 wurde der Verein gegründet.

Für die eingeführten Blockzeiten ist der Mittagstisch eine gute Ergänzung. Schwerpunkte sind, in der Mittagspause ein gutes Mittagessen anzubieten und die Betreuung der Kinder sicherzustellen. Die Trägerschaft soll ein Verein sein und die Gemeinden Witterswil und Bättwil sind Mitglieder.

Der Mittagstisch wird an 4 Tagen, Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag angeboten. Maximal stehen 16 Plätze/Tag zur Verfügung und zwei Gästeplätze werden spontan vergeben. Im Minimum müssen 10 Plätze/Tag oder 40/Woche belegt sein. Provisorische Anmeldungen liegen von 40 Kindern vor. Die Leiterin

wird Anne-Marie Schmitt aus Bättwil sein. Sie leitet bereits die Spielgruppe Witterswil-Bättwil seit vielen Jahren. Mit ihrer langen Erfahrung kann die Anstellung als Glücksfall bezeichnet werden. Sie ist als Vertrauensperson eine wichtige Anlaufstelle. Ihr werden weitere Betreuungspersonen beistehen. Die Elternbeiträge wurden auf Fr. 10.-/Tag und für Gäste auf Fr. 15.-/Tag festgelegt.

Die Eltern der Kinder und die beiden Gemeinden sollen Vereinsmitglieder werden. Die Mitgliederbeiträge wurden auf Fr. 50.- für Eltern, resp. 100.- für die Gemeinde festgelegt.

F. Sandoz zeigt den Finanzplan für die Jahre 2009 – 2014 ohne Berücksichtigung der Teuerung. Gestartet wird mit 10 Kindern, mit dem Ziel, 16 Kinder im 2014 zu betreuen. Der Bund leistet in den ersten drei Jahren eine Anschubfinanzierung von Fr. 13'000 im 1. Jahr, Fr. 11'000 im 2. Jahr und 6'500 im 3. Jahr. Bei Kosten von Total Fr. 38'776 im 1. Jahr abzüglich Elternbeiträge und Subventionen entsteht für beide Gemeinden ein Aufwand von Fr. 8'436. Im 2. Jahr Fr. 9'128, Fr. 13'000 im 3. Jahr und ab dem 4. Jahr Fr. 19'202.

Beide Gemeinderäte unterstützen das Projekt und finden es eine sinnvolle und notwendige Ergänzung der Blockzeiten. Der Mittagstisch ist eine Forderung von Familien und der Politik. Die Berufstätigkeit von Eltern wird gefördert und bringt volkswirtschaftliche Vorteile. Ausgewogenes Essen und Betreuung, anstelle von Fastfood und „Rumhängen“ ist das Motto. Für die Gemeinden ist der Mittagstisch laut einer Studie ein Gewinn - mehr Steuereinnahmen durch Doppelverdiener - Attraktivität für Gemeinden steigt - Bedürfnis vorhanden für Gesellschaft und Bevölkerung.

Das Fazit ist: Die Gemeinderäte unterstützen das Projekt, die Kosten sind transparent, der Verein garantiert die Organisation mit Freiwilligenarbeit, der Bund fordert Professionalität im Betrieb – Freiwilligenarbeit wird nicht unterstützt, die Kosten sind tragbar.

M. Seelig stellt fest, dass im Kanton BL Elternbeiträge von 10 Franken pro Tag üblich sind und auch in Rodersdorf verlangt werden. Das Mittagessen soll wie in Rodersdorf via Catering geliefert und in der Küche der MZH eingenommen werden. Anschliessend erfolgt die Betreuung im Vereins- oder Religionszimmer der MZH. Im Schulbudget 2009 sind die Vollkosten, d.h. ohne Bundessubventionen, berücksichtigt. Die Gemeinden sind zu keiner Defizitgarantie verpflichtet. Mindestens 10 Kinder sind nötig, um den Mittagstisch starten zu können.

Beschluss Eintreten

Witterswil bei grossem Mehr

Bättwil bei grossem Mehr

Urs Ambühl aus Bättwil findet grundsätzlich einen Mittagstisch gut. Ihn stört aber ein Budget von Fr. 10'000.00 pro Gemeinde für 10 Köpfe. Gleiches Recht für Privatschulen kann gefordert werden. Die Finanzierung wurde im Vorfeld nicht kommuniziert. Die Kosten sind unverhältnismässig. Das Projekt sollte sich selber finanzieren. In Bättwil streicht man andererseits das Bärämsle-Blatt, das der ganzen Bevölkerung zugute kommt.

M. Seelig bezeichnet Fr. 10 je nach dem auch für Doppelverdiener als viel Geld. Die Gesellschaft fordert das Angebot von den Gemeinden. Die Frauen gehen gerne zur Arbeit, aber die Arbeitsplätze liegen in Basel usw.

C. Gobeli findet, dass mittelfristig die Kosten mit mehr Steuereinnahmen von Doppelverdienern gedeckt werden. Die Gemeinden werden attraktiv für Doppelverdiener. Eine moderne Ausrichtung der Gemeinden zahlt sich aus. Freiwilligenarbeit für den Mittagstisch wird vom Verein geleistet.

F. Sandoz meint zur Streichung des Bärämsle-Blattes: Wenn man sparen muss, spart man manchmal auch am falschen Ort. Wichtig ist aber der Nutzen. An der kommenden Budget-GV wird jedoch über die Finanzen ausführlich gesprochen.

Yvonne Kilcher aus Bättwil meint, dass heute die Kinder an Freitagen unter den Eltern ausgetauscht werden. Sie findet aber eine professionelle Betreuung wichtig. Sie fragt, was geschieht, wenn mehr Kinder kommen?

C. Gobeli erklärt, dass der Mittagstisch aufgrund der Umfrage so geplant wurde. Es können nicht mehr Kinder angenommen werden.

Michael Glaser aus Bättwil unterstützt einen Mittagstisch. Ihn stören ebenfalls die Kosten für die Gemeinden. Er findet 15 Franken angemessen (auch empfohlen von der Schw. Budgetberatung) und schade, wenn man es billiger machen würde. Die Steuern der Doppelverdiener werden die Kosten locker decken. Trotzdem erachtet er den Elternbeitrag zu tief. Die Gemeinde muss entlastet werden. Er stellt folgenden

Antrag: Fr. 15.- für 1 Kind, Fr. 12.50 ab 2 Kinder und Fr. 10.- ab 3 Kinder

Sabine Haselbach aus Witterswil und Vorstandsmitglied des Vereins MT erinnert, dass die Umfrage mit Fr. 8.- und 10.- erfolgte. Die Mehrheit hat für Fr. 10.- geurteilt. Die Umfrage in 4 Kantonen hat Fr. 9.50 ergeben. Sie ist der Meinung, dass sich Fr. 10.- alle leisten können, auch Alleinerziehende.

Andreas Strobel aus Witterswil berichtet von der Erfahrung aus Ettingen mit Fr. 10.- Elternbeitrag. Die Kinderzahlen sind rückläufig, da die Eltern sich den MT nicht mehr leisten können. Das Essen wird vom Altersheim mit zu grossen Portionen geliefert. Die Hälfte muss entsorgt werden. Er verlangt, dass das Catering von der Gemeinde entsprechend beeinflusst wird.

M. Seelig hat mit Rodersdorf gesprochen. Sie sind sehr zufrieden mit dem Catering. Der Menuplan ist auf dem Internet abrufbar.

Helen Tasser aus Bättwil verlangt die Details der Personalkosten.

Christa Moser aus Witterswil und Vorstandsmitglied des Vereins MT gibt zum Vergleich bekannt, dass Kommissionsmitglieder Fr. 25.- in der Gemeinde/Stunde verdienen und Hilfspersonen beim MT Fr. 30.- für 2 Stunden plus das Essen. Die Essenskosten werden zu je 4 Franken von der Gemeinde und den Eltern getragen. 2 Franken sind von den Subventionen.

Hermann Weber aus Witterswil weist auf die schlechten Finanzen in den Gemeinden hin und möchte wissen, wie das Budget aussieht. Grundsätzlich ist er für einen MT, möchte aber über den Beitrag erst mit Budget beschliessen. Er möchte wissen, wie der Ausstieg der Gemeinden geregelt ist. Er ist der Meinung, dass die Kontinuität des Vereins nicht so einfach zu halten ist und daher geregelt werden sollte.

M. Seelig erklärt, dass der Ausstieg einer Gemeinde nicht so einfach ist. Die Bundessubventionen müssen zurückgegeben werden, wenn der MT nicht 6 Jahre geführt wird. Die Beiträge werden jeweils mit dem Budget beschlossen. Heute wird jedoch keine Budgetdebatte geführt - aber es sieht nicht gut aus. Der Kanton wälzt viele Kosten auf die Gemeinden ab.

F. Sandoz bestätigt die rechtliche Lage mit den Bundessubventionen. Es kann aber niemand garantieren, dass der MT 6 Jahre geführt werden kann. Zwischen dem Verein und den Gemeinden bestehen keine Verträge für die Fr. 20'000. Damit ist ein Ausstieg möglich. Der Verein muss dann das Geld anderweitig organisieren. Die Gemeinden und der Verein wollen jedoch Kontinuität und nicht das Geld zurückzahlen.

Jörg Schermesser erkundigt sich, was die Frauen mit den Kindern in den 14 Wochen Ferien machen. Er unterstützt den Antrag für die Senkung des Gemeindebeitrages.

Hans Peter Ehrensperger aus Witterswil ist kein Profi für Mittagstischfragen. Er schaut aber auf die Nachbargemeinden und möchte in einer ebenso attraktiven Gemeinde leben. Daher unterstützt er den MT und bittet die Versammlung den Start mit 10 Franken zu ermöglichen.

M. Seelig erklärt, dass die Fr. 20'000 ein Kostendach sind. Falls die Subventionen vom Bund bezahlt werden, sind die Kosten tiefer. Am Beispiel der Feuerwehrsteuer erklärt er, wie wichtig es ist, dass junge ZuzügerInnen nach Witterswil

kommen. Bättwil hat viele Einwohner zwischen 20 und 42 Jahren und kann damit die Feuerwehr mit den Ersatzabgaben finanzieren.

Peter Hasler aus Bättwil stellt

Antrag: für ein Kostendach von Fr. 10'000.- in den Jahren 2009/2010

Michael Glaser zieht seinen Antrag zurück und unterstützt den Antrag Hasler.

Beschlüsse GR-Antrag Fr. 20'000.00 Kostendach

Witterswil	92 Ja	12 Nein	13 Enthaltungen
------------	-------	---------	-----------------

Bättwil	24 Ja	27 Nein	7 Enthaltungen
---------	-------	---------	----------------

Auf Antrag von Max Kilcher stimmt Bättwil ein 2. Mal ab, da er der Meinung ist, das Resultat stimmt nicht. Die 2. Abstimmung sieht wie folgt aus.

Bättwil	26 Ja	29 Nein	7 Enthaltungen
---------	-------	---------	----------------

Beschlüsse Antrag Hasler Fr. 10'000.00 Kostendach

Bättwil	43 Ja	2 Nein	4 Enthaltungen
---------	-------	--------	----------------

Witterswil	92 Ja	10 Nein	17 Enthaltungen
------------	-------	---------	-----------------

Damit ist der Antrag Hasler angenommen. Der Mittagstisch erhält maximal Fr. 10'000.00 für die Jahre 2009 und 2010 von beiden Gemeinden im Verhältnis zu den Einwohnern. 2011 ist erneut über den Beitrag in beiden Gemeinden zu beschliessen.

5. Verschiedenes

Mark Winkler aus Witterswil freut besonders der Zusammenschluss der beiden Feuerwehren und schlägt vor, die Dorfzeitungen von Witterswil und Bättwil ebenfalls zusammen herauszugeben. Vieles wird heute in beiden Zeitungen gedruckt und es braucht nicht viel für eine gemeinsame Ausgabe. Die Versammlung zollt diesem Vorschlag einen kräftigen Applaus.

F. Sandoz möchte mit dem Applaus weiter mit einer Dorfzeitung planen. Er macht darauf aufmerksam, dass die nächste Ausgabe bald wieder auf der Homepage erscheint.

M. Seelig macht auf das Projekt der Tramlinie 10 mit Doppelspurausbau für den 7.5 Minuten-Takt aufmerksam. Die Projektpläne sind an der Seitenwand der MZH aufgehängt und können nach der Versammlung angeschaut und Fragen gestellt werden. Zu einem späteren Zeitpunkt folgt eine öffentliche Auflage.

Nachdem keine Wortbegehren mehr vorliegen, bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schliesst die Versammlung um 23.00 Uhr.

Für das Protokoll

Namens der Gemeindeversammlung Witterswil

Mark Seelig
Gemeindepräsident

Bruno Thommen
Gemeindeschreiber

Für das Protokoll

Namens der Gemeindeversammlung Bättwil

François Sandoz
Gemeindepräsident

Regula Steccanella
Gemeindeschreiberin

Verteiler

Gemeinderäte
Ersatzgemeinderäte
Finanzverwaltung

10. Dezember 2008

6. Teilrevision DGO – Anhang 2 – Festsetzen der Honorare, Entschädigungen und Sitzungsgelder für nebenamtliche Funktionen
7. Genehmigung des Voranschlags für die Laufende Rechnung und die Investitionsrechnung 2009
8. Verschiedenes

**29 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
Wahl der Stimmzähler**

François Sandoz eröffnet die Gemeindeversammlung und begrüsst die Anwesenden. Er hält fest, dass die Einladungen rechtzeitig publiziert wurden und dass die Unterlagen zu den Traktanden auf der Verwaltung bereit lagen oder von der Homepage der Gemeinde heruntergeladen werden konnten.

Er begrüsst als Vertreter der Basler Zeitung Rolf Zenklusen, stellt die Mitglieder des Gemeinderates, die Gemeindeverwalterin, die Sachbearbeiterin und die Protokollführerin sowie die Vertreter des Technischen Dienstes vor und entschuldigt Gemeinderat Adrian Buslinger, der wegen Krankheit nicht teilnehmen kann.

Auf François Sandoz Vorschlag hin wählt die Versammlung einstimmig folgende Stimmzähler:

linke Seite und Gemeinderatstisch, René Walser

rechte Seite, Roland Schermesser

Es werden 52 Stimmberechtigte gezählt.

François Sandoz legt die Traktandenliste vor und fragt in die Runde, ob Änderungen gewünscht werden.

Die Traktandenliste wird wie vorgelegt einstimmig genehmigt.

**30 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 4. Juni 2008**

Das Protokoll lag während der Schalterstunden bei der Gemeindeverwaltung zur Einsichtnahme auf oder konnte über das Internet unter www.baettwil.ch abgerufen werden.

Da keiner der Stimmberechtigten Fragen zum Protokoll stellt, lässt François Sandoz abstimmen.

Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 4. Juni 2008 wird einstimmig bei 4 Enthaltungen genehmigt.

Traktandum 3 Finanzplan

Einleitend gibt François Sandoz einen Überblick über die Laufende Rechnung 2008. Bereits bekannt seien folgende Abweichungen vom Budget, welche François Sandoz auch begründet.

- Mehrausgaben Sozialkosten Nachzahlung 2007, Fr. 90'000, Beitragssatz pro Kopf nachträglich erhöht,
 - Mehrausgaben Nachzahlung IV-Beiträge, Fr. 25'000,
 - Mindereinnahmen Grundstückgewinnsteuer, Fr. 150'000, Umzonung Eichacker verzögert,
 - Rückzahlung Bauverwaltung 2007, Fr. 40'000, nach Verhandlung mit Hofstetten,
 - Rückzahlung VÖSB-Gelder, Fr. 40'000, Rückzahlung von 2/3 der einbezahlten Gelder.
- Daraus resultiere eine Verschlechterung der Laufenden Rechnung von Fr. 185'000. Der Nettoerlös aus dem Verkauf der Krone von Fr. 720'000 sei massgeblich für das positive Ergebnis, welches jetzt auf zwischen Fr. 50'000 und 150'000 geschätzt werden könne.

Lilly Tagni möchte wissen, wieso der Erlös aus dem Verkauf der Krone nur Fr. 720'000 betrage, sie habe gedacht, das werde eine Million sein.

François Sandoz erklärt, dass vom erzielten Verkaufspreis der Restbuchwert von Fr. 600'000 abgezogen werden müsse.

Verena Leuenberger fragt nach den Gründen für Fr. 90'000 Mehrkosten bei den Sozialausgaben.

François Sandoz führt aus, wie einfach der Kanton es habe, den Beitragssatz pro Kopf zu erhöhen. Wenn man bemerke, dass die Beiträge der Gemeinden nicht ausreichend seien, würde der Beitragssatz durch Regierungsratsbeschluss sogar rückwirkend angepasst. Mit demselben Regierungsratsbeschluss sei auch der Beitragssatz für 2009 auf Fr. 230 pro Einwohner erhöht worden.

François Sandoz berichtet der Gemeindeversammlung, wie der Gemeinderat bei der Erstellung des Finanzplans vorgegangen und von welchen Fakten, Umständen, Annahmen und Abhängigkeiten er ausgegangen sei. Alles sei auch mit der FIKO, welche Fragen gestellt und Vorschläge eingebracht habe, besprochen worden. Gemeinsam hätte man einen ganzen Morgen mit Kantonsvertretern die Situation diskutiert. Diese haben Empfehlungen abgegeben, jedoch auch kein Geld bringen können. Es sei zwar ein schwacher Trost, aber man betrachte Bättwil beim Kanton nicht als Sanierungsfall.

Bei der Präsentation des Finanzplanes zeigt Lucien Monnerat als erstes auf, mit welchen allgemeinen Vorgaben der Gemeinderat gerechnet hat.

Verena Leuenberger wirft die Frage auf, wieso der Gemeinderat von 134 % Steuerfuss und einer Einwohnersteigerung ausgegangen sei. Sie ist der Meinung, wenn es für die Gemeinde gut laufe, steige die Einwohnerzahl gar nicht an. Durch einen Anstieg ergebe sich automatisch auch eine Steigerung aller Aufwendungen wie zum Beispiel für Wasser, Abwasser, Strassenreinigung.

Lucien Monnerat erklärt, der Gemeinderat müsste für den Finanzplan gewisse Annahmen treffen und habe gut durchdacht, wieso er von welchen Zahlen ausgehe.

François Sandoz weist darauf hin, dass es jetzt darum gehe, die Sicht des Gemeinderates aufzuzeigen. Das Ergebnis werde noch erläutert, andere Meinungen könnten gerne bei der Diskussion über den Steuerfuss eingebracht werden.

Zum Investitionsplan leitet Lucien Monnerat mit einem Hinweis darauf ein, dass viele Wünsche, manchmal auch Befehle, vom Kanton, von Zweckverbänden und Kommissionen kommen würden. Der vorliegende Investitionsplan enthalte nur das absolute Muss, alles andere habe man weggelassen.

Dieter Kury interveniert, bei den Zahlen würden die Investitionen für zwei Feuerwehrfahrzeuge fehlen.

François Sandoz räumt ein, diese habe der Gemeinderat leider vergessen, sie werden natürlich in den Finanzplan aufgenommen.

Nach Anregung von Thomas Kötter erklärt François Sandoz, dass die Vorfinanzierung von Fr. 400'000 die noch nicht bebaute Seite des Apfelweges betreffe. Die Perimeterbeiträge würden erhoben, wenn dieses Gebiet Bauland sei.

Von zwei Votanten bemerkte vermeintliche Rechenfehler werden von François Sandoz aufgeklärt; da nicht alles auf einer Folie Platz hatte, wurde zweigeteilt. Am Ende der 2. Seite stimme die Berechnung.

Simon Schüpbach möchte Auskunft darüber, was denn an Leitungen saniert werden müsse.

Dazu führt François Sandoz aus, es sei sehr schwierig, auf dieser Ebene hieb- und stichfeste Zahlen zu erhalten. Auch wenn es eigentlich logisch wäre, dass die Leitungen in der Hauptstrasse dann erneuert würden, wenn der Kanton diese saniere, möchte der Gemeinderat – falls der Zustand der Leitungen es zulasse – die Sanierung nicht einfach zeitgleich mit den Strassenarbeiten des Kantons ausführen, sondern erst dann, wenn es wirklich notwendig sei. Deshalb habe der Gemeinderat das Büro Vorburger beauftragt, die Leitungen systematisch zu prüfen und eine nach Alter und Zustand der Leitungen bereinigte Version des GWP zu unterbreiten. Der Gemeinderat möchte lediglich alle zwei Jahre ein grösseres Stück sanieren und eine Reserve belassen für Arbeiten, welche unverzüglich ausgeführt werden sollten.

Simon Schüpbach erachtet die Kosten für diese Sanierungen als generell sehr hoch.

Zu den 10-Jahres-Prognosen über die Laufende Rechnung erläutert Lucien Monnerat, dass diese besonders schwierig zu erstellen seien. Vieles sei vorgegeben, beim Sachaufwand könne nur wenig eingespart werden, Abschreibungen und Passivzinsen seien relativ hoch, auch hier könne nur wenig verändert werden. Bei den Entschädigungen und Beiträgen stehe man mit gebundenen Händen da, diese würden vom Kanton oder von Zweckverbänden bestimmt, man habe kurzfristig nur wenig Einfluss.

Thomas Kötter bittet um Erklärung des grossen Rückgangs beim Personalaufwand von 2008 auf 2009.

François Sandoz nennt dafür folgende Gründe: Zum einen handle es sich um den Sondereffekt, der durch den neuen Vertrag mit Hofstetten über die Bauverwaltung ausgelöst werde, zum anderen um Reduktion der Stellenprozente beim Technischen Dienst und auf der Verwaltung. Im 2009 werde Jörg Schermesser pensioniert, man wolle die bewilligten 250 % für den Technischen Dienst nicht ausschöpfen, sondern mit 200 % und nötigenfalls zusätzlichen Einsätzen auf Stundenbasis operieren. Auf der Verwaltung habe man keine Auszubildende

mehr und bei Frau Schneiter sei eine Reduktion der Stunden geplant. Zudem habe man mit Nicole Künzi lediglich einen Einjahresvertrag, sodass allenfalls weitere Einsparungen möglich seien. Auch wird weiter geprüft, ob man gewisse Dienstleistungen gemeinsam mit anderen Gemeinden erbringen könne.

Hans Georg Leuenberger dankt für die Sparbemühungen und möchte beantragen, dass die Gemeindeverwalterin anders entlohnt wird, da die FIKO einen Teil ihrer Aufgaben übernommen habe.

Thomas Kötter entgegnet, es sei nicht Aufgabe der FIKO, die Arbeit der Verwalterin zu machen, die FIKO sei zur Unterstützung des Gemeinderates zum Beispiel beteiligt beim Budgetprozess, habe dieses aber nicht mit verabschiedet. Auch der Antrag zum Steuersatz sei nicht der Antrag der FIKO.

Die Aufgaben der FIKO seien im Pflichtenheft festgehalten und enthielten keine Arbeiten der Finanzverwaltung, also auch keine Entlastung von Frau Steccanella.

Verena Leuenberger wirft ein, die Verwalterin sei doch für die Beratung angestellt, also sei das ihre Aufgabe.

François Sandoz erinnert daran, dass man aktuell beim Finanzplan sei, später käme man zu Änderungen der DGO. Die Gemeindeangestellten lägen in der Verantwortung des Gemeinderates und nicht in der Kompetenz der Gemeindeversammlung. Der Gemeinderat arbeite an der Sache und ziehe auch Vergleiche mit anderen Gemeinden. Aber die FIKO erledige nicht die Arbeit von Frau Steccanella.

Thomas Kötter moniert, die Stellenprozente lägen doch in der Kompetenz der Gemeindeversammlung, und François Sandoz erwidert, dies sei zwar richtig, jedoch sei die Aufteilung Sache des Gemeinderates.

Hans Georg Leuenberger möchte wissen, ob man die Stellenprozente noch weiter kürzen könne, wenn der Vertrag mit Nicole Künzi nicht weitergeführt werde.

François Sandoz bejaht.

Lucien Monnerat erläutert die geplanten Einnahmen. Bei den Steuern habe man ohne entsprechenden Beschluss mit 134 % gerechnet. Seltsam sei es schon, dass der Kanton einerseits den Gemeinden Nachrechnungen stelle, andererseits die Steuern senke. Eine weitere Senkung sei für 2012 geplant. Zumindest gebe es ab 2009 einen deutlich besseren Subventionsgrad bei den Lehrerlöhnen.

René Walser fragt nach, wieso wir im 2009 keinen Finanzausgleich erhalten, ab 2010 jedoch Fr. 20'000, dann Fr. 50'000.

François Sandoz antwortet, laut Prognose sei 2009 das letzte Jahr, in dem die Gemeinde in den Finanzausgleich einzahlen müsse, danach werde sie Beträge erhalten.

Lucien Monnerat führt weiter aus, nach Ertragsüberschüssen durch Landverkäufe komme es ab 2012 zu einem Durchhänger, danach wieder zu Überschüssen. Ohne die Grundstücksverkäufe würden die Ergebnisse durchwegs negativ.

Verena Leuenberger will wissen, um welche drei Grundstücke es sich handle – Rütthofstrasse, Rebenstrasse, Eichacker – und fragt nach Beantwortung direkt nach, ob die Gemeindeversammlung denn schon darüber befunden habe.

François Sandoz erinnert daran, dass die Suche nach Käufern bereits von der Gemeindeversammlung bewilligt wurde. Das weitere Vorgehen entspreche der Gemeindeordnung.

Verena Leuenberger ruft die Versammlung auf, darüber nachzudenken, es gehe nicht um uns, sondern um unsere Kinder und Kindeskinde. Nirgendwo könne dann mehr ein Gebäude gestellt werden.

François Sandoz stellt fest, dass auch diese Gedanken in die Planung eingeflossen seien, das Thema jedoch nicht heute behandelt werde.

Max Kilcher fragt nach dem sprunghaften Anstieg der Vermögenserträge auf Fr. 220'000 im 2008, danach seien diese Erträge wieder konstant bei Fr. 58'000.

Der Gemeinderat kann dies nicht sofort erklären, François Sandoz hat die Frage notiert und wird darauf zurückkommen.

Manfred Erb gibt zu Bedenken, wenn man mit einem Anstieg der Einwohnerzahlen rechne, stiegen natürlich sämtliche Beiträge, welche pro Einwohner erhoben werden. Also solle man sich Gedanken machen über das gewünschte Wachstum.

Lucien Monnerat erklärt, die Entwicklung der Einwohnerzahlen sei immer eine dreischneidige Angelegenheit. Natürlich bräuchten mehr Einwohner auch mehr Steuergelder, mehr Kinder bedeuteten jedoch auch höhere Bildungskosten, seien jedoch viele ältere Menschen in der Einwohnerschaft, stiegen andere Kosten wie z.B. Spitex an.

François Sandoz ergänzt, wenn Bättwil im Vergleich zu den anderen beteiligten Gemeinden nur ein bisschen weniger wachse, würden auf die Einwohnerzahl bezogenen Beiträge sinken. Wichtig sei es, dass Bättwil nicht zu schnell wachse, sonst wären wir mit einer enormen Kostensteigerung konfrontiert. Eine Zunahme um 100 Einwohner entspräche heute weniger als 10 %, im Vergleich zu früher sei die Entwicklung bedeutend flacher.

Lucien Monnerat kommt auf die Entwicklung von Aufwand und Ertrag zu sprechen, welche ohne die Verkäufe sehr wacklig wäre, wie eine separate Tabellenzeile auf der Folie zeigt.

Als letzten Teil der 10-Jahres-Planung legt Lucien Monnerat die Planbilanz auf. Hier falle auf, dass relativ viel Geld in den Spezialfinanzierungen stecke. Die entsprechenden Investitionen würden ab dem nächsten Jahr separat ausgewiesen und so auch transparenter. Der Gemeinderat habe sich abgesichert und diese Zahlen dem Amt für Gemeinden zur Prüfung vorgelegt.

François Sandoz ergänzt, die Gemeinde habe lange Jahre zu wenig abgeschrieben und für die Spezialfinanzierungen keinen Zins bezahlt, was einer Quersubvention gleichkomme. Dies könne jedoch nicht rückwirkend korrigiert werden, weshalb man nun nach Empfehlung des Amtes für Gemeinden vorgehe.

Der Finanzierungsfehlbetrag solle abnehmen, resp. es solle keinen mehr geben.

Traktandum 4 Festsetzen der Steuern und Gebühren

Ausgangslage

Durch die für 2008 beschlossene Steuererhöhung um 10 auf 130 % konnte ein Voranschlag für 2008 vorgelegt werden, welcher einen Aufwandüberschuss von ca. Fr. 450'000.-- vorsah. Zur Erinnerung: Die Rechnung 2007 hat mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 844'000.-- abgeschlossen und per Ende 2007 betrug der Bilanzfehlbetrag der Gemeinde Fr. 671'000.--. Nun wurde, im Hinblick auf die Budgetierung 09, die aktuelle Situation bei der laufenden Rechnung 2008 geprüft und eine Prognose für den Abschluss der Rechnung gemacht. Diese Überprüfung und Prognose hat ergeben, dass mit einem um ca. Fr. 150'000.-- höheren Aufwandüberschuss als budgetiert zu rechnen ist.

Dieses Ergebnis ist hauptsächlich auf tiefere Steuereinnahmen im Bereich Grundstückgewinnsteuer (- Fr. 150'000.--) und höhere Sozialkosten (+ Fr. 100'000.--) zurückzuführen. Auf der Einnahmenseite soll im Wesentlichen das Budget eingehalten werden können und es ist mit einmaligen, nicht budgetierten Einnahmen (Rückerstattung Bauverwaltung, Rückerstattung Beiträge VÖSB) von ca. Fr. 80'000.-- zu rechnen.

Dank dem Verkauf der Liegenschaft Krone ergibt sich zusätzlich ein einmaliger Sonderertrag von Netto Fr. 720'000.-- was dazu führt, dass die Rechnung 2008 schlussendlich mit einem Ertragsüberschuss von ca. Fr. 100 bis Fr. 150'000.-- abschliessen sollte.

Aussichten

Nachdem bereits 2008 diverse Sparmassnahmen eingeleitet wurden, wurde das Budget 2009 nochmals genauer geprüft und weitere Massnahmen zur Kostensenkung beschlossen, welche anlässlich der Gemeindeversammlung detailliert erläutert werden. Weiter hat der Gemeinderat die Investitionen auf ein Minimum reduziert. Nur noch absolut notwendige oder vorgeschriebene Investitionen sollen in den kommenden Jahren realisiert werden.

Gemäss Finanzplan sollen die eingeleiteten Kurskorrekturen zusammen mit der geplanten Weiterentwicklung der Gemeinde sowie der Realisierung von Synergien mit den umliegenden Gemeinden, mittelfristig, eine deutliche Verbesserung der Situation bewirken. Allerdings ist es dadurch nicht möglich, kurzfristig, bereits 2009 oder 2010, die Einnahmen und Ausgaben anzugleichen. Laut Voranschlag würde bei einem unveränderten Steuerfuss von 130 % einen Aufwandüberschuss von ca. Fr. 400'000.-- resultieren.

Auch muss hier erwähnt werden, dass die laufende Erhöhung der Pflichtausgaben durch den Kanton (z.B. öffentlicher Verkehr, Sozialleistungen, usw.) immer wieder dazu führt, dass die Sparanstrengungen kompensiert werden.

Schlussfolgerung

Aufgrund der obigen Aufführungen sind weitere Massnahmen auf der Einnahmenseite unabdingbar, um die Reduktion des Bilanzfehlbetrages und der Verschuldung zu erreichen. Zu diesem Zweck schlägt der Gemeinderat vor, einerseits eine massvolle Erhöhung des Steuerfusses vorzunehmen und andererseits die sich in der Bauzone befindenden Grundstücke schrittweise zu verkaufen.

Somit beantragt der Gemeinderat gemäss § 3 des Gemeindesteuerreglements für natürliche und juristische Personen folgende Steuerfüsse und Gebühren gutzuheissen:

- 1. Gemeindesteuern für natürliche Personen neu 134 % (bisher 130 %)**
- 2. Gemeindesteuern für juristische Personen unverändert bei 130 % belassen**
- 3. Abfallgebühren unverändert belassen**

François Sandoz fasst anhand einer Präsentation zusammen, wieso der Gemeinderat beantragt, den Steuerfuss auf 134 % zu erhöhen. Grundsätzlich sollten mit den Steuereinnahmen laufende Kosten abgedeckt, der Bilanzfehlbetrag abgetragen und eine Reserve für besondere Projekte/Investitionen gebildet werden. Dabei solle die Attraktivität der Gemeinde im Verhältnis zur regionalen Situation erhalten bleiben und Kontinuität gewahrt werden. Auch solle die Steuerbelastung für die Bevölkerung annehm- und nachvollziehbar sein.

Um die Rechnung ausgeglichen zu gestalten, wäre sogar ein Steuerfuss von 138 % nötig. Mit 130 % erhöhten sich Bilanzfehlbetrag und Verschuldung laufend. Auf Empfehlung des Kantons sollten die Gebühren tief bleiben, bis das Vermögen der Spezialfinanzierung reduziert sei, dafür solle der Steuerfuss massvoll angehoben werden. Man wolle die neue Situation während 2-3 Jahren beobachten und die Rechnung weiter verbessern. Eine weitere Erhöhung des Steuersatzes solle durch den Verkauf von Grundstücken vermieden werden. Auch sollten die Steuern für Unternehmen attraktiv gestaltet werden, um wenn möglich neue Steuereinnahmen zu generieren.

Auf Bitte von Thomas Kötter erklärt François Sandoz das Holdingprivileg. Im Kanton Solothurn sei es möglich, für Holdinggesellschaften einen tiefen Holdingsteuersatz anzusetzen, was dazu führen könnte, dass die eine oder andere Gesellschaft ihr Steuerdomizil nach Bättwil verlege. So käme die Gemeinde zu zusätzlichen Steuereinnahmen.

Thomas Kötter fragt nach, wie sicher der Gemeinderat sei, dass diese Zahlen standhielten, wie es ab 2010 mit den Sparmassnahmen aussehe und ob weitere Massnahmen vorgesehen seien.

François Sandoz erwidert, wie es weitergehe, werde man nach dem Ausgang der Abstimmung über den Steuerfuss sehen. Werde der Antrag des Gemeinderates abgelehnt, müssten zusätzliche Massnahmen, wie zum Beispiel die Kündigung von Verträgen geprüft werden. Er nennt als Beispiele die Bauverwaltung, die Kündigungsfrist betrage ein Jahr, und den MUSOL mit einer Kündigungsfrist von zwei Jahren. Hier seien die Kosten auch weit höher als früher. Auch werde es keine weiteren Projekte mehr geben können.

Thomas Kötter nennt als Stichwort den „Wunsch der Bevölkerung“; beim letzten Mal sei doch klar geworden, dass keine weitere Steuererhöhung gewünscht werde, Sparmassnahmen seien per sofort gefordert worden. Was nun daraus geworden sei?

François Sandoz möchte aufzeigen, dass doch bereits einiges realisiert werden konnte. 80 % der Kosten seien fest, auch die Personalkosten könnten nicht sofort beeinflusst werden, Fristen und Kontinuität müssten gewahrt werden. Dass es jetzt nicht aufgehe, habe zum Grossteil der Kanton verursacht. Er nennt als Beispiele den 7-Minuten-Takt beim ö.V. oder die Verdoppelung der Sozialkosten durch die SOREG.

Lilly Tagni stellt die Frage, wie man denn Holdinggesellschaften anziehen wolle, wo doch die Bauvorschriften in der Industriezone so eng gesehen würden.

Verena Leuenberger meint, einerseits wolle man den Steuerfuss auf 134 % erhöhen und andererseits Bättwil für Neuzuzüger attraktiv gestalten. Dabei stünden doch jetzt schon viele Gebäude, wie die Häuser am Bahngleise, leer.

François Sandoz erwidert, man müsse auch mit anderen Gemeinden im Kanton vergleichen, und wagt zu bezweifeln, dass die Attraktivität alleine am Steuerfuss liege.

René Walser hat die Preise für die leerstehenden Häuser am Bahngleis. Zuerst seien sie für Fr. 720'000, dann für Fr. 660'000 ausgeschrieben gewesen. Sobald der Preis noch etwas sinke, würden die Häuser sicher verkauft.

Urs Stöcklin möchte wissen, wie die Gemeinde sich gegen den Beitrag an die Sanierung der Strasse wehren könne. Er frage sich auch, wie solche Sachen entschieden würden, ob da ein Regierungsrat durchfahre und meine, nun müsse man sanieren.

François Sandoz sagt, es gebe schon Möglichkeiten, sich zu wehren, die Gemeinde sei beim U-Abo für OZL-Schüler erfolgreich gewesen.

Hansjörg Känel ergänzt, über Sanierungsprogramme werde im Kantonsrat abgestimmt. Wenn wir die Kosten dafür nicht aufbringen könnten, müssten wir die von uns gewählten Parlamentarier mobilisieren. Oft würde Projekten auch bei kantonalen Abstimmungen zugestimmt und danach würden wir uns über die entstehenden Kosten ärgern.

François Sandoz meint, auch der Verband der Einwohnergemeinden biete Möglichkeiten zur Einflussnahme. Leider seien hier auch Olten, Solothurn und andere dabei, welche ihren Steuerfuss auf 110 % hielten, dafür aber jeweils für Maximalbeiträge plädieren würden.

Jörg Schermesser ist auch nicht einverstanden mit einer Erhöhung; in den Gemeinden werde gestrichen und gedämpft, bei der Schule (Lehrerlöhne + 2,7 %) und beim Sozialwesen stiegen die Kosten laufend an. Man solle auch einmal von aussen her etwas unternehmen, nicht immer nur von der Gemeinde her mehr bezahlen.

François Sandoz hat das Thema an der Delegiertenversammlung des OZL angeschnitten. Er sei nicht sehr erfolgreich gewesen mit der Frage, wieso das OZL keinen Einfluss ausübe auf die Lohnverhandlungen der Regierung mit den Verbänden. Aus lauter Spardruck müsse den eigenen Angestellten weniger bezahlt werden, auf der anderen Seite werde bei den Lehrern mit einer anderen Elle gemessen. Dies sei eine schwierige Situation für eine einzelne Gemeinde.

Hans Georg Leuenberger führte vor einem Jahr bereits ein Gespräch mit Herrn Steiner. Es sei gut, dass man das jetzt auch mache. Damals habe Herr Steiner empfohlen, wir sollten doch einmal vorsorglich alle Verträge, mit denen wir gebunden seien, kündigen und neu aushandeln.

Auch habe er die Steuerfüsse im Kanton verglichen. Im 2008 seien 110 Gemeinden tiefer, obwohl Bättwil bei den höchsten Pro-Kopf-Einkommen liege. Er sei enttäuscht, dass trotz 134 % kein ausgeglichenes Budget präsentiert werde.

Das Eintreten auf Traktandum 4 – Festsetzen der Steuern und Gebühren – wird einstimmig beschlossen.

François Sandoz erklärt, wieso die Gebühren für Wasser- und Abwasser jetzt nicht erhöht werden. Zuerst solle das Geld aufgebraucht werden, das wir noch in der Kasse der Spezialfinanzierung haben.

René Walser findet es beschämend, dass so wenige Leute da sind.

Verena Leuenberger ist der Meinung, in erster Linie zähle doch bei Wasser und Abwasser das Verursacherprinzip, erst danach die Steuern.

Dieter Kury fragt, ob man nicht, wenn doch Vermögen in der Kasse der Spezialfinanzierung sei, dieses durch Leitungssanierungen abbauen könne.

Thomas Kötter erklärt, der einzige Weg, die Überschüsse abzubauen – auch nach Empfehlung des Kantons – sei der Abbau durch zu niedrige Gebühren. Lediglich die Abschreibungen aus den Spezialfinanzierungen flössen in die Rechnung ein.

Hansiörg Känel hat errechnet, wenn Wasser und Abwasser kostendeckend sein sollten, müsste man statt Fr. 1.10 pro m³ 1.70 verlangen. Unser Wasser sei also ca. 40 % zu billig. Die vorgeschriebenen Zinsen von 3,5 % auf das Vermögen der Spezialfinanzierung würden natürlich die Gemeindekasse belasten.

Hans Georg Leuenberger möchte sich vergewissern, dass dieses Vorgehen wirklich keine Belastung sei, bis das Vermögen aufgebraucht sei?

François Sandoz antwortet auf die Frage von Dieter Küry, eine grössere Sanierung sei im Moment nicht nötig, die Netze seien in relativ gutem Zustand.

Hans Roderer meint, wenn man das Budget anschau, müsse doch Geld da sein. Er sei gegen eine Erhöhung von 14 % innerhalb eines Jahres. Neue Einwohner sollten jetzt nicht bestraft werden.

François Sandoz liegt es fern, jemanden zu bestrafen. Vergleiche mit anderen Gemeinden würden zeigen, dass nicht nur Bättwil in dieser Lage ist. Auch ein Steuerfuss von 134 % reiche noch nicht aus, um auf eine schwarze Zahl zu kommen, ohne etwas zu verkaufen. Zweimal in einem Jahr, sei nicht ganz richtig ausgedrückt, da es sich um 2008 und 2009 handelt.

Lilly Tagni erinnert daran, dass man damals Land im Zielacker und in der Rebenstrasse verkauft habe, um die Krone kaufen zu können. Nun sei die Krone verkauft und man wolle trotzdem noch weiter Land verkaufen.

Thomas Kötter ist auch gegen eine erneute Erhöhung, selbst diese würde offensichtlich immer noch nicht ausreichen. Sofortmassnahmen seien beschlossen worden. Der Schlüssel liege nicht auf der Steuerseite, sondern bei mehr Einsparungen.

Verena Leuenberger möchte wissen, was der Umzug in den Birkenhof gekostet habe.

François Sandoz antwortet, die Abrechnung sei noch nicht definitiv erstellt, die Kosten lägen jedoch rund Fr. 20'000 unter dem budgetierten Betrag.

Er ergänzt, auch die Wasserleitung sei um rund Fr. 40'000 günstiger zu stehen gekommen als budgetiert.

Am Problem, dass man in der Vergangenheit Geld ausgegeben habe ohne die entsprechenden Abschreibungen zu tätigen, könne er im Moment nichts ändern.

Thomas Kötter stellt fest, man müsse analysieren, wieso diese Defizite entstanden sind und reagieren.

François Sandoz führt aus, es sei nicht alles so einfach, steige man beispielsweise aus dem Zweckverband aus, wohin würden dann unsere Kinder in die Schule gehen, eine Kündigung des MUSOL würde bedeuten, dass wir es wieder selber machen müssten. Das komme nicht alles billiger zu stehen.

Er erinnert auch daran, dass vor einem Jahr die Gemeindeversammlung verboten hatte, Rückzahlungsforderungen an die Bauverwaltung Hofstetten zu richten.

Urs Stöcklin verweist auf den anwesenden Vertreter der BaZ und möchte erwähnen, wenn man irgendwo nicht mitmache, werde man sehr schnell schlechtgemacht, wie der kürzlich erschienene Artikel zum Sportplatz zeige.

Urs Bussmann regt an, alle müssten überlegen, was man eigentlich wolle. Klar sei, keiner wolle mehr Steuern. Er erinnert an die Gemeindeversammlung mit Witterswil und daran, wie toll die ganzen Feuerwehrmänner mitgearbeitet hätten. Leider sei das Geld, das man durch die Zusammenlegung eingespart habe, gleich wieder für den Mittagstisch ausgegeben worden.

Er wäre auch mit einem Steuerfuss von 150 % einverstanden gewesen, wenn dies zu einer ausgeglichenen Rechnung führen würde. Nun solle man mutig werden, bei den Zweckverbänden vorsprechen, er stelle sich zum Kommissionsstundensatz von Fr. 26.90 gerne beratend zur Verfügung und würde mitgehen.

François Sandoz stellt fest, dass Einiges unternommen werden müsse, wenn die 134 % nicht bewilligt würden, dies in kleinen Schritten und massvoll.

Thomas Kötter wirft ein, genau über dieses Mass wolle er reden. Er habe die Entwicklung der pro Kopf Kosten in Bättwil und anderen Gemeinden analysiert. Es gehe in die richtige Richtung, ob auch schnell genug, würden wir in 5 Jahren sehen. Die Kosten zu senken, bedeute auch weniger Service. In Bereichen, welche wir selber beeinflussen könnten, seien wir mit den Kosten immer noch über dem Durchschnitt. Wo Potenzial sei, müssten die Kosten weiter reduziert werden. Beim Votum zum Bäramsle-Blatt anlässlich der Gemeindeversammlung in Witterswil habe er eine positive Stimmung für Bättwil gesehen, wieso also solle man nicht eine Fusion ins Auge fassen, die ergäbe viel Potenzial. Er schlage vor, die Meinung der Bevölkerung über eine Fusion einzuholen, wie viele im Saal wären jetzt dafür und wie viele dagegen.

Manfred Erb sah bei der Zusammenlegung der Feuerwehr, dass noch mehr Zusammenarbeit nicht mehr möglich sei, und schliesst daraus, als nächster Schritt sollte die Fusion folgen.

François Sandoz bemerkt, Fusionieren sei wie Heiraten, man müsse dafür zu Zweit sein.

Thomas Kötter entgegnet, auch beim Heiraten müsse einer den Mut haben, den Antrag zu machen.

Monika Bernhard gibt zu Bedenken, dass eine Fusion auch Arbeitslose schaffe.

Rosemarie Willumat erinnert daran, dass man zum Abstimmen über die Steuern hier sei.

Walter Brunner möchte jetzt über den Steuersatz abstimmen und bei Ablehnung der 134 % das Budget zurückweisen.

Reto Haag denkt, man müsse jetzt langfristig planen, um die Finanzen auf die Reihe zu bekommen. 4 % seien ein schmerzlicher Eingriff, aber wir müssten Bereitschaft signalisieren.

Thomas Kötter stellt fest, 4 % entsprächen Mehreinnahmen von ca. Fr. 100'000 und fragt, ob das wirklich ein Signal sei. Man sähe eher den 4 % Aufschlag als die Wirkung.

Hans Georg Leuenberger möchte zum Thema Fusion erwähnen, dass am kürzlich von seiner Partei organisierten Abend in Mariastein mit den beiden Regierungsräten auch gesagt wurde, dass der Kanton ein Kässeli für diesen Zweck habe.

François Sandoz möchte zur Abstimmung kommen, hält jedoch noch fest, mit einem Defizit von Fr. 400'000 sei eine Fusion nicht zu bewerkstelligen.

Der Antrag des Gemeinderates, den Steuerfuss für natürliche Personen neu auf 134 % festzusetzen, den Steuerfuss für juristische Personen unverändert bei 130 % und die Abfallgebühren unverändert zu belassen, wird mit 6 Ja- und 41 Neinstimmen abgelehnt.

Der Folgeantrag, den Steuerfuss für natürliche Personen wie bisher auf 130 % zu belassen wird einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.

Der Folgeantrag, den Steuerfuss für juristische Personen unverändert bei 130 % und die Abfallgebühren unverändert zu belassen wird einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.

Traktandum 5 Genehmigung folgender Investitionskredite

Einstimmig wird Eintreten auf Traktandum 5 beschlossen.

Urs Bussmann regt an, man solle es grundsätzlich immer gleich machen und die Bruttobeträge nehmen.

5.1 Leitungssanierung/Kanalfernsehen

Die Kanalfernsehaufnahmen für die Gemeinde Bättwil sind abgeschlossen. Mit dem Betrag von Fr. 20'000.-- soll nun das Sanierungsprogramm für eventuelle neue Mängel und das Kanalinformationssystem (KIS) auf den aktuellen Stand gebracht und nötige Kanalsanierungen ausgeführt werden.

Die Bruttokosten für die Leitungssanierung/Kanalfernsehen belaufen sich auf Fr. 20'000.--.

Hansjörg Känel erklärt, bei den Kanalfernsehaufnahmen seien diverse Schäden ersichtlich geworden. Die nun auszuführenden Arbeiten dienen der Erhaltung des Systems.

Auf Rückfragen von Urs Bussmann und Walter Brunner erläutert Hansjörg Känel, Subventionen werde es nicht geben und der Betrag von Fr. 20'000 werde für die Sanierung gebraucht, die Kanalfernsehaufnahmen seien bereits abgeschlossen.

Der Investitionskredit von Fr. 20'000.-- für die bei den Kanalfernsehaufnahmen entdeckten notwendigen Leitungssanierungen wird einstimmig bei zwei Enthaltungen bewilligt.

François Sandoz erklärt, dass Punkt 5.2 und 5.5 zusammen erläutert würden, da es sich um ein einziges Projekt des Kantons handle.

5.2 Eindolung Flühbach

Beim Kanal Flühbach handelt es sich um einen rechteckigen Kanal, bei welchem die Decke in einem sehr schlechten Zustand und daher sanierungsbedürftig ist. Die Tragsicherheit ist nicht mehr gegeben, daher muss dringend die Decke saniert werden. Die Sanierung soll gleichzeitig mit dem Ausbau Talstrasse-Leimenstrasse erfolgen.

Die Nettokosten für die Eindolung Flühbach belaufen sich auf Fr. 40'000.--.

5.5 Fussweg Leimenstrasse

Die Bruttokosten für den Strassen- und Trottoirausbau Talstrasse-Leimenstrasse durch den Kanton betragen Fr. 800'000.--. 70 % (Fr. 560'000.--) für die Gemeinde Hofstetten-Flüh und 30 % (Fr. 240'000.--) für die Gemeinde Bättwil.

An diesen Fr. 240'000.-- hat sich die Gemeinde mit 20.03 % zu beteiligen. Die Gesamtbeteiligungsnettokosten betragen somit Fr. 48'100.--. Für das Jahr 2009 müssen vorerst Fr. 36'000.-- ins Budget aufgenommen werden. Der Restbetrag von Fr. 12'100.-- soll zu einem späteren Zeitpunkt ins Budget aufgenommen werden.

Die Nettokosten für den Fussweg Leimenstrasse belaufen sich auf Fr. 50'000.--. Für das Jahr 2009 sollen Fr. 36'000.-- ins Budget aufgenommen werden.

Hanspeter Isenschmid gibt einen Überblick über das Projekt.

Urs Stöcklin möchte wissen, ob die Franzosen betreffend Kostenbeteiligung angefragt wurden, denn diese würden ja am meisten vom Projekt profitieren.

Lilly Tagni denkt, dass Bättwil hier bezahlen muss, obwohl kaum ein Einwohner von Bättwil diesen Weg benützt.

Alfred Gschwind fragt, ob denn alles bis zum Brüggli eingedolt werde.

Hanspeter Isenschmid zeigt auf der Karte, um welches Stück es sich handelt.

Hand Georg Leuenberger erkundigt sich, ob das Projekt zurückgestellt werden kann.

François Sandoz meint, man müsste beim Kanton anfragen, ob man ein Jahr später bezahlen könne, bezweifelt aber, dass der Kanton sich dadurch von seinem Plan abhalten lässt.

Verena Leuenberger fragt, ob wir im Falle einer Rückstellung etwas verlieren würden.

François Sandoz antwortet, dass bei Verzögerungen mit einer gewissen Teuerung gerechnet werden müsse. Auch werde der Gemeinderat das Projekt im Sommer wieder vorlegen müssen, wenn es jetzt abgelehnt würde.

Urs Stöcklin gibt zu bedenken, dass aus dem eingedolten Bach kein Notwasser mehr entnommen werden könne, und fragt, ob dies denn kein Grund für eine Einsprache beim Kanton gewesen wäre.

Max Kilcher möchte wissen, an welche Firmen die Arbeiten vergeben würden.

Hanspeter Isenschmid antwortet, es gebe das normale Submissionsverfahren.

Hans Roderer beantragt das Geschäft zu verschieben und nochmals mit dem Kanton darüber zu verhandeln.

Es wird über die beiden Geschäft abgestimmt.

Der Investitionskredit von Fr. 40'000.- für die Eindolung des Flühbachs wird mit 27 Ja- und 11 Neinstimmen bei 7 Enthaltungen bewilligt.

Der Investitionskredit von Fr. 36'000.- (Budget 2009, später Fr. 12'100.-) für den Fussweg Leimenstrasse wird mit 22 Ja- und 18 Neinstimmen bei 8 Enthaltungen bewilligt.

François Sandoz versichert, dass der Gemeinderat noch mit dem Kanton sprechen und auch die Frage der Notwasserentnahme ansprechen werde.

5.3 Drainageleitungen

Im Zusammenhang mit der Durchführung der Güterregulierung wurden im Winter 2006-2007 die Drainageleitungen im ganzen Gebiet der Güterregulierung im Auftrag der Flurgenossenschaft repariert und saniert.

Zu Beginn der Güterregulierung wurde zwischen Gemeinde und Flurgenossenschaft vereinbart, dass die Kosten, welche nicht subventioniert werden, zu Lasten der Gemeinde gehen sollen.

Die Drainageleitungen wurden in den Jahren 1920-1930 erstellt, seitdem nur sehr wenig unterhalten. Die Kosten für den Unterhalt gehen zu Lasten der Gemeinde, welche dazu verpflichtet ist.

Aufgrund der gleichzeitigen Durchführung mit der Güterregulierung konnte ein hoher Subventionierungsgrad durch Bund und Kanton von 70 % erzielt werden. Die restlichen 30 % muss nun die Gemeinde übernehmen.

Die Nettokosten für die Drainageleitungen, welche die Gemeinde übernehmen muss, belaufen sich auf Fr. 35'000.--.

François Sandoz erachtet es als etwas unschön, dass die Arbeiten bereits ausgeführt seien.

Lilly Tagni fragt nach, um welches Gebiet von Bättwil es gehe.

Alfred Gschwind erklärt, es sei sämtliches Land bis an die Grenze zur Bauzone, welches von der Güterregulierung betroffen war. Die Arbeiten seien noch nicht ganz beendet, es komme noch etwas nach.

Hans Georg Leuenbergers Frage nach einer allfälligen Vorfinanzierung wird beantwortet.

Max Auer erklärt, wo überall die Drainage saniert wurde. Es fehle jetzt noch ein kleines Stück beim Kronenhof.

Verena Leuenberger möchte wissen, wieso denn die Kosten nicht auf zwei Jahre gesplittet würden.

François Sandoz stellt fest, durch Splitten entstünden keine Einsparungen.

Der Investitionskredit von Fr. 35'000.- für die Drainageleitungen wird mit 37 Ja- und 5 Neinstimmen bei 3 Enthaltungen bewilligt.

5.4 Teilrevision Zonenplan

Der heute gültige Zonenplan wurde 1998 in Kraft gesetzt und ist somit bereits 10 Jahre alt. Gemäss Raumplanungsgesetz ist ein Zonenplan regelmässig, mindestens alle 10 Jahre, zu überprüfen und wenn nötig zu revidieren.

Im Sommer dieses Jahres hat weiter das Verwaltungsgericht in Zusammenhang mit der Behandlung einer Klage von Grundeigentümern aus dem Gebiet Grienacker (OeBA Zone) verfügt, dass Bättwil eine Revision des Zonenplanes durchführen muss und im Rahmen dieses Verfahrens eine Lösung für die OeBA Zone finden soll.

Schliesslich hat das Amt für Raumplanung bei der Vorprüfung der Einzonung und Baulandumlegung im Eichacker die Durchführung einer Revision des Zonenplanes für das Siedlungsgebiet verlangt. Auch können im Rahmen der nun geplanten Teilrevision die weiteren OeBa Parzellen, welche nicht mehr benötigt werden (Krone und Rebenstrasse), wieder in die Bauzone eingezont werden.

Die Bruttokosten für die Teilrevision des Zonenplanes belaufen sich auf Fr. 50'000.--.

François Sandoz erläutert ausführlich die Notwendigkeit der geplanten Teilrevision des Zonenplans.

Verena Leuenberger bittet die Versammlung im Zusammenhang mit der OeBA-Zone Grienacker erneut, an die Kinder zu denken.

Stephan Hilber erachtet die Kosten in Anbetracht der finanziellen Lage der Gemeinde als sehr hoch.

François Sandoz bestätigt, natürlich werde man versuchen, soweit wie möglich unter dem Betrag zu bleiben, dies hänge jedoch auch von der Entwicklung, zum Beispiel der Anzahl Einsprachen ab. Mit einem Kredit habe man zumindest eine Limite.

Hans Georg Leuenberger fragt nach der Strategie bezüglich Grienacker.

François Sandoz erläutert, jetzt müsse zurück- oder umgezont werden. Wenn keine schlaue- re Lösung gefunden werde, sei nichts mehr zu machen. Diese Frage solle aber hier nicht weiter diskutiert werden, sondern zuerst mit den Beteiligten.

Der Investitionskredit von Fr. 50'000.- für die Teilrevision des Zonenplans wird mit 37 Ja- und 4 Neinstimmen bei 5 Enthaltungen bewilligt.

Traktandum 6 Teilrevision DGO – Anhang 2 – Festsetzen der Honorare, Entschädigungen und Sitzungsgelder für nebenamtliche Funktionen

Im Rahmen der Überprüfung von den Ausgaben und Einnahmen der Gemeinde hat der Gemeinderat beschlossen, das Fixum für Kommissionspräsidenten sowie für die Feuerwehrfunktionen aufzuheben und die Entschädigungen nur noch auf Basis der Abrechnung der effektiven Arbeitsstunden auszuzahlen.

Diese Änderung wurde bereits im Bereich Feuerwehr durch die Genehmigung anlässlich der gemeinsamen Gemeindeversammlung vom 19.11.08 der Besoldungsregelung genehmigt. Mit dieser Änderung soll sichergestellt werden, dass die Kosten der Kommissionen dem effektiven Arbeitsaufwand entsprechen. Diese Massnahme ist auch sinnvoll, nachdem in letzter Zeit diverse Kommissionen entfallen sind oder ihre Aufgaben reduziert bzw. angepasst wurden, ohne dass das Fixum angepasst wurde.

Weiter wurde in Anhang 2 der DGO die Definition der separat verrechenbaren Tätigkeiten der Bauverwaltung präzisiert. Somit soll eine verursachergerechte Weiterverrechnung von besonderen Aufwendungen einfacher und klarer werden.

Der revidierte Anhang 2 kann bei der Gemeindeverwaltung bezogen werden.

François Sandoz gibt noch bekannt, dass im 2009 eine Gesamtrevision der DGO geplant ist.

Die vom Gemeinderat beantragte Änderung des Anhangs 2 der DGO wird einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.

Traktandum 7 Genehmigung des Voranschlags für die Laufende Rechnung und die Investitionsrechnung 2009

Der Gesamtvoranschlag für 2009 konnte bei der Gemeindeverwaltung bezogen werden.

Mit 32 Ja-, 2 Neinstimmen und 4 Enthaltungen wird Eintreten auf das Traktandum beschlossen.

Lucien Monnerat präsentiert die wichtigsten Veränderungen gegenüber 2008 auf Folien.

Regula Steccanella verliest die einzelnen Subtotale des Voranschlags, Fragen können laufend gestellt werden.

Lilly Tagni möchte Auskunft über die hohen Kosten beim Wahlmaterial. Es werde doch kaum mehr etwas gedruckt.

Regula Steccanella antwortet, es handle sich unter anderem um die Stimmrechtsausweise.

Hans Georg Leuenberger fragt nach, wieso die Aufwendungen für Steuern so hoch – 13 % in der Kuchendarstellung – seien, die Arbeit werde doch jetzt in Solothurn gemacht.

Regula Steccanella erwähnt die Kosten von Fr. 37'000, welche der Gemeinde für diese Arbeiten belastet werden.

Urs Bussmann weiss, dass es sich beim hohen Betrag um Zinsen von rund Fr. 300'000 und Abschreibungen von rund Fr. 500'000 handelt.

Dieter Kury fragt, wieso die Kosten für die Schulanlagen soviel höher werden.

François Sandoz antwortet, der Zinssatz sei angepasst worden, was im Gegenzug auch zu Mehreinnahmen führe.

Edmond Bernard möchte Auskunft über die Spielgruppe im Birkenhof, diese sei doch eingemietet.

François Sandoz erklärt, die Miete werde dem Schulkreis gutgeschrieben, da die Kosten für dieses Gebäude (Kindergarten) dem Schulkreis belastet würden. Auf Rückfrage führt François Sandoz weiter aus, die Miete werde von der Spielgruppenleiterin bezahlt. Diese erhalte die Beiträge von den Eltern und nicht von der Gemeinde.

Edmond Bernard erachtet die Miete von 800 Franken pro Jahr als ausgesprochen günstig.

Ruth Salathé erhält auf ihre Frage nach dem Verbleib der Musikschule die Antwort, diese sei immer noch im selben Gebäude untergebracht.

Lilly Tagni möchte wissen, was unter den Fr. 10'000, Birkenhof Besoldung zu verstehen sei. Dies seien die Reinigungskosten für den ganzen Gebäudekomplex.

Heike Brechbühl fragt nach dem Budgetposten von Fr. 9'000 für die Dorfzeitung. François Sandoz antwortet, dass der Gemeinderat eventuell zur Einsicht gekommen sei, das Baeramsle-Blatt wieder zu publizieren.

Lilly Tagni zieht die Notwendigkeit der Bepflanzung der Strasseninsel Benkenstrasse in Zweifel. Gras säen sei günstiger.

10. Dezember 2008

François Sandoz erklärt, der Aufwandüberschuss werde wegen der Ablehnung der Erhöhung des Steuersatzes auf 134 % um Fr. 100'000 höher und betrage neu Fr. 375'545.--.

Heike Brechbühl regt an, man könnte die zu erwartenden Grundstücksgewinnsteuern im 2009 vorsehen, da eine Baulandumlegung anstehe.

François Sandoz erklärt, dass bei diesem Budgetposten vorsichtig budgetiert worden sei. Die Baulandumlegung sei zwar im Jahr 2009 geplant, es könne aber noch nicht abgesehen werden, wie viele Grundstücke im Jahr 2009 verkauft und bereits bebaut werden können.

Lilly Tagni bittet um Erklärung des Postens Interne Verrechnung TD unter Friedhof. Dies sei die Umlegung der Kosten für Arbeiten des Technischen Dienstes. Der Betrag sei auf Seite 13 als Einnahme gegen gebucht.

Es wird über den Voranschlag Laufende Rechnung und Investitionsrechnung 2009 abgestimmt.

Der Voranschlag Laufende Rechnung schliesst unter Berücksichtigung des Steuerfusses von 130 % mit einem Aufwand von Fr. 6'418'925.--, einem Ertrag von Fr. 6'043'380.-- und einem Aufwandüberschuss von Fr. 375'545.--. Die Investitionsrechnung schliesst mit Nettoinvestitionen von Fr. 235'000.--.

Der Voranschlag Laufende Rechnung und Investitionsrechnung für 2009 wird mit 20 Ja-, 8 Neinstimmen und 7 Enthaltungen genehmigt.

Traktandum 8 - Verschiedenes

Walter Brunner hatte vor einem Jahr angeregt, dass bei den Parkplätzen in der Kirchgasse etwas unternommen werde. Er habe noch keine Veränderung festgestellt.

Hanspeter Isenschmid berichtet, er habe mit Herrn Laffer gesprochen, die Polizei habe bereits mehrfach gebüsst. Eine Tafel, dass die Plätze für Kirchenbesucher reserviert seien, sei nicht möglich. Wir hätten für unsere Gemeindegrösse so schon zu wenige Parkplätze zur Verfügung.

François Sandoz ergänzt, man habe auch die Grundeigentümer angeschrieben, der Erfolg sei noch nicht ganz ersichtlich. Im Hinblick auf die Kosten/Nutzen erachte der Gemeinderat dieses Problem als nicht vordringlich.

Urs Stöckli möchte Aufklärung über die Praxis bei der Abfallentsorgung. Er sehe in derselben Ecke der Gemeinde jeweils die Lastwagen von verschiedenen Entsorgern.

Walter Brunner klärt als ehemaliges Mitglied der Natur- und Umweltschutzkommission auf: Wer jetzt noch einen anderen Entsorger habe als Saxer, habe einen privaten Vertrag abgeschlossen, so in der Gewerbezone.

Dieter Küry regt an, in diesem Jahr der Zusammenarbeit mit Witterswil abzusprechen, wer den Fussweg nach Witterswil räume.

Urs Stöckli möchte wissen, was beim Doppelspurausbau der BLT zwischen Ettingen und Flüh mit dem Schulweg geschehe.

Manfred Erb erklärt die Sachlage. Die BLT werde zuerst auf die betroffenen Leute zugehen, erst danach werde die Allgemeinheit informiert.

Stephan Hilber findet Gefallen an schönen Christbäumen, derjenige vor der Kirche sei wirklich nicht mehr zeitgemäss, vielleicht lasse sich hier ein Sponsor finden.

Thomas Kötter erkundigt sich nach den Fortschritten beim Kabelfernsehen.

François Sandoz berichtet, die Cablecom habe beschlossen, das Netz nicht zu verkaufen sondern selber auszubauen. Die Cablecom sei eingeladen worden, am Ammännertreffen ihre Pläne zu erläutern, habe aber mit der Begründung abgesagt, man sei noch nicht so weit.

Thomas Kötter möchte wissen, wieso das Protokoll immer noch von Yvonne Kilcher geführt werde und nicht vom Verwaltungspersonal.

François Sandoz antwortet, das sei für 2008 so vorgesehen gewesen und heute das letzte Mal.

Um 23.50 Uhr schliesst François Sandoz die Versammlung und wünscht allen noch Anwesenden eine schöne Adventszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollführerin:

F. Sandoz

Y. Kilcher